

POLITISCHE STUDIEN

386

John Chipman

Politische Studien-Zeitgespräch:
Abschreckung in einer „furchtlosen“
Welt? Irak, El-Kaida und die Folgen

Elmar Nass

Welche Rolle spielt der Glaube für die
Wertorientierung in unserer Gesellschaft?

Andreas Feser

SPD – Wettbewerbsvorsprung im
Privatradio

Marcin Lipnicki

Polnische EUngewissheiten: Mangel an
Sachpolitik, Überschuss an Emotionen

Schwerpunktthema:

Die Psychologie des Terrorismus

mit Beiträgen von

**Günter Bierbrauer,
Gudrun Brockhaus und
Christian Büttner**

 **Hanns
Seidel
Stiftung eV**

Atwerb-Verlag KG



Herausgeber:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Vorsitzender: Alfred Bayer, Staatssekretär a. D.
Hauptgeschäftsführer: Manfred Baumgärtel
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/
Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
(Chefredakteur, v. i. S. d. P.)
Wolfgang Eltrich M. A. (Redaktionsleiter)
Barbara Fürbeth M. A. (stellv. Redaktionsleiterin)
Paula Bodensteiner (Redakteurin)
Verena Hausner (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Irene Krampf (Redaktionsassistentin)

Anschrift:

Redaktion Politische Studien
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33, 80636 München
Telefon 089/1258-260
Telefax 089/1258-469
Internet: www.hss.de
e-mail: PolStud@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes

Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00.

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung € 13,50.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum, Sonderheft und Sonderdruck.

Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten.

Abobestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Inhalt

| | |
|-----------------------------|--|
| Reinhard C. Meier-Walser | Zwangsbetreuung als kulturelle Revolution – Rot-Grüner Staats- dirigismus aus dem Lehrbuch des Sozialismus..... 5 |
| John Chipman | Politische Studien-Zeitgespräch: Abschreckung in einer „furchtlosen Welt“? Irak, El-Kaida und die Folgen 8 |

Schwerpunktthema: Die Psychologie des Terrorismus

| | |
|-------------------|---|
| Siegfried Höfling | Einführung 19 |
| Christian Büttner | Mit Gewalt ins Paradies – Einige psychologische Anmerkungen zu Terror und Terrorismus 21 |
| Gudrun Brockhaus | Die Reparatur der Ohnmacht – Zur Psychologie der politischen Reaktio- nen auf den 11. September 2001 ... 42 |
| Günter Bierbrauer | Einige Anmerkungen zu den Ursachen des Internationalen Islamischen Terrorismus 61 |

| | |
|------------|--|
| Elmar Nass | Welche Rolle spielt der Glaube für die Wertorientierung in unserer Gesellschaft?..... 65 |
|------------|--|

| | | |
|----------------------|---|-----|
| Andreas Feser | SPD – Wettbewerbsvorsprung im Privatradio | 74 |
| Marcin Lipnicki | Polnische EUngewissheiten: Mangel an Sachpolitik, Überschuss an Emotionen | 87 |
| Das aktuelle Buch | | 97 |
| Buchbesprechungen | | 99 |
| Ankündigungen | | 108 |
| Autorenverzeichnis | | 109 |
| Jahresübersicht 2002 | | 110 |

Zwangsbetreuung als kulturelle Revolution

Rot-Grüner Staatsdirigismus aus dem Lehrbuch des Sozialismus

Reinhard C. Meier-Walser

„Ganztägige Kinderbetreuung darf nicht zum Zwangskorsett für diejenigen werden, die sich für eine engere Gemeinschaft mit ihren Kindern entscheiden.“

*(Bundesverfassungsrichter
Udo Di Fabio)*

Dass ausgerechnet die beiden Bundesländer mit den wenigsten Krippenplätzen die besten Pisa-Leistungen erreichten, während Hamburg, Berlin und Bremen mit den meisten Ganztagesplätzen für Kinder im Vorschulalter die schlechtesten Ergebnisse in der Pisa-Studie erzielten, will nicht so ganz zum Ziel der Bundesregierung passen, durch mehr Ganztagesbetreuung eine, so Bundesbildungsministerin Bulmahn, pädagogische Erneuerung der Schulen zu erreichen.¹ Dagegen fügt sich die neue, von SPD-Generalsekretär Scholz hochtrabend als „kulturelle Revolution“ zur „Eroberung der Lufthoheit über Kinderbetten“ bezeichnete Politik staatlich verordneter Ganztagesbetreuung wie ein weiteres Steinchen in das Mosaik des familienpolitischen Staatsdirigismus von Rot-Grün.

Das Grundgesetz kommt dabei auch nicht ungeschoren davon, wie sich be-

reits in der vergangenen Legislaturperiode zeigte, als mit der weit gehenden Gleichstellung ehelicher und nicht ehelicher Lebensgemeinschaften die in Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes ausgedrückte Institutsgarantie der Ehe („Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“) begraben wurde. Dass institutioneller Schutz, so Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio, „auch immer Schutz vor Nivellierung im Vergleich zu anderen Lebens- und Sozialformen“ bedeutet,² wurde geflissentlich übergangen.

Nach den Bundestagswahlen im September 2002 schwadronierten Vertreter des Regierungslagers dann zunächst über eine Ausweitung des Ehegattensplittings, bevor man als neues Objekt der Begierde die Eigenheimförderung entdeckte und deren Beschränkung sogleich im Koalitionsvertrag verankerte – ein weiterer Schritt, der das Verhältnis von Ehe und Familie von den Füßen auf den Kopf stellt: „Nicht wo Ehe ist, soll Familie werden, sondern Familie ist da, wo Kinder sind“³.

Auch die jüngsten Rentenbeschlüsse der Bundesregierung kollidieren mit

dem grundgesetzlich kodifizierten Schutz der Familie, zumal mit der Institutsgarantie auch die „Förderung durch die staatliche Rechtsordnung zu einer besonderen Pflicht gemacht wird“⁴. An Stelle familienfreundlicher Reformen, die der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes bereits im Frühjahr des Jahres 2001 gefordert und Rot-Grün im Bundestagswahlkampf verheißen hatte, werden gerade die Familien von den höheren Beitragssätzen zur Rentenversicherung wie auch von der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze „voll getroffen“. „Aus Berlin nur leere Versprechungen“ titelte mithin in diesem Zusammenhang der „Rheinische Merkur“ und argwöhnt, im Bundesfinanzministerium werde zurzeit „alles ignoriert, was auch nur dem Anschein nach weitere Kosten verursacht“.⁵

Statt also die Karlsruher Forderungen zur Familienpolitik umzusetzen, stürzt sich Rot-Grün neuerdings lieber auf Strategien zur Erringung der „Luft-
hoheit über den Kinderbetten“, was nichts anderes bedeutet als die staatliche Bevormundung der Eltern, wie die geplante obligatorische Ganztagesbetreuung und der Vorschlag von Familienministerin Renate Schmidt zur Einführung des Schulfachs „Familienkunde“ zeigen. Erziehung zu Partnerschaft und Familie müsse, so die „perfekte Symbiose aus Mutter Beimer und Vater Staat“⁶ Renate Schmidt „auch im Klassenzimmer stattfinden“. Klingt das

nicht – Margot Honnecker lässt grüßen – verdächtig nach staatlicher Kindererziehung à la DDR?

Die Rot-Grünen Pläne, nach der Auslöschung des Instituts der Ehe nun auch die Familie als Lebens- und Fürsorgegemeinschaft zu Gunsten des Staates zu entwerten, kommen in der Tat einer „kulturellen Revolution“ gleich⁷ – einer Revolution, die allerdings jeglicher Vernunft entbehrt. Alle seriösen Experten sind sich einig in der Einschätzung, dass es nicht Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates ist, Eltern durch staatliche Förderung zu motivieren, ihre persönliche Verantwortung für die Familie an öffentliche Einrichtungen zu delegieren, sondern Freiräume zu schaffen, die es Eltern ermöglichen, ihre Erziehungsverantwortung selbst wahrzunehmen.⁸ Die „Familie“ ist schließlich zu Recht als „der Musterfall für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips“⁹ bezeichnet worden.

Je weiter jedoch der „Aufbau einer sozialpolitischen Infrastruktur der Kinderbetreuung reicht, desto mehr schrumpft der Raum für die staatlich unberührte familiäre Gemeinschaft.“¹⁰ Deren Respektierung, Schutz und Förderung in ihrer ursprünglichen Verantwortlichkeit, das sollten die Ziele verantwortungsvoller Familienpolitik sein. Eine staatlich verordnete Ganztagesbetreuung nach sozialistisch-totalitärem Vorbild kann hingegen niemals die elterliche Erziehung ersetzen.¹¹

Anmerkungen

¹ Vgl. Schmoll, Heike: Zwangsbetreut, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.11.2002.

² Fabio Di, Udo: Am demografischen Abgrund. Der Schutz von Ehe und Familie: Eine Werteentscheidung für die vitale

Gesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.2002.

³ Hoheit über Kinderbetten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.11.2002.

⁴ Fabio Di: Am demografischen Abgrund.

- ⁵ Mainzer, Harry: Aus Berlin nur leere Versprechungen, in: Rheinischer Merkur, 21.11.2002.
- ⁶ Frankfurter Rundschau, 4.11.2002.
- ⁷ In diesem Sinne: Hoheit über Kinderbetten, a.a.O.
- ⁸ Vgl. Schmoll: Zwangsbetreut; Hoheit über Kinderbetten, a.a.O.; ferner: Wenn der Staat das Lieben lehrt, in: Die Welt, 5.11.2002.
- ⁹ Sterzinsky, Georg Kardinal: Lebenszelle für die Gemeinschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 15.11.2002.
- ¹⁰ Fabio Di: Am demografischen Abgrund.
- ¹¹ In diesem Sinne Schmoll: Zwangsbetreut; ferner: Mogge, Birgitta: Der Staat gibt sich ein Armutszeugnis, in: Rheinischer Merkur, 14.11.02.

Politische Studien-Zeitgespräch mit Dr. John Chipman: Abschreckung in einer „furchtlosen Welt“? Irak, El-Kaida und die Folgen

Dr. John Chipman ist seit 1993 Direktor des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London. Das IISS zählt mit seinen rund 3.000 Mitgliedern aus mehr als 100 Ländern zu den weltweit renommiertesten privaten Vereinigungen zur strategischen Analyse internationaler Politik. Das Institut veröffentlicht regelmäßig eine Reihe von Publikationen, darunter *The Military Balance*, *Survival*, sowie die *Adelphi Papers*. Dr. Chipman hat in Harvard und an der London School of Economics internationale Geschichte studiert und in Oxford promoviert. Er ist Autor zahlreicher Bücher und wurde 1999 auf Grund seiner Verdienste um die britische Außenpolitik in den Orden von Sankt Michael und Sankt Georg berufen.

Politische Studien: Das IISS hat kürzlich ein vielbeachtetes „Strategisches Dossier“ über Iraks Massenvernichtungswaffen veröffentlicht. In welchem Maß hat dieser Bericht die westliche Irak-Politik beeinflusst und sind Sie mit der Resonanz zufrieden?

John Chipman: Wir waren mit der Resonanz dieses Reports außerordentlich zufrieden. Einer der Hauptgründe für seine Wirkung war zunächst der Umstand, dass bis zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung weder die britische noch die amerikanische Regierung – also genau jene Länder, die aktuelle Debatte über die Bedrohung durch Saddam Hussein anführen – ihre eigenen Erkenntnisse herausgegeben hatten. Im Vergleich zu anderen Forschungsinstituten, die ebenfalls über Saddam Husseins derzeitiges Arsenal

von Massenvernichtungswaffen spekuliert haben, wurde der IISS-Bericht zudem als besonders glaubwürdig und verlässlich eingestuft. Dies liegt vor allem an unserer mehr als 40-jährigen Erfahrung mit der Herausgabe von „*The Military Balance*“, eine detaillierte Studie, die jedes Jahr die Streitkräfte von mehr als 170 Ländern weltweit analysiert.

Unser Report hat geholfen, die öffentliche Debatte über Iraks Massenvernichtungswaffen mit fundierten Informationen zu untermauern. Dies umso mehr, als dass wir uns jeder Empfehlung zum Umgang mit dieser Bedrohung enthalten haben. Auch aus diesem Grund wurden die IIS-Erkenntnisse als unabhängig und objektiv gewertet. Für manche brachte der Bericht auch neue Erkenntnisse darüber, wie Saddam

Hussein sogar während der Zeit der UN-Waffeninspektionen sein Massenvernichtungswaffen-Programm vorantreiben konnte. Wir haben uns auf der Basis dieser Erkenntnisse die berechtigte Frage gestellt: „Wenn 1998 die Waffeninspektoren ihre Arbeit im Irak eingestellt und das Land verlassen haben, wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass Saddam Hussein, der weiterhin an der Macht blieb, seine Bemühungen um Massenvernichtungswaffen aufgegeben hat?“ Also begannen wir auf Basis der gesicherten Erkenntnisse vorsichtige Einschätzungen über das zu erarbeiten, was der Irak auf dem Gebiet der Massenvernichtungswaffen in der Zeit von 1998 bis 2002 erreicht haben könnte. Viele unserer Ergebnisse wurden durch die kurze Zeit später veröffentlichten Analysen der britischen und amerikanischen Regierungen bestätigt.

Politische Studien: Rechtfertigt die internationale Bedrohung durch Iraks Massenvernichtungswaffen einen potenziellen amerikanischen Angriff auf Saddam Hussein auch ohne eine neue Resolution des UN-Sicherheitsrats?

John Chipman: Zum besseren Verständnis ist zunächst hervorzuheben, dass der Irak in der internationalen Politik einen Sonderfall darstellt: Der Irak ist nämlich das einzige Land der Welt, dem es auf Grund eines unter Kapitel VII der UN-Charta verabschiedeten Waffenstillstandsabkommens untersagt ist, Massenvernichtungswaffen jeglicher Art zu entwickeln. Schon allein die Wahrung der Glaubwürdigkeit des UN-Sicherheitsrats erfordert deshalb, dass Saddam Husseins Verletzungen von UN-Resolutionen entschieden entgegengetreten wird.



Dr. John Chipman (rechts) und Ulf Gartzke im Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) in London.

Da Saddam Hussein in den letzten elf Jahren die Bestimmungen des UN-Waffenstillstandsabkommens beständig verletzt hat, könnte man auch argumentieren, dass deshalb der Waffenstillstand selbst null und nichtig ist. Folglich könnte jedes Mitglied der Golfkriegsallianz die militärischen Operationen gegen den Irak jederzeit wieder aufnehmen. Dies ist eine durchaus kontroverse Einschätzung, die aber von einigen Völkerrechtlern vertreten wird.

Politische Studien: Teilen Sie diese Ansicht?

John Chipman: Ich persönlich glaube, dass einiges an dieser Position dran ist. Es stellt sich hier doch die Frage, welchen Sinn ein Waffenstillstandsabkommen hat, das bei seiner Verletzung keine Konsequenzen aus sich selbst herleiten kann. Wenn bei jeder Verletzung eines Waffenstillstandsabkommens erst eine erneute Legitimation zur Durchsetzung der bereits geschlossenen Ver-

einbarungen eingeholt werden muss, verkommen solche Abkommen zukünftig zur Farce. Hinzu kommt, dass speziell das Waffenstillstandsabkommen mit dem Irak 1991 in seinen Bestimmungen sehr großzügig für Saddam Hussein gehalten wurde – wollte man doch zum damaligen Zeitpunkt einen Machtwechsel in Bagdad unbedingt vermeiden. Das Verhalten des Iraks wirft also sowohl Fragen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit als auch der rechtlichen Verbindlichkeit von UN-Resolutionen auf. Wer sich hier zum Vertreter des Völkerrechts macht, sollte unbedingt auch diese Faktoren in seine Überlegungen mit einbeziehen

Aus politischer Sicht ist diese Auffassung jedoch bereits insofern überholt, als dass sich alle beteiligten Länder über die prinzipielle Notwendigkeit einer neuen UN-Resolution einig sind. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich sowohl die britische als auch die amerikanische Regierung das Recht vorbehalten haben, falls nötig auch ohne neue UN-Resolution militärisch gegen den Irak vorzugehen. Zum einen haben sie diese Position aus Überzeugung eingenommen, zum anderen wollten sie dadurch politischen Druck erzeugen, um die anderen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zu zwingen, ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden.

Politische Studien: Premierminister Tony Blair hat die Unterstützung seines Landes für eine mögliche amerikanische Militärintervention im Irak zur Nagelprobe der „special relationship“ mit den USA gemacht. Weite Teile der britischen Öffentlichkeit sind jedoch gegen eine solche Militäraktion. Wird Großbritanniens geostrategische

Orientierung zunehmend europäisch und weniger transatlantisch geprägt?

John Chipman: Ich denke nicht, dass Tony Blair den Irak zur Nagelprobe der „special relationship“ gemacht hat. Die „special relationship“ existiert, und der Irak stellt keine besondere Probe dieser Beziehung dar. Zudem bin ich der Meinung, dass Tony Blair die amerikanische Haltung zum Irak aus Überzeugung mitträgt – und nicht etwa aus taktischen Überlegungen heraus denkt, er müsse die „special relationship“ erhalten. Vereinfacht kann man sagen, dass Blair der amerikanischen Analyse einer Bedrohung durch den Irak zustimmt. Andere Länder stimmen ihr hingegen nicht zu. Blair unterstützt die amerikanische Haltung also nicht aus Prinzip, sondern weil er sie für richtig hält.

Was die britische Öffentlichkeit angeht, so fühlen sich viele – wie eben auch in Kontinentaleuropa – von der irakischen Bedrohung nicht unmittelbar betroffen und haben überdies Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit eines möglichen Militärschlags. Teile der Öffentlichkeit betrachten die Bush-Administration auch als besonders rechtsgerichtet und hegen daher auf Grund dieser Einschätzung Zweifel an der amerikanischen Irak-Politik. Diese Ablehnung erfolgt jedoch aus prinzipiellen Gründen und nicht etwa, weil man sich der Risikoanalyse der Amerikaner nicht anschließen kann. Eine grundsätzliche Skepsis spielt hier eine Rolle.

Ich selbst sehe einen möglichen Krieg gegen den Irak als Grenzfall zwischen einem „Krieg der Notwendigkeit“ und einem „Ermessens-Krieg.“ 1990 stimm-

te wohl die überwältigende Mehrheit damit überein, dass der Krieg zur Befreiung Kuwaits eine Notwendigkeit war. Die gegenwärtige Situation im Irak lässt hingegen mehrere Handlungsalternativen zu und wird umso mehr hinterfragt. Dadurch nimmt die Unterstützung für eine militärische Lösung des Irak-Konflikts ab. Aber ich bin davon überzeugt, dass – sobald eine formelle Entscheidung dazu getroffen worden ist – sowohl die britische als auch die amerikanische Öffentlichkeit das Vorgehen ihrer Regierungen und ihrer Soldaten unterstützen werden.

Politische Studien: Das IISS hat vor kurzem die neueste Ausgabe von „The Military Balance“ veröffentlicht, eine alljährlich erscheinende Analyse der militärischen Streitkräfte und industriellen Rüstungskapazitäten von mehr als 170 Ländern weltweit. Welche wichtigen Ereignisse und Trends haben Sie identifiziert?



The Military Balance: Analysiert seit mehr als 40 Jahren die militärischen Kräfteverhältnisse in der Welt.

John Chipman: Ein wichtiger Trend, der sich abzeichnet, ist, dass die amerikanische Außen- und Verteidigungspolitik unter der Bush-Administration immer extrovertierter wird – speziell im Mittleren Osten, aber nicht nur dort. Parallel vollzieht sich ein psychologischer Wandel, der die alten zentralen Leitsätze amerikanischer Verteidigungspolitik – Eindämmung und Abschreckung – durch eine Strategie präemptiver und präventiver Militäroperationen ersetzt, um so Bedrohungen begegnen zu können, bei denen die Mittel der Abschreckung nicht greifen.

Die Bush-Administration hat sich von dem Glauben verabschiedet, dass Abschreckung und die gleichzeitige Wahrung des Status quo stets die beste politische Handlungsstrategie seien. Heute fühlen die USA sich dazu verpflichtet, nötigenfalls auch den Status quo zu verändern, sofern die Sicherheitsinteressen der USA und des Westens dies erforderlich machen. Dieser Paradigmenwechsel wird vor allem in Europa sehr kontrovers aufgenommen, wo für ein halbes Jahrhundert – während des Kalten Krieges – die Beibehaltung des Status quo Grundlage aller Sicherheitspolitik war.

Selbst als sich Deutschland 1989/90 die Möglichkeit einer Wiedervereinigung eröffnete, mithin als Verfassungsziel im Grundgesetz verankert, gab es unter den Deutschen verbreitete Sorge und Skepsis darüber, ob eine solche Veränderung des Status quo nicht zu einer Destabilisierung im Verhältnis mit Russland oder sogar der NATO führen könne. Auch wenn die Wiedervereinigung im zentralen deutschen Interesse lag, wurden die Veränderungen zum damaligen Zeitpunkt mit Besorgnis und Unsicherheit betrachtet.

Die Herausforderung durch den Irak liegt sehr weit außerhalb der außenpolitischen Kerninteressen vieler europäischer Staaten. In den USA hingegen wird die Veränderung des Status quo im Irak als eine Chance betrachtet, die kurzfristig zwar einige Instabilität schaffen mag, die aber möglicherweise langfristig dem gesamten Mittleren Osten viel mehr Gutes bringt. Betrachtet man den Fall der Berliner Mauer, so erzeugte auch dieses Ereignis zunächst große Instabilitäten, denken Sie nur an die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die schwierigen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Weiterverbreitung von Atomwaffen nach dem Zusammenbruch der UdSSR. In letzter Konsequenz war dieses anfangs destabilisierende Ereignis jedoch ein großer Segen für Europa. Niemand würde den Mauerfall heute noch ernsthaft bereuen.

Im Zusammenhang mit dem Irak sind wir alle gefordert, uns der Frage zu stellen, ob nicht eine dort herbeigeführte Veränderung des Status quo in der Konsequenz auch unserer globalen Sicherheit zuträglich sein könnte, ein mögliches Eingreifen deshalb also nicht von vornherein abzulehnen ist. Das ist genau die entscheidende Frage, mit der die Bush-Administration heute die internationale Gemeinschaft konfrontiert.

Politische Studien: Im Vergleich zu den USA, wo politische Forschungsinstitute traditionell eine wichtige Rolle bei der Formulierung der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik spielen, scheint es in Europa nicht die gleiche strategische Kultur zu geben. In welcher Weise beeinflusst das IISS die Außen- und Sicherheitspolitik?

John Chipman: Nach unserer Auffassung reicht es nicht aus, ein bloßer Beobachter der internationalen Politik zu sein, vielmehr ist eine aktive Beteiligung anzustreben, wenn dies möglich ist und die vorhandenen speziellen Kompetenzen mögliche Entscheidungsprozesse und Debatten positiv beeinflussen können. Ein Beispiel war die Veröffentlichung des eingangs erwähnten Strategischen Dossiers über die irakischen Massenvernichtungswaffen. Hier haben wir unsere speziellen Fähigkeiten genutzt, um das, was in Expertenkreisen bereits bekannt war, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ein Umstand, der die beteiligte Regierung mit dazu veranlassen dürfte, die Qualität ihrer eigenen Veröffentlichungen zu erhöhen. Dies wäre möglicherweise nicht der Fall gewesen, hätte das IISS-Dossier nicht diese große Resonanz gefunden.

Eine weitere Möglichkeit zur Einflussnahme auf Außen- und Sicherheitspolitik sieht das IISS in der Herstellung von solchen Kontakten zwischen Regierungen, die sie selbst nicht hätten bewerkstelligen können. Ein Beispiel hierfür ist der in diesem Jahr in Singapur ins Leben gerufene Shangri-La-Dialog. Er orientiert sich an der seit über 40 Jahren stattfindenden Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik. Das IISS lässt diese Idee nun für den asiatisch-pazifischen Raum Wirklichkeit werden und bringt die Verteidigungsminister von 22 bis 23 asiatischen Ländern an einen Tisch mit ihren Kollegen aus den USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich und Russland, alles Staaten mit eigenen Sicherheitsinteressen in dieser Region. In gewisser Hinsicht ist dieser Dialog sogar wichtiger

als sein Münchner Pendant, schließlich haben wir in Europa die NATO als Sicherheitsgarant. In Asien existiert keinerlei vergleichbare Institution.

Politische Studien: Es gibt immerhin das ASEAN Regional Forum.

John Chipman: Das stimmt, aber das ASEAN Regional Forum soll vorrangig die Außenminister zusammenführen, den Verteidigungsministern bietet es keine vergleichbare Plattform. Mit dem Shangri-La-Dialog versucht das IISS nun die Schaffung einer neuen asiatischen Institution unter dem Deckmantel einer Konferenz – ein Unterfangen, das nur ein international unabhängiges Institut wie das IISS meistern kann, schließlich sind viele vergleichbare Institute in den USA und Europa rein national organisiert.

Politische Studien: Da wir über Asien sprechen: Wie wird sich Nordkoreas Eingeständnis eines verdeckten Nuklearprogramms auf die strategischen Entwicklungen in der Region auswirken?

John Chipman: Es sieht so aus, als ob das 1994 abgeschlossene „Agreed Framework“-Abkommen tot ist. Der Umstand, dass die Nordkoreaner, denen durch dieses Abkommen der Zugang zu Plutonium abgeschnitten wurde, nun selbst die Errichtung einer Gaszentrifuge zur Herstellung von hochangereichertem Uran einräumen, einer Anlage, die offenbar schon über das Versuchsstadium hinaus ist, belegt eindeutig, dass das Regime in Pjöngjang – wie auch Saddam Hussein – die Bewaffnung mit Atomwaffen weiterhin als den Kern seiner Interessen betrachtet. Der Unterschied ist allerdings, dass die Nordkoreaner durch ihr Eingeständnis einen Dialog und Verhandlungen einleiten wollen.

Politische Studien: Handelt es sich dabei wirklich um eine diplomatische Overtüre oder ist es nicht doch eher eine Provokation, mit welcher die Nordkoreaner den Umstand auszunutzen versuchen, dass die USA derzeit ihre Aufmerksamkeit vor allem dem Irak-Problem widmen?



Dr. John Chipman: Beobachter und Akteur internationaler Politik.

John Chipman: Nun, ich denke, Sie haben die Situation implizit richtig ausgedrückt. Es handelt sich um eine Overtüre, die aus einer Provokation besteht. Die Nordkoreaner haben ihr Massenvernichtungswaffenprogramm schon immer als ein Mittel gesehen, um westliche Devisen zu erhalten. Es ist mithin ihre wichtigste Einnahmequelle. Nordkorea ist ohne Zweifel davon überzeugt, dass es die jüngste Enthüllung über seine Urananreicherungsanlage dazu benutzen kann, um weitere Wirtschaftshilfe aus dem Ausland zu beziehen. Ich glaube jedoch nicht, dass die Bush-Administration darauf eingeht bzw. der amerikanische Kongress so etwas unterstützen wird. Es gibt jetzt auf jeden Fall eine Menge diplomatischer Arbeit, um sicherzustellen, dass Nordkorea kein Programm zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, vor allem nuklearer Art, mehr durchführt.

Politische Studien: Die „Straße des Regimewechsels“ führt also nicht von Bagdad nach Pjöngjang?

John Chipman: Ich denke, die USA haben erkannt, dass im Umgang mit dem nordkoreanischen Regime besondere strategisch-militärische Einflussfaktoren zu berücksichtigen sind. Dies betrifft vor allem die Perspektiven und Positionen von Amerikas engsten Verbündeten in der Region: Südkorea und Japan. Hier liegt eine sehr enge Bündnisbeziehung vor, bei der sowohl Japan als auch Südkorea über eine rein militärische Antwort auf Nordkoreas Verletzungen seiner nuklearen Nichtverbreitungsaufgaben sehr besorgt wären. Darüber hinaus verfolgt die südkoreanische Regierung ihre eigene so genannte „Sonnenschein-Politik“ ge-

genüber Nordkorea – sozusagen eine koreanische „Nordpolitik“. Sie zielt auf einen verdeckten Regimewechsel, indem in Nordkorea Verhältnisse geschaffen werden sollen, die dem Regime in Pjöngjang langsam die Legitimation entziehen. Südkorea und Japan verfolgen das Ziel, die Haltung des nordkoreanischen Regimes zu verändern, dies jedoch ausschließlich auf diplomatischem Wege.

Politische Studien: Bei der jüngsten IISS-Jahreskonferenz äußerten Sie die Hoffnung, dass sich das Institut zu einem Forum des transatlantischen Dialogs über Verteidigungsfragen entwickeln wird, da die NATO immer weniger hierzu in der Lage zu sein scheint. Wie wichtig ist die NATO heute?

John Chipman: Die Bedeutung der NATO liegt darin, dass sie als einzige transatlantische Organisation die Interoperabilität der ihr von den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellten Streitkräfte organisieren kann. Das Oberkommando der NATO in Europa (SHAPE) ist ein wichtiges Logistik- und Dienstleistungsinstrument und sollte deshalb keinesfalls leichtfertig aufgegeben werden. Die NATO ist eine sehr wichtige Organisation, um die militärische Kooperation und Koordination ihrer Mitglieder zu ermöglichen und zu verbessern. Was die NATO hingegen verloren hat, ist ein Teil ihrer politischen Dynamik. Deshalb wird die Ende dieses Jahres in Prag vorgesehene zweite Erweiterungsrunde eine neue Debatte darüber auslösen, ob und gegebenenfalls wie die NATO zukünftig auf Bedrohungen in einem globalen Kontext – d.h. außerhalb der traditionellen euro-atlantischen Sicherheitszone – reagieren sollte, z. B. durch den

potenziellen militärischen Einsatz von Kriseninterventionskräften. Nach dem Ende der Balkankrisen und der Auflösung des Warschauer Pakts wird die NATO nun stark unter Druck geraten, öffentlich anzuerkennen, dass sie, sofern sie von Bedeutung bleiben will, in Zukunft eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen spielen muss.

Politische Studien: In welchem Maß wurde Deutschlands außenpolitische Position durch Kanzler Schröders Wahlkampfäußerungen über einen deutschen Sonderweg in der Irak-Frage beschädigt?

John Chipman: Ich denke, dass jeder zunächst einmal erkannte, dass sich Kanzler Schröder im Wahlkampf befand. Trotzdem fand man, dass auch im Rahmen eines Wahlkampfes einige der Statements zu harsch waren und darüber hinaus die außenpolitische Realität ignorierten. Es ist eine Sache zu sagen, dass Deutschland auf Grund seiner Vergangenheit bestimmte Handlungsalternativen versagt sind; es ist jedoch etwas anderes zu sagen, dass aus dem gleichen Grund, nämlich der deutschen Vergangenheit, auch anderen Ländern Beschränkungen auferlegt seien. Und genau das wurde impliziert. Deutschland habe nun einen moralisch überlegenen Weg gefunden, während die anderen Länder den Fehler begingen, diesem Weg nicht zu folgen. Fakt ist aber, dass die von Präsident Bush und Premierminister Blair verfolgte Irak-Politik keineswegs etwas Unmoralisches an sich hat. Im Gegenteil, viele führen das Argument an, dass die britisch-amerikanische Politik fest im Völkerrecht verankert ist und dass es in Fällen wie

des Iraks gerade unser Respekt vor der UN und ihren Resolutionen verlangt, militärische Konsequenzen anzudrohen.

Im besten Fall war es also von Schröder unhöflich, diese Realität nicht zu erkennen; im schlimmsten Fall hat Schröder dadurch versucht, anderen Ländern Bedingungen aufzuerlegen, die nur aus Deutschlands eigenen, besonderen Begleitumständen herrühren.

Wie alle diplomatischen Dispute wird auch dieser beigelegt werden, und in einem Jahr hat ihn hoffentlich jeder vergessen. Sehr viel wird jedoch davon abhängen, wie Deutschland ab Januar 2003 seine Verantwortung als Mitglied des UN-Sicherheitsrats wahrnimmt. Denn was auch immer in den nächsten Monaten passiert, eins steht fest: Im Januar, Februar und März 2003 wird es im Sicherheitsrat wichtige Debatten zum Thema Irak geben. Zu diesem Zeitpunkt muss Deutschland seinen Verpflichtungen im UN-Sicherheitsrat gerecht werden und Klarheit besitzen über die eigene Rolle bei der Verteidigung des Völkerrechts in diesem speziellen Kontext.

Politische Studien: Was werden Ihrer Ansicht nach die Hauptursachen militärischer Konflikte im 21. Jahrhundert sein?

John Chipman: Bis auf weiteres werden wir den fürchterlichen Kampf gegen den internationalen Terrorismus fortführen müssen. Der Bombenanschlag auf Bali hat jedem klar bewiesen, dass das Fehlen einer Operationsbasis in Afghanistan die Effizienz des El-Kaida-Netzwerks überhaupt nicht beeinträchtigt. El-Kaida operiert heute mit den Technologien einer virtuellen

Welt, benutzt Verschlüsselungs-Codes für seine Kommunikation und ist auf Grund seiner Netzwerkstruktur sehr gut in der Lage, den Geheimdiensten zu entgehen. El-Kaida ist immer noch sehr stark und mächtig und muss bekämpft werden. Letztlich erfordert dies auch eine politische Strategie, um den islamischen Dschihad-Kriegern die politische Unterstützung der islamischen Öffentlichkeit sowie bestimmter Regierungen zu entziehen. Das wird eine langfristige Aufgabe sein. Jeder Regimewechsel im Irak steht letztlich vor

der Aufgabe, langfristig eine offenere Gesellschaft in islamischen Ländern zu entwickeln und damit auch den Gegenstand der Diskussion über die positiven und die negativen Seiten eines westlichen Engagements in anderen Teilen der Welt zu verändern.

Politische Studien: Dr. Chipman, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Gespräch führte Ulf Gartzke, Associate des World Economic Forums in Genf und selbst Mitglied des IISS.

Schwerpunktthema

Die Psychologie des
Terrorismus

Einführung

Siegfried Höfling

Obwohl die Psychologik terroristischer Handlungen und Einstellungen eine entscheidende Bedeutung für das Begreifen der entsetzlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat und wahrscheinlich wesentliche Informationen liefern könnte für einen mittelfristig erfolgreichen Kampf gegen den Terrorismus, gibt es bislang wenig fundiertes Material zur Psychologie des Terrorismus bzw. des Terroristen. Auch die israelische Forschungsliteratur beschäftigt sich überwiegend mit der Psychologie des Holocaust und versucht aus den Ergebnissen heraus Verbindungen zum Terrorismus im Nahen Osten herzustellen. In westeuropäischen Länder konzentrieren sich Wissenschaftler noch vorwiegend auf die Psychologie der Folter. Empirische Untersuchungen zum islamistischen Terror sind jedoch Mangelware. Die Forschungslücke wird gefüllt durch klinisches Expertenwissen, d.h. viele Forscher, Kommentatoren und Journalisten verwenden psychiatrische Krankheitsbilder, um terroristisches Handeln zu begründen. Man vermutet, dass der Rekrutierungs- und Trainingsprozess potenzieller Terroristen einer Hirnwäsche und Persönlichkeitsentkernung gleicht. Indoktrination, Unterwerfungsrituale, Desinformation, gezielte Wahrnehmungsverzerrungen und soziale Isolation bzw. Entfremdung wären

daran Schuld, dass Terroristen radikal und wider jede mitmenschliche Grundhaltung Massaker bei der unschuldigen Zivilbevölkerung anrichten – den eigenen Tod einkalkulierend. All dies entspricht dem Bild einer tiefen Persönlichkeitsstörung.

Ausgerechnet Psychotherapeuten warnen aber davor, eine Terroristenpersönlichkeit zu postulieren, mit der Terroristen voreilig pathologisiert werden. Wissenschaftler und Politiker wollen am allerliebsten ein Erklärungsmodell, das allgemeine Aussagen oder sogar Vorhersagen über Eigenschaften und Wirkungen des Untersuchungsgegenstandes erlaubt. Man wünscht sich eine schematische Typologie des Terrorismus. Aber Terrorismus ist eine derartig komplexe Verknüpfung soziokultureller, psychologischer und politischer Faktoren, dass es derzeit ausgeschlossen zu sein scheint, eine umfassende Theorie oder Typologie zu entwerfen und abzusichern. Mit einem Erklärungsmodell der kranken Persönlichkeit werden andere – vielleicht wesentlichere – Ursachen nicht weiter aufgedeckt. Das Ursachengeflecht zu ergünden ist aber unerlässlich für eine erfolgreiche Terrorismusbekämpfung.

Der psychiatrische Ansatz und auch der behavioristische Ansatz, der in den

amerikanischen Verhörmethoden bei den gefangenen Terroristen Anwendung findet, liefern ein unvollständiges Bild vom Terrorismus. In neuerer Zeit wird daher, zumeist in den islamischen Ländern, versucht, mit der wissenschaftlichen „Methode des Narrativen“ den Ursachenkomplex des Terrorismus stärker auszudifferenzieren. Diese Forschung widmet sich den Legenden und Mythen eines Landes, den traditionellen Geschichten, die in den Familien von Generation zu Generation weitergegeben werden und auch von den Helden in den einzelnen Familien selbst handeln. Diese Erzählungen sind im Islam nicht nur Geschichten der Vergangenheit, sondern Pläne für zukünftige Aktionen zur Verteidigung oder Bewahrung kollektiver Werte. Die Geschichten erzählen Menschen, wie sie ein ideales Leben führen könnten und auch sterben müssten, um ihrer Gemeinschaft

für deren Zukunft zu dienen. Der islamistische Terror besitzt also eindeutig historische Wurzeln, sonst könnte er nicht in der Gesellschaft Rückhalt und Unterstützung finden. Der Terrorismus produziert somit neue Helden für alte Geschichten. Es wird also notwendig sein, internationale Forschungsvorhaben zum islamistischen Terrorismus in der gesamten Breite zu fördern und zu unterstützen.

Leider fehlt es bislang an einer Forschungsorganisation, die zu neuen Untersuchungen anregt, finanzielle Unterstützung zusichert, internationale Forschungsergebnisse bündelt und auswertet. Es wäre meines Erachtens dringend notwendig, in die Konzeption der Terrorismusbekämpfung die Erforschung der Psychologie des Terrors zu integrieren und entsprechend – auch finanziell – zu gewichten.

Mit Gewalt ins Paradies

Einige psychologische Anmerkungen zu Terror und Terrorismus

Christian Büttner

Terrorismus gehört – neben dem Amoklauf – zu den am wenigsten verständlichen Gewalttaten von Menschen gegen Menschen. Schon der Versuch, überhaupt einen verstehenden Zugang zum Phänomen Terrorismus aufzubringen, wird von vielen für ethisch fragwürdig gehalten. Allein der Gebrauch des Wortes Terrorist mit seiner normalen Fracht von Hass, Angst und Verdammung schließe – so Eileen MacDonald¹ – ein angemessenes Urteil über dieses komplexe Thema aus. Terrorismus ist ein äußerst vager Begriff, der dazu benutzt wird, um primär aus der Opferperspektive die Urheber physischer oder psychischer Gewalt zu bezeichnen, während niemand auf die Idee käme, sein eigenes aktiv-gewaltsames Handeln Terrorismus zu nennen. Vielmehr handelt man als Mitglied einer nationalen Bewegung, das für die Freiheit kämpft, als Kämpfer einer revolutionären Bewegung, das den gesellschaftlichen Umsturz um größerer Gerechtigkeit willen anstrebt, oder als Angehöriger einer staatlichen Organisation, die mit militärischen Mitteln oder verdeckter Gewalt den Willen ihrer Regierung durchzusetzen bestrebt ist. Nun ist auch nicht jeder Einsatz von Gewalt Terror, vielmehr ist dieser Begriff nur

angemessen, wenn durch die Gewalttat Angst und Schrecken über diejenigen Menschen hinaus verbreitet wird, die ihre unmittelbaren Opfer sind. Gibt es also den Terrorismus? Die Terroristen? Wer sind die Opfer? Können auch Terroristen Opfer sein, wie in einem der Bin-Laden-Videos behauptet wurde²? Wie wird man zu einem Terroristen?

Versuche, die Motive von Terroristen als Phänomene zu verstehen, die sich psychologisch, etwa als bestimmte Charakterdispositionen oder psychische Folgen bestimmter lebensgeschichtlicher Ereignisse erklären lassen, haben bisher zu keinen definitiven Erfolgen geführt. Weder die biografischen Analysen noch die theoretischen Konstruktionen nach entwicklungspsychologischen oder familiendynamischen Denkmustern konnten – wenigstens aus der Perspektive der europäisch-amerikanischen Tradition von Psychologie – auch nur Anhaltspunkte dafür nennen, welche Bedingungen im Rahmen einer individuellen Lebensgeschichte in die Karriere eines Terroristen führen. Der Begriff „Karriere“ ist hier bewusst gewählt worden, weil er nicht nur die „traurige Berühmtheit“

bezeichnet, die manche Terroristen unter Nicht-Terroristen, vor allem bei den Medien, genießen, sondern auch für die Terroristszene selbst eine wichtige Bedeutung hat³.

Terroristen sind in der Darstellung der Medien und der allgemeinen Wahrnehmung häufig zunächst einmal Einzelne, wenngleich sie einen unmittelbaren terroristischen Gruppenhintergrund, aber auch im weiteren Sinne Unterstützung etwa durch Sympathisanten haben. Das macht ein Verständnis der terroristischen Aktionen aus der Perspektive von Psychologie nicht einfach. Es müssen vielfältige Argumentationslinien zusammenkommen, damit man ein einigermaßen übersichtliches Bild psychologischer Motive und ihrer Zusammenhänge zu soziologischen und politischen Motiven erhält. Erst Informationen aus unterschiedlichen historischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen können einen Zugang zu der grundsätzlichen Überlegung bieten, warum Menschen gegen Menschen unvorstellbar grausam werden können.

Es reicht wahrscheinlich nicht aus, Terrorismus als gewissermaßen pathologisches Syndrom zu kennzeichnen. Die Hemmschwelle, die den Einzelnen davon abhält, gewalttätig zu werden, liege bei vielen Menschen wesentlich niedriger, als manchen Forschern lieb sei, resümiert Peter Waldmann⁴. Und auch der Psychoanalytiker Ernst Federn, der ähnlich wie Bruno Bettelheim seine Erlebnisse im Konzentrationslager durch das psychologische Studium des Lagererrors verarbeitete, kommt zu dem Schluss, dass Terroristen und Folterer nicht zwangsläufig pathologische Charaktere sein müssen: „Die

erschreckende Wahrheit (...) ist die, dass Höß (der Lagerkommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, C.B.) kein psychopathisches Ungeheuer und kein schizoider Vernichtungsroboter war, sondern ein realer Mensch, behaftet mit einer Störung der Persönlichkeit, wie sie in jedem zivilisierten Land nicht selten ist ...“⁵. Diese Wahrheit kann selbstverständlich nicht als Entschuldigung für begangene Untaten herhalten, sie kann aber als Warnung dienen, dass „Normalität“ kein Hinderungsgrund ist, zukünftig Grausamkeiten bis hin zu terroristisch-kollektiven Aktionen zu begehen.

Erklärungen psychologischer Art – vor allem wenn sie von Nicht-Psychologen und/oder Pragmatikern in politischen Handlungsfeldern gesucht werden – werden im Alltagsbewusstsein oft monokausal gedacht und als solche erhofft, die zu unmittelbaren Handlungskonsequenzen führen. Wenn dieses oder jenes Merkmal typisch für Terroristen sei, dann müsse man doch dieses oder jenes tun können, um Terrorismus grundsätzlich verhindern oder gar abschaffen zu können. Es ist typisch für viele Präventionsdebatten (ob zu Gewalt, Drogen, Amoklauf oder sonstigen als deviant angesehenen Verhaltensweisen), dass es gerade keine eindeutigen Zusammenhänge zwischen nachweisbaren Lebensereignissen oder -erfahrungen und dem Phänomen gibt, für dessen Präventionsengagement sie herhalten. Je nach psychologischer Schule wird die eine oder andere Hypothese zu Grunde gelegt, die sich – logischerweise – deshalb nicht überprüfen lässt, weil ein Präventionskonzept ja gerade das Eintreten des Ereignisses verhindern soll, für das man die Hypothese entwickelt hat.

Psychologische Überlegungen haben in erster Linie die unmittelbaren Beziehungen zwischen Menschen und die in ihnen dabei ablaufenden innerpsychischen Prozesse im Blick. Da es „die Psychologie“ nicht gibt, sondern – wie in anderen Wissenschaften auch – viele z.T. miteinander konkurrierende „Schulen“ und da die Beziehungen dieser Psychologien zu den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen wie etwa Soziologie oder Politologie auch heutzutage nicht ausgelotet, geschweige denn ausformuliert sind, wird man auf die Erarbeitung einer umfassenden Theorie zu den Phänomenen Terror und Terrorismus noch eine Weile warten müssen. Einige Ergebnisse psychologischer Forschungen und Theoriebildungen können jedoch helfen, interaktionelle Zusammenhänge zu erschließen, die über die unmittelbaren Beziehungen zwischen Menschen hinausgehen.

Die im Zusammenhang mit dem Terroranschlag auf das World-Trade-Center entstandene Verwunderung, dass nicht nur Menschen, die auf Grund ihrer sozialen Lage nichts außer ihrem Leben zu verlieren haben, zu Terroranschlägen fähig sind, bei denen sie gerade dieses mit letzter Konsequenz einsetzen, sondern auch solche, die auf Grund ihres bisherigen Lebensstandards und ihrer technisch-wissenschaftlichen Ausbildung mit den Segnungen eines westlichen Lebensstils durchaus vertraut waren, gibt den Hintergrund dafür ab, den kollektiven Selbstmord von Terroristen in das Zentrum des folgenden Textes zu stellen. Ich werde versuchen, in aller Fragmentiertheit zwei psychologische Komplexe zu beschreiben, die im Zusammenhang mit diesen Aspekten des Terrorismus

von Belang sein könnten: frühe lebensgeschichtliche Erfahrungen und adoleszente Gruppenphänomene. Zunächst aber werde ich eine grundsätzliche Voraussetzung für die Grausamkeit kollektiver Gewalt von Menschen gegen Menschen diskutieren, die sowohl bei als legitim angesehenen Gewaltaktionen, etwa von Staaten, als auch als illegitim verstandenen eine „conditio sine qua non“ ist und die terroristische Gewaltakte von Gewalttaten bei Amokläufen unterscheidet: die Gehorsamsbereitschaft.

1. Gehorsams- und Gewaltbereitschaft

Die Gewaltbereitschaft von Menschen gegen Menschen ist kein Untersuchungsgegenstand im üblichen Sinne: Wer sich über die Zusammenhänge zwischen Tätern, Opfern und sozialen Gemeinschaften klar werden möchte, kann diese wohl kaum als Zuschauer oder Betroffener studieren: „Wer über dieses Thema schrieb, musste sich meist auf Berichte von Augenzeugen verlassen oder auf Schilderungen von Gewalttaten, wie sie sich in der Literatur, auf der Bühne und in der Malerei im Überfluss finden. In Wirklichkeit sind solche Szenen so schrecklich, dass niemand sich ihnen freiwillig aussetzen wird, außer er selber unterliege der Perversion der Algolagnie („Schmerzwollust“, C.B.) oder jener Form des Sadismus, die ihre Befriedigung darin findet, andere leiden zu sehen“⁶. In der Geschichte psychologischer Erforschung von Details zu den persönlichen und den sozialpsychologischen Bedingungen der Anwendung brutaler und terroristischer Gewalt hat allerdings in den Siebzigerjahren des vori-

gen Jahrhunderts ein Forschungsansatz Aufsehen erregt, mit dem dieses Dilemma durch eine experimentelle Anordnung gelöst werden sollte: das Milgram-Experiment⁷. Stanley Milgram konnte demonstrieren, dass Menschen „von der Straße“ unter den Bedingungen einer bestimmten Autoritätsbeziehung ohne Rücksicht auf moralische und humanitäre Bedenken zu Grausamkeiten fähig sind, die bis zur Entscheidung reichen, einen Menschen systematisch zu quälen und schließlich „seinen Tod billigend in Kauf zu nehmen“. In einem scheinbar harmlosen Lernarrangement sollten die Versuchspersonen eine andere Versuchsperson mit dosierten Elektroschocks „bestrafen“, wenn diese zu einer Lernaufgabe ein falsches Ergebnis nannte. Diese zweite Versuchsperson war eingeweiht und schauspielerte je nach Höhe des (vermeintlichen) Elektroschocks mehr oder weniger starke Schmerzäußerungen – bis hin zur Stille, wenn ein (vermeintlich) letaler Schock verabreicht wurde. Versuchte sich die Versuchsperson zu verweigern, so wurde sie nachdrücklich vom Versuchsleiter aufgefordert, das Lernexperiment zu Ende zu führen. Zahlreiche Versuchspersonen gingen in ihrer Bestrafung für ein falsches Ergebnis tatsächlich bis zur tödlichen Dosis, selbst dann, wenn die zweite (eingeweihte) Versuchsperson unmittelbar neben ihnen saß und sie deren Hand berührten. Diese Ergebnisse betrafen nicht nur Versuchspersonen in Amerika, sie erbrachten in verschiedenen anderen Ländern bei Wiederholungen des Experiments im Wesentlichen die gleichen Ergebnisse.

Milgram wurde – zu Recht – vorgeworfen, er habe die Ethik wissenschaftlicher Forschung dadurch verletzt, dass

er seine Versuchspersonen in ein traumatisches psychisches Dilemma gezwungen habe. Zahlreiche Versuchspersonen seines Experimentes konnten anschließend die Konfrontation mit der Tatsache nicht verkraften, dass sie sich zu solcher Grausamkeit fähig gezeigt hatten. Gerade weil es sich bei dem Milgram-Experiment aber um Versuchspersonen handelte, die auf den ersten Blick über jeden Verdacht einer „schlummernden“ Fähigkeit zu grausamstem Handeln erhaben schienen, war der Beweis dafür erbracht worden, dass keine geeigneten und trennscharfen Prädikatoren für eine Gewaltdisposition in Persönlichkeitsstrukturen oder für die Bedeutung spezifischer sozialer Umfeldbedingungen eindeutig zu erarbeiten sein würden. Vielmehr muss man davon ausgehen, dass es eine Vielzahl von Lebensumständen und -situationen sind, die einen bis dato normalen, intelligenten und unauffälligen Menschen zum Gewalttäter werden lassen. Die Bereitschaft scheint – so erschreckend das sein mag und offenbar auch anders als bei Amokläufern⁸ – ebenso ubiquitär vorhanden zu sein wie die Angst vor Gewalttaten selbst.

In bisherigen Erfahrungen mit terroristischen Gruppen und in Interviews mit Terroristen wie auch bei anderen Gruppierungen, die zur Gewaltbereitschaft neigen, scheint sich aber zu bestätigen, dass die Gehorsamsbereitschaft in der Tat nicht nur eine wesentliche Voraussetzung der Zugehörigkeit zu terroristischen Vereinigungen ist, sondern auch die moralischen und ethischen Barrieren gegen grenzenlose Aggression und Destruktivität bis hin zur Selbstzerstörung obsolet werden lässt. Die Journalistin Eileen MacDonald hat zahlreiche Interviews

mit Terroristinnen und Terroristen geführt⁹, unter anderen eines mit der nordkoreanischen Kim Hyon Hui, die nach „...lebenslanger Gehirnwäsche auf Befehl des nordkoreanischen Staates ...“ ein Flugzeug in die Luft sprengte: „Sie wurde ihr ganzes Leben zu etwas gezwungen, und in ihr war nicht ein Jota Rebellion übrig geblieben, sondern genau das Gegenteil: Sie war eine sehr konservative Frau. Sie interessierte sich nicht für Feminismus, wurde nicht von einem Gefühl für Ungerechtigkeiten angetrieben, noch wollte sie die Gesellschaft, in der sie lebte, umstürzen. Sie gehorchte ganz einfach Befehlen, als sie und ihr Mitagent die Bombe an Bord des Flugzeugs brachten“¹⁰, die auf dem Weiterflug von Abu Dhabi nach Seoul explodierte und das Flugzeug abstürzen ließ.

Nun kann man vermuten, dass die wenigsten Terroristen einer jahrelangen systematischen Gehirnwäsche wie bei einer geheimdienstlichen Organisation eines totalitären Regimes unterzogen worden sind (wenngleich sie gewissermaßen milderer Formen der Indoktrination ausgesetzt worden sein mögen). Zwei Fragen schließen sich hier an: Kann Gehorsam, der zu einem terroristischen Akt führt, auch durch eine Überzeugung hervorgerufen werden, und was wäre daran so besonders, so außergewöhnlich gegenüber dem Effekt von Destruktion und Todesfolgen wie etwa in kriegerischen Auseinandersetzungen (die ja ebenfalls auf der Grundlage von Überzeugungen geführt werden), dass man es „Terrorismus“ nennen müsste? Und zweitens: Kann man etwas „terroristisch“ nennen, was nicht von Staats wegen bzw. gerade gegen ihn oder seine Symbole unternommen wird? Hier offen-

bart sich ein Definitionsproblem, auf das auch MacDonald hingewiesen hat: Das Motiv zu dem grausamen Akt zerstörerischen und selbstzerstörerischen Handelns kann ebenso wie in terroristischen Zirkeln in Demokratien unter dem Gesichtspunkt des Gehorsams geboren worden sein. Auf den nationalsozialistischen Terror, der ja z.T. auch mit der Pflicht zum Gehorsam begründet wurde, habe ich bereits hingewiesen.

Für Menschen, die in Demokratien aufgewachsen sind, scheinen die Zusammenhänge zwischen Gehorsamsbereitschaft und dem, was die Opfer von Grausamkeit erfahren müssen, in ähnlicher Weise zu gelten. Das Massaker von My Lai während des Vietnam-Kriegs ist in dieser Hinsicht gut dokumentiert. Leutnant Calley, der scheinbar grund- und gnadenlos die unbewaffneten Einwohner eines vietnamesischen Dorfes niedergemetzelt hatte und dem seinerzeit der Prozess gemacht worden war, hatte in seinem Handeln „nichts Falsches“ gesehen: „Ich war nicht nach My Lai gekommen, um intelligente Menschen zu beseitigen, sondern um eine vage Idee zu vernichten ... Ich finde es zwar abscheulich, dass die meisten Leute mehr über Kommunismus wissen als ich, aber es ist so. Als ich noch in der Schule war, habe ich mir nie Gedanken darüber gemacht. Ich ging einfach darüber hinweg und betrachtete den Kommunismus so, wie z.B. ein Südstaatler einen Neger sieht: Es ist böse. Es ist schlecht. Ich besuchte die Schule in den Fünfzigerjahren, und es wurde uns von der Mittelschule an eingehämmert: ‘Ham se’ ist falsch, ‘Haben Sie’ ist richtig; Kommunismus ist schlecht, Demokratie ist gut, eins und

eins ist zwei usw. ... Ich war nur ein einfacher Durchschnittsbursche, das bin ich heute noch. Ich sage mir immer: Die in Washington sind schlauer als ich ...“¹¹. Er wurde für sein Handeln bestraft, weil eine demokratische Gesellschaft es nicht durchgehen lassen kann, dass Einzelne ihrer Mitglieder sich auf ihre Naivität oder ihren „guten Glauben“ berufen, wenn sie exzessive Gewalt ausüben.

Der Grat zwischen „gut“ und „böse“ im Erleben der Opfer ist – vergleicht man die Mittel der Zerstörung und ihre Folgen bei terroristischen und bei militärischen Aktionen – sehr schmal. Es ist bezeichnend, dass Eileen MacDonald bei ihren Recherchen in Anti-Terror-Einheiten die Warnung erhält, sich nicht auf der „anderen Seite des Tisches“ wieder finden zu lassen – so, als ob die allzu dichte Beschäftigung mit Terror und Terrorismus „infizierend“ wirken könnte. Was aber könnte dies verhindern? Die richtige „Religion“ – im Sinne des Wortes „Bindung“?

In der Nachfolge des Milgram-Experiments entstand konsequenterweise die Frage, ob man denn wenigstens Eigenschaften herausfinden könne, die relevant für Gehorsamsverweigerung seien, die also eine gewisse Immunität gegen Gewalt und Terror von Menschen gegen Menschen versprechen könnten. Die Ergebnisse der Nachuntersuchungen von Menschen, die an Milgrams Experimenten teilgenommen hatten, lassen vermuten, dass starke Bindungen an eine religiös bzw. moralisch determinierte Gemeinschaft stärker für eine Gehorsamsbereitschaft sprechen, als deren Fehlen¹², vor allem dann, wenn sie Elemente von Fanatismus beinhalten.

Dies ist bei der Frage nach den psychologischen Faktoren von Terrorismus deshalb von Bedeutung, weil einerseits bestimmte Gruppenmerkmale (Bindungsmotive) terroristischer Aktivitäten wesentlich für ein Verständnis des Terrorismus sind. Es zeigt andererseits, dass es wohl eine gewisse Bereitschaft bei Nicht-Terroristen gibt, terroristischen Aktionen „klammheimlich“ zuzustimmen¹³. Immerhin enthält ein Terrorakt alle die Elemente, die dem stärksten Aggressionstau in allen Kulturen unterliegen: Er macht als politische Aktion keinen Sinn, weil mit ihm keine politischen Ziele zu erreichen sind – außer einer Demonstration von individueller Macht durch die Demütigung des Gegners um den Preis der wahrscheinlichen Selbsterstörung des Terroristen.

Dies wird – in vielen Aspekten durchaus verschieden – in einem Punkt aber bei zahlreichen Terrororganisationen global einheitlich begründet: mit der Versprechung eines wie immer gearteten „Paradieses“. Auf die Bedeutung des Paradieses werde ich später eingehen, zunächst jedoch möchte ich die Bedeutung des unmittelbaren Gruppenhintergrundes diskutieren. Es versteht sich von selbst, dass die Akteure terroristischer Gewalttaten, die ja immer einer Gruppe bedürfen, um Terroraktionen zu planen und effektivvoll durchzuführen, offenbar ganz besonders von der Macht der Gruppenleistung fasziniert und in ganz besonderer Weise für den Empfang von Anweisungen der Gruppenleitung anfällig sein müssen. Mit anderen Worten: Was ist es, das die Gruppe oder das „Netz“ der Terroristen gegen die Masse der Nicht-Terroristen und die etablierte Macht zusammenhält?

2. Die Bedeutung der Gruppe auf dem Weg zum Paradies

Die Erkenntnisse, dass Terrorismus ein Gruppenphänomen ist, dass terroristische Gruppen offenbar eine Art Sektcharakter mit einer sehr strengen hierarchischen Befehlsstruktur haben, in ihrer Mitgliedergröße gegenüber den terrorisierten Massen überschaubar sind und dass sie aus einer nationalistischen, ideologischen oder religiösen Opposition heraus ihre internen Bindungen organisieren, lässt vermuten, dass gruppenpsychologische Erkenntnisse hier weiterhelfen könnten. Demnach sind – ganz allgemein – Aktivitäten eines Teils einer Gruppe bzw. einer sozialen Gemeinschaft (Terroristen und Nicht-Terroristen eingeschlossen) nur dann zu verstehen, wenn sie im Zusammenhang mit dem anderen Teil, also ganzheitlich gesehen werden, gerade wenn dieser Teil die Mehrheit darstellt. Jeder Versuch, sich allein auf den einen Teil, etwa auf die Aktivisten, zu beziehen, führt deshalb zu keinem bemerkenswerten Erfolg, weil der andere Teil – gewissermaßen unerkannt – dazu beiträgt, dass der Teil, mit dem man sich beschäftigt, weiter und z.T. unerkannt sein „Unwesen“ treibt. Aus dem pädagogischen Alltag ist beispielsweise bekannt, dass das Entfernen eines Störenfriedes (dessen Aktionen ja ebenfalls als „Terror“ empfunden werden können), schnell wieder zu einem neuen „Terroristen“ führt, wenn es nicht gelingt, die Lage der Gruppe grundsätzlich zu verändern (wobei die radikalste Lösung – oft aus Hilflosigkeit – in der Auflösung der gesamten Gruppe besteht)¹⁴. Der nur scheinbar inaktive Teil der Gruppe bringt einen neuen Aktivisten hervor, sei es, dass er ein neues Gruppenmitglied findet, sei es,

dass aus den eigenen Reihen der „Nächste“ dran kommt.

Im Sinne dieses Gruppenphänomens könnte man auch davon sprechen, dass der „böse“ Teil der Gruppe im Auftrag des „guten“ Teils handelt, wobei „der Auftrag“ nicht nur als ein expliziter Vorgang begriffen werden kann, sondern auch als eine stillschweigende bewusste oder unbewusste Übereinstimmung. Die Psycho-Logik dafür liegt auf der Hand: Wenn man die „Untaten“ bei den Akteuren sucht, bleiben die „Drahtzieher“ unerkannt und „unschuldig“. Damit dies nicht allzu offenkundig wird, „braucht“ man bei Terroranschlägen die offenkundigen Jubler – z. B. Fernsehbilder von Sympathisanten der Terroristen¹⁵. Sie entlasten die soziale Gemeinschaft insofern, als man den Eindruck erwecken kann, nicht weiter suchen zu müssen. Sie demonstrieren, dass das „Böse“ außerhalb der Mehrheit lokalisiert ist. Bei der Suche nach „Schuldigen“ geht allerdings die Suche nach den Motiven für die gewalttätigen Aktionen, die eine Gruppe dazu bringt, die Lösung ihrer „Not“ in solchen Spaltungen zu suchen, verloren.

In diesem Zusammenhang spielt die „Karriere“ des Einzelnen in der Gruppe eine wichtige Rolle. Es ist nämlich ganz grundsätzlich für eine Gruppe wichtig, die richtige Frau und den richtigen Mann am richtigen Platz zu wissen. Da sich dies nicht immer automatisch ergibt und die verschiedenen „Plätze“ in Gruppen ganz unterschiedliche Valenzen haben (welche wahrscheinlich von dem Stellenwert der Gruppenmitglieder bindenden Vorstellungen/Ideologien abhängen), ist der Weg des Einzelnen in der Gruppe in gewis-

ser Weise ein Lebensentwurf, der dem entspricht, was man in anderen Zusammenhängen Karriere nennt. Gehört zu der Karriere das Merkmal, die Gruppenideologie ganz besonders radikal zu vertreten oder durch besondere Kaltblütigkeit zu „glänzen“, dann braucht es im Gruppengeschehen für den Karrieristen im Hier-und-Jetzt umso weniger des realen Aktionismus, je weiter er auf der Karriereleiter aufsteigt. Der Gruppenführer schließlich verkörpert auf der höchsten Stufe so etwas wie eine unantastbare, gewissermaßen entrückte „Heiligkeit“, die gleichwohl mit den Mitteln, wie sie auch bei radikalen Sekten bekannt sind, ihre Macht ständig neu absichern muss. Der Selbstmordattentäter befindet sich nicht nur gegenüber der Gruppe vor der „höchsten“ Stufe seiner Karriereleiter, er kann sich darüber hinaus bei der Planung seines Vorhabens auch die perfekte Erfüllung seiner Mission etwa dadurch fantasieren, dass er sich in eine transzendente Nachbarschaft zum Gruppenziel und der dieses verkörpernden Idealfigur zu begeben beabsichtigt.

Die Bindungen von Sektenmitgliedern, soweit sie während ihrer Adoleszenz zur Sekte gestoßen sind, erweisen sich gegenüber der „Außenwelt“ als ähnlich resistent, wie möglicherweise bei terroristischen Gruppierungen. In dieser Altersphase steht nicht nur die Auseinandersetzung mit Ideen und Idealen im Vordergrund, der Bezug zu seinesgleichen kann auch die Kraftquelle bilden, aus der die Energie für die Aktivitäten der Gruppe geschöpft werden. Je „verschwörerischer“ diese gegen die Außenwelt der Gruppe gerichtet sind, desto stärker sind die Bindungen zwischen den Gruppenmitgliedern auf den affektiven Anteil bezogen. Sie entzie-

hen sich damit weitgehend einer rationalen Kontrolle und sie sind die Garantie dafür, dass die Gruppenmitglieder gegen die „Verführungen“ der Außenwelt gewissermaßen immunisiert bleiben. Es werden zwei Welten gebildet, die durch eine unsichtbare und gefährliche Grenze getrennt sind.

Der Mechanismus der Spaltung in „gut“ und „böse“ ist eine der Stützen dieser Weltansicht. Jerome M. Post stellt ihn in Anlehnung an die Narzissmus-theorie Heinz Kohuts als Resultat einer sehr früh in der Kindheit erworbenen und fixiert gebliebenen „narzisstischen Wunde“ heraus: „Menschen mit einem beschädigten Selbstkonzept haben niemals die ‘guten’ und ‘bösen’ Anteile ihres Selbst integrieren können. Diese Aspekte bleiben gespalten in das ‘Ich’ und das ‘Nicht-Ich’“¹⁶ Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Die Gruppenbildungen spielen in der Entwicklungsphase der Pubertät/Adoleszenz deshalb eine entscheidende Rolle, weil der Übergang von den Identifikationen aus dem unmittelbaren Lebensumfeld (Eltern, Lehrer) zu einer eigenen Identität u.a. dadurch gekennzeichnet ist, dass die bisherige Bindung an Menschen, etwa Mutter und Vater, in eine Bindung an Ideale, Überzeugungen und Werthaltungen übergeht. Diese normalerweise mit der Hoffnung des Übergangs in eine verantwortungsvolle Haltung gegenüber einer demokratischen Gemeinschaft verbundene Entwicklung kann auch in ihr Gegenteil umschlagen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn konträre und/oder radikale Ideale und Werthaltungen (z.B. antiautoritärer oder außerparlamentarischer Natur) attraktiver erscheinen als die, die eine soziale

Gemeinschaft mehrheitlich vorgibt. Es sind zahlreiche Szenarien denkbar, unter welchen Umständen dies zutreffen kann (Vernachlässigung, Ungerechtigkeiten, erlebte Gewalt), und die Varianten jugendlicher Subkultur, in denen dieser Devianzprozess beginnt, weisen eine grenzenlose Vielfalt auf – von politisch begründeten Idealen bis hin zu Satanskulten¹⁷. Gemeinsam ist solchen Abweichungen in Gruppen, Cliquen und Sekten, dass sich der Selbstwert des Einzelnen dem Gruppenideal unterordnet.

Überträgt man solche Zusammenhänge zwischen den Bindungen der Einzelnen in Gruppen und den Bedeutungen der einzelnen Gruppenmitglieder für die Gesamtheit der Dynamik im Gruppengeschehen auf das Verhältnis von Terroristen zu Nicht-Terroristen, dann könnte man vermuten, dass die eine Gruppe in einem mehr oder weniger verdeckten bzw. unbewussten kollektiven Zusammenhang zur anderen steht. Solche Zusammenhänge nachzuweisen bedarf selbstverständlich eingehender systematischer Forschungen. Aber allein schon die in immer wieder neuen Varianten auftauchenden Gerüchte über die Verbindungen zwischen den Terroristen, namentlich Bin Laden, und führenden amerikanischen Persönlichkeiten des Geheimdienstes und der Politik (bis hin zu George W. Bush selbst) wären eine Arbeitshypothese über das „Wie“ der Zusammenhänge wert. Und auch die wahlweise Verwendung von Terroristen im Kampf gegen die gemeinsamen „Feinde“ auf der einen Seite und die Bekämpfung der Terroristen auf der anderen Seite spricht für den Zusammenhang zwischen denen, die sich für den Terror „hergeben“ und denen, die am Terror „unschuldig“ bleiben.

Die Verwendung von Begriffen und Metaphern in der menschlichen Kommunikation über terroristische Täter und Ereignisse (etwa die verniedlichende Bezeichnung Bin Ladens als „Superbösewicht“ oder die ganzheitliche Interpretation, dass die „Einschläge der Flugmaschinen in das World Trade Center ... dem Mekka der westlichen Postreligionen“ galten¹⁸) ist Beleg dafür, dass solche Zusammenhänge sprachlich und zumeist unbewusst durchaus allgemein bekannt sind und wirken. Medien benutzen sie, um damit möglichst große Wirkungen zu erzielen, ja sie benutzen sie sogar manchmal mit Hilfe fiktionaler (radikaler gesagt: erfundener) Elemente bewusst, wenn in der Realität die Ereignisse dieses nicht hergeben (ich denke hier z.B. an die Bilder der jubelnden Palästinenser, die unmittelbar nach dem Terrorattentat auf das World Trade Center gezeigt wurden, deren Herkunft aber zweifelhaft war). Dies tun sie im Übrigen ebenso bei historischen Prozessen, die nicht weniger gewalttätig, aber – zumindest von den westlichen Demokratien – nicht als terroristisch bezeichnet werden: bei Kriegseignissen¹⁹.

Die aus der Kleingruppenforschung gewonnenen Erkenntnisse können zusätzliche Brisanz als Massenphänomene bekommen – wenn man sie als Analogien für Massen, Staaten und globale Verhältnisse verwendet²⁰. In Massen wirken solche Vorgänge wahrscheinlich deshalb umso mehr, als für den Einzelnen ja kaum überprüfbar ist, ob eine bestimmte Information, die in diesem Sinne z.B. medial eingesetzt wird, überhaupt „wahr“ ist. Auf der individuellen Ebene kommen weitere Phänomene hinzu, die verhindern, dass bestimmte

hochgradig angstbesetzte Informationen aufgenommen und andere (angstmindernde) dagegen verstärkt wahrgenommen werden: die Verdrängung, die Verleugnung und die Verkehrung ins Gegenteil²¹. Diese als Abwehr bezeichneten Vorgänge sind weitestgehend unbewusst, sie sind rationaler Aufklärung weniger zugänglich als die mediale Beeinflussung der Ängste und Aggressionen, die die Abwehr mobilisieren.

3. Die Attraktivität der Vorstellungen von „gut“ und „böse“

Terroristische Gewaltakte haben einen polarisierenden Effekt bei denjenigen, die nicht ihre unmittelbaren Opfer sind: Auf der einen Seite rufen sie eine Solidarisierung mit den Opfern hervor, wobei der Gewaltakt als „böse“ verurteilt wird. Auf der anderen Seite erzeugen sie bei den Gegnern der Opfer Gefühle, die von klammheimlicher Freude bis zu offenem Jubel reichen, wobei der Gewaltakt „gut“ geheißen wird. Auf welcher Seite man sich auch immer befindet – kaum jemand ist frei von solchen polarisierten bzw. zwiespältigen psychischen Reflexen auf terroristisches Geschehen. Sie haben als Erfahrungsfolie ihren Ursprung wahrscheinlich in der Entwicklungsphase des Menschen, in der er noch nicht über differenzierende Verarbeitungsformen von Ursachen und Schuld an dem fähig ist, was ihn angreift, kränkt oder schädigt. Die Spaltung der wahrgenommenen Welt in „gut“ und „böse“ gilt als eine Form der Abwehr, die – so die Theorie – es dem ganz kleinen Kind möglich mache, frühe Frustrationen auszuhalten: „Die Spaltung (...) ist eine Abwehrmaßnahme, d. h. das Kind hält an der Illusion einer noch ungeschiedenen

Mutter-Kind-Dyade mit einem nur guten Mutterbild und einem nur guten Selbstbild fest, um den tatsächlichen Mangel an erfahrener Zuwendung und einfühlsamer Spiegelung nicht wahrnehmen zu müssen“²².

Die Polarisierung verweist also auf eine in der psychischen Entwicklung sehr frühe Form der Verarbeitung von Konflikten zwischen inneren Wünschen und äußeren Begrenzungen. Versteht man – wie Aloys Leber – unter Terror „... die Anwendung physischer, destruktiver Gewalt, um andere – größere Gruppen, ein ganzes Gemeinwesen – unter Kontrolle und Verfügbarkeit zu bringen, die Opfer zu quälen und zu demütigen ...“²³, dann kann bereits in frühester Kindheit die Erfahrung gemacht werden, dass und wie Terror wirkt. Leber stellt in zahlreichen Fallbeispielen der spektakulären Terrorisierung ganzer institutioneller Gemeinschaften durch das entsprechend destruktive Verhalten eines einzelnen Kindes den „heimlichen“, unerkannten Terror gegenüber, mit dem Menschen anderen durch ihr Verhalten, in dem sie z. B. Rücksicht einfordern, ihren Willen aufzwingen. Terror kann in diesem Sinne bereits von Eltern ganz kleiner Kinder erfahren werden, gerade weil Letztere sich sprachlich nicht auf der Verstehensebene von Erwachsenen ausdrücken können²⁴. Und umgekehrt gehört die Erfahrung bei der Anwendung „terroristischer Mittel“ durchaus zur normalen kindlichen Entwicklung.

Die Kehrseite der Welt, die mit terroristischen Mitteln kontrolliert werden soll, ist das „Paradies“ der intrauterinen Lebenswelt. Die allgemein menschliche Erfahrung von Kränkung, nach der Geburt nicht mehr uneingeschränkter

Mittelpunkt der Welt zu sein, ist wahrscheinlich nur in dem Maße verkraftbar, in dem es eine Einigung zwischen Mutter und Kind gibt, die ihm über diese Kränkung hinweghilft. Da sich in höchst verschiedener Weise weltweit die Realität widriger Lebensverhältnisse dazwischen schiebt, gibt es auch un-
gemein vielfältige Reaktionen und Entwicklungsverläufe. In ihnen allen könnte das Wissen um und die Hoffnung auf das Paradies enthalten sein, wie es in Religionen, Mythenbildungen und Fantasieprodukten immer wieder beschrieben wird.

In Zukunftsentwürfen von Menschen aller historischer Epochen ist die „Rückkehr ins Paradies“ nach dem Tod als die Erfüllung des Lebens angesehen worden. Je aufgeklärter sich eine soziale Gemeinschaft fühlte, desto mehr trat allerdings die Vorstellung in den Vordergrund, man könne mit wissenschaftlicher Anstrengung dem Paradies auf Erden näher kommen oder gar durch biowissenschaftliche und medizinische Künste der Unvorhersagbarkeit und Endgültigkeit des Todes ein Stück weit trotzen. Das Fantasmatische der Paradiesvorstellung ist dabei erhalten geblieben, nicht zuletzt deshalb, weil die früheste Erfahrung von Geborgenheit zwar eine von den meisten Menschen erlebte, dennoch aber eine höchst individuelle geblieben ist.

Gerade weil sie gewissermaßen vorsprachlicher Natur sind, können solche frühen Erfahrungen auch universell wirken. Das (wissenschaftliche) Problem einer Verifizierung der Hypothese, dass solche frühen Motive eine Rolle spielen könnten, besteht darin, von diesen unbewussten Vorgängen in Individuen eine Verbindung zum Ge-

schehen in Gruppen zu ziehen. Noch weitaus schwieriger – wenn nicht gar unmöglich – scheint die Erforschung des Zusammenhanges zwischen Gruppen, Organisationen, Gesellschaften, Nationen und weltweiten Dimensionen psychischer Abhängigkeiten. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Erforschung solcher Zusammenhänge, über die nur sehr vage Hypothesen existieren, ist es bisher nicht gelungen, die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen wie etwa der Psychologie, der Soziologie, der Ethnologie und der Politikwissenschaften, die zu den Facetten beitragen könnten, zu einer Synthese zu führen. Und schließlich wäre noch zu fragen, wer überhaupt Interesse an der Erforschung solcher Zusammenhänge von Individuum, Gesellschaft und globalen Verhältnissen haben könnte – solange gerade das Nicht-Wissen darum im Sinne propagandistischer Agitation sowohl auf Seiten der Terroristen als auch auf Seiten der Politiker nutzbar ist.

4. Individuelle Motive?

Wahrscheinlich besteht ein solcher Zusammenhang zwischen unmittelbarer individueller Erlebnisfähigkeit und globalen Verhältnissen am ehesten noch in der persönlichen Interpretation etwa der Nachrichten und ihrer Verarbeitung, der Simplifizierung und der Nutzung unterschiedlich gelernter Wahrnehmungsanalogien. Deutlich wird dies z. B. an Formulierungen, die fremde und eigene Verhältnisse als Charaktereigenschaften einer Gesamtperson, z. B. „die Amerikaner“, beschreiben, von der man sich ein konsistentes Verhalten erwartet. Sie wird nach den dem Individuum vertrauten

Beziehungsmustern in ein Verhältnis zu anderen Großgruppen, etwa „den Muslimen“, ohne Rücksicht auf Bindendifferenzierungen gesetzt. Meist sind es familiäre Muster, die für die Beschreibung solcher Beziehungsverhältnisse erhalten müssen²⁵. Solche Vereinfachungen wirken nicht nur bei den Anhängern der Terroristen, sie sind auch bei den „Feinden“ der Terroristen weit verbreitet. Es versteht sich von selbst, dass sie auf beiden Seiten sehr gefährliche Folgen haben können.

Das System der extremistischen Gruppe als Bindeglied zwischen persönlichen Motiven, die mit Paradies, Kampf und Tod verknüpft sind, und den Motiven anderer, zu denen die Abhängigkeitsverhältnisse bestehen, bietet Voraussetzungen für ein „Leben“, das vor allem der Vorbereitung des terroristischen Weges dient. Auf diesem Weg werden Spuren hinterlassen – wie sich im Nachhinein bei den Ermittlungen zu den Terroristen des New Yorker Attentats herausstellte. Auch bei nicht-terroristischen Gruppen existieren Spuren, die ein Nachvollziehen der Psychologie im Verhältnis des Einzelnen zur Gruppe ermöglichen würde. In der nachträglichen Recherche zu Gewalttaten werden zunächst allerdings zumeist nur die Spuren und die Motive des/der Täters verfolgt, nicht aber die Zusammenhänge, die zu den „unbeteiligten Zuschauern“ oder staatlichen Sicherheitsorganen bestehen könnten. Es scheint absurd, ihnen Verbindungen zu unterstellen, die ihre Rechtschaffenheit anzweifeln lassen könnten. Dennoch zeigt sich – in angemessenem historischen Abstand – so etwas wie eine „Mitschuld“, deren Aufdeckung mitunter gewaltige Energien entgegenstehen (z. B. bei der Debatte

um die Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus).

Wie man ganz allgemein nach Katastrophen immer wieder herausfindet, was man vorher hätte beachten müssen und was man hat geschehen lassen, ohne zu intervenieren, so gibt es auch zu den terroristischen Aktivitäten solche Spuren. Nicht dass diese etwas Wesentliches zur Aufklärung von Motiven beitragen könnten, sie zeigen jedoch, dass hinter Terrororganisationen auch hochintelligente Menschen stecken, die ebenso rational Ressourcen verwalten können wie ihre „Feinde“ – oft sogar in unerkannter oder heimlicher Zusammenarbeit mit ihnen.

Eines unterscheidet sie allerdings von diesen: die tödliche bzw. selbsttötende Konsequenz der Terrorakte, die in vielen Fällen nicht nur einen Neben-, sondern den Haupteffekt für die Akteure darstellt. Der gewollt suizidale Aspekt ist für westliche Verhältnisse nur schwer zu verstehen. Der Psychoanalytiker Hilgers hat in einem journalistischen Essay auf die Tatsache aufmerksam gemacht, dass „... bereits jeder einfache Suizid beweist, dass unter gewissen Umständen der eigene Tod wenigstens subjektiv als das kleinere Übel erscheint. Tatsächlich ist der Erhalt des Selbstwerts und die Integrität der Persönlichkeit ein Motiv menschlichen Handelns, das höher wiegen kann als die eigene Existenz. Menschen, die Selbsttötungsversuche unternommen haben, geben bei Befragungen an, sich mehr oder weniger unbewusst doch ein Weiterleben nach dem Tod vorgestellt zu haben. Dies gilt selbst dann, wenn sie nicht gläubig sind: Sie fantasieren sich die Reaktionen ihres trauernden, bestürzten oder beschämten Umfeldes

und imaginieren sich selbst dabei in einem Zustand der Ruhe, des Schlafes oder über den Ereignissen schwebend. Ein wirklich totales Ende eigener Existenz kommt in den Schilderungen kaum vor. Die Bestrafung der Überlebenden durch den eigenen Tod wird regelmäßig als gerecht erlebt²⁶.

5. Suizidale Lösungsstrategien

Die Tendenz zum Suizid ist in der Pubertät erschreckend häufig zu beobachten. Im Alter zwischen 15 und 25, also noch bevor sie in demokratischen Rechtssystemen voll erwachsen geworden sind (gleichwohl ab dem Alter von 18 Jahren als Soldaten ihren Tod der Landesverteidigung weihen dürfen), nehmen sich fast ebenso viele Menschen das Leben, wie vergleichsweise in den späteren Lebensphasen danach. Suizide gehören bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen – so der Kinder und Jugendpsychiater Hellmuth Braun-Scharm – auf Grund der geringen allgemeinen Mortalität in dieser Altersphase zu den häufigsten Todesursachen²⁷: „Pubertierende sind in hohem Maße Stimmungsschwankungen unterworfen. Sie haben noch keinen festen Lebensstandpunkt bezogen, sie sind noch nicht in der Welt der Erwachsenen integriert, aber doch schon am Ende ihrer Kindheit angelangt. Sie fühlen sich 'zwischen zwei Welten', zweifeln häufig an einem Lebenssinn, empfinden die Umwelt als feindselig eingestellt, erleben Problemsituationen in Schule und Elternhaus, erfahren erste Enttäuschungen in Beziehungen zum anderen Geschlecht. Jungen wie Mädchen durchleben das Stadium des 'Weltschmerzes, schwanken zwischen 'himmelhochjauchzend' und 'zu Tode

betruht'²⁸. Dass der Suizid in den westlichen Industriegesellschaften unter dem Gesichtspunkt und der Logik von (psychischer) Krankheit verstanden wird, macht eine der Schwierigkeiten aus, suizidale Handlungen aus der Perspektive anderer Kulturkreise (etwa Japans Harakiri) angemessen zu verstehen²⁹.

Eine der wesentlichen als psychopathologische Ursachen für Selbstmord charakterisiertes Motiv ist die Depression. Dann, wenn nichts mehr zu helfen scheint, dann ist der Selbstmord weniger ein dem Leben-ein-Ende-setzen als vielmehr die Lebenssituation mit allen ihren Facetten zu beenden: „Im Selbstmord wird im Grunde nicht das Autodestruktive angestrebt, nicht das nicht-mehr-Sein, das Ende der leibseelischen Existenz, sondern es soll das unerträgliche Leid ein Ende finden“³⁰.

Manche der suizidalen Motive sind auf das Durchgangsstadium zwischen „Tod und Wiedergeburt“³¹ in dieser Altersphase bezogen und darin denen der auf die Aufnahme ins Paradies hoffenden Terroristen durchaus ähnlich, wie auch die Entwicklungsphase Pubertät/Adoleszenz verschiedene Aspekte enthält, die denen terroristischer Bandenbildung vergleichbar sind. Zum einen geht es in der Pubertät ganz grundsätzlich um die eigene Existenz, die mit oder gegen die vorhandenen und als Leitbilder erlebten erwachsener Existenzen anderer entwickelt wird. Der eigene Tod hat nicht nur die individuelle, sondern auch die soziale Komponente insofern, als bei der radikalsten „Lösung“ individueller Lebensprobleme die Gemeinschaft von Gleichaltrigen eine unterstützende und verführerische Funktion haben kann

(gemeinschaftliche Selbstmorde Jugendlicher).

Im Zusammenhang mit der jugendlichen Radikalität gegenüber dem eigenen Lebenswillen kann eine individuelle Haltung entstehen, wie sie Hilger als „Erlösung“ charakterisiert. Im eigenen Tod ist das Gruppenideal und damit das „Paradies“, die individuelle Gratifikation, erreicht. Es bedarf des Gruppenkontextes, und es bedarf kommunikativer Strukturen, die die Bindungen der Gruppenmitglieder untereinander gegen die Außenwelt immunisieren. Die Herauslösung aus solchen Strukturen ist äußerst schwierig, da es zunächst weder in der individuellen Identität noch in den Außenbeziehungen einen „Anknüpfungspunkt“ gibt, der eine andere Bindung aufbauen helfen könnte³².

Die Kehrseite der depressiven Lebensbewältigung kann in Protestformen bestehen, die durchaus gewalttätigen Charakter annehmen können. Sie sind bei Jugendlichen und Adoleszenten nicht nur häufig, sie haben auch in verschiedenen historischen Epochen den Charakter einer Opposition zu bestehender Herrschaft angenommen³³. Jugendkulturelle Kreise und adoleszente Bewegungen gelten deshalb nicht zufällig auch als potenzielles alterstypisches Entwicklungsumfeld für Terrorismus.

Gemessen an den in der westlichen Welt weit verbreiteten Vorstellungen, den Tod mit der Hoffnung auf das Leben und den Krieg mit der Hoffnung auf den Frieden zu überwinden, muss man davon ausgehen, dass für terroristische Gruppen, ja für radikale Gruppen überhaupt die Vorstellung attrak-

tiv ist, das irdische Jammertal mit der Hoffnung auf das Paradies überwinden zu können. In vielen terroristischen Zielen politischer oder religiöser Natur überwiegen fantasmatische Aspekte über die Welt „danach“. Diese können einem eher naiven Glauben an jenseitige Erlösung, aber auch realitätsverkennenden politischen Fantasien entspringen. Für den terroristischen Kampf bedarf es daher nicht nur einer entsprechenden Ausbildung, es bedarf auch der Einbindung in vorhandene Strukturen, in denen sich andere gewissermaßen der terroristischen Drohungen bedienen, um ihrer eigenen Sache Vorteile zu verschaffen und dabei den Anschein von Unschuld zu erwecken. Zahlreiche Abstufungen eines Gewinnes von terroristischen Aktionen sind denkbar und werden nach terroristischen Anschlägen in einem gewissen zeitlichen Abstand auch immer wieder in den Medien – in den westlichen Demokratien interessanterweise z.T. sehr unterschiedlich – diskutiert.

6. Was könnte daraus folgen?

Terrorismus ist in erster Linie ein politisches Problem. Die Herausforderungen terroristischer Aktionen treffen vor allem Regierungen oder größere Organisationen, auch wenn sie ganze Bevölkerungen in Angst und Schrecken versetzen. Die Psychologie kann im Hinblick auf ein bestimmtes motivationales Täterprofil und den Erfolg eines Einsatzes politischer Mittel bzw. staatlicher Kräfte (Polizei, Bundesgrenzschutz, Anti-Terror-Einheiten oder gar Militär) nicht besonders viel zum Aufspüren und Dingfestmachen von Terroristen beitragen. Schlussfolgerun-

gen zu psychologischen Zusammenhängen im Hinblick auf die Prävention können sich auf der Ebene des Individuums, vielleicht noch auf der Ebene von Gruppenzusammenhängen oder institutionellen Beziehungen bewegen, und psychologische Aussagen zu den hier diskutierten Motiven des Terrorismus können sich allenfalls in der Beschreibung von psychologischen Zusammenhängen und den daraus zu folgernden Interventionen in unmittelbaren Beziehungen als nützlich erweisen. Solche Interventionen sind traditionellerweise psychotherapeutische Maßnahmen oder betreffen – im Zusammenhang mit erziehungswissenschaftlichen Überlegungen – pädagogische Konzepte.

So haben beispielsweise die psychologischen Reflexionen einem Ernst Federn geholfen, über die schlimmsten Demütigungen als Opfer des nationalsozialistischen Terrors hinweg die Selbstachtung zu bewahren. Und sie haben wichtige Erkenntnisse für die Behandlung von extrem traumatisierten Kindern und Jugendlichen gebracht³⁴. Aber auch für die Frage, wie denn die nachwachsenden Generationen in Demokratien gegen Terrorismus immunisiert werden könnten, müssten die Überlegungen zu Gehorsamsbereitschaft, frühen Demütigungen und Fantasien von guter und böser Welt aufgegriffen werden.

Die Empfehlungen von Aloys Leber gehen dahin, den Trennungsstrich zwischen dem Terroristen und den Nicht-Terroristen absolut zu ziehen. Anderenfalls könnten die wachgerufenen Emotionen, die denen des Terroristen entsprächen, außerordentlich gefährlich werden: „Der Terrorist ist nicht

allein dadurch gefährlich, dass er uns mit äußerer Gewalt bedroht, sondern weil er bei uns terroristische Tendenzen, die wir nicht wahrhaben dürfen, anspricht“³⁵. Das Dilemma bei dieser Empfehlung ist, dass man kaum etwas zur vollständigen Aufklärung beitragen kann, wenn durch Trennungsstriche Tabuzonen markiert werden. Auch dafür gibt es genügend aktuelle Erfahrungen, was die Unerreichbarkeit von Menschen und Motiven betrifft, etwa wenn sie sich ins „Ausland“, also über eine Trennungslinie, abgesetzt haben. Solange Beteiligte an „dunklen Machenschaften“ innerhalb ihrer jeweiligen Bezugsgruppen eine wichtige Rolle spielen (und sie noch am Leben sind) werden sich in sozialen Gemeinschaften wahrscheinlich die Wünsche für und gegen Aufklärung die Waage halten.

Die Hoffnung, man könne durch verstärkte Transparenz der personalen und ökonomischen Beziehungen des terroristischen Lagers und eine verbesserte Kontrolle dem „Netz“ von Terroristen auf die Spur kommen, wird wahrscheinlich deshalb nicht halten, weil solche Netze eben nicht unabhängig von der Gesamtheit sozialer Gemeinschaften existieren können. D. h. es wird immer Profiteure von Gewalt und Grausamkeit geben – sei es die terroristische oder sei es die staatlich legitimierte.

Nicht zuletzt wirken manche Argumente für „Gegenschläge“ so wenig überzeugend, weil diese nachweislich Unschuldige treffen würden (und im Fall der amerikanischen Vergeltungsaktion, genannt Krieg in Afghanistan, nur durch enorme diplomatische Anstrengungen durchführbar waren und

auch in Zukunft immer wieder Legitimationsprobleme hervorrufen werden), wohingegen die Kontrolle der ökonomischen Verstrickungen (Finanztransaktionen und Waffenhandel) das Risiko der Entlarvung von vermeintlicher „Unschuld“ von Nicht-Terroristen beinhalten könnte. So wurde in den Nachrichten gar kolportiert, es gäbe ökonomische Verbindungen zwischen „der Bush-Familie“ und Bin Laden.

In eine eher traditionelle Richtung weisen die Überlegungen von Micha Hilgers. Wenn die Bedeutung von breiten Sympathisanten Gruppen für den Terroristentyp, der für das World-Trade-Center-Attentat verantwortlich war, sich als gering herausstellen sollte, sei dies ein bedrohlicher Befund. Sollte aber die dauernde Indoktrination eine wesentliche Grundlage für das Aufrechterhalten terroristischer Motive darstellen, dann könnte ein „... entschlossenes Vorgehen der Behörden gegen fundamentalistische Kreise potenzieller Täter ...“ dazu geeignet sein, die motivierende Unterstützung zu entziehen³⁶.

Jerome M. Post warnt dagegen vor allzu starker Gewalt gegen Terrorismus. Je stärker die Energie ist, Terrorismus zu bekämpfen und je kleiner die terroristische Gruppe, desto kontraproduktiver ist seiner Meinung die Gegengewalt. Diese kann u.U. dazu führen, die Bedeutung der terroristischen Gruppe und der einzelnen Gruppenmitglieder grandios zu überhöhen und damit als Bestätigung der eigenen Bedeutung zu dienen. Terrorismus sei ein langfristiges Problem. Wenn man die medial orientierte Strategie der Terroristen ins Kalkül ziehe, die darauf aus sei, ihre Macht, ihre Bedeutung und mögli-

cherweise ihren Erfolg zu dokumentieren, dann könnten pädagogisch aufklärerische Strategien zum Erfolg führen. Sie müssten die Romantisierung des Terrorismus aufheben und die Terroristen als das zeigen, was sie wirklich sind. Und damit Terroristen „konvertieren“ können, müssen sie, so Jerome M. Post, Hilfestellungen bekommen, die mehr sind als das Abnehmen von Bekenntnissen³⁷.

Wie auch immer man die Ambivalenz menschlicher Unvollkommenheit und die „heimliche Lust am Bösen“ bewertet, der verständliche Wunsch, sich vor zukünftigen Terroranschlägen zu schützen, ist aus psychologischer Sicht auch der Schutz des Menschen vor seinesgleichen. Insofern kann man all das für gerechtfertigt halten, was präventiv wirkt, einerlei wie es sich psychologisch begründet. Das kann bei dem fehlenden Respekt von Eltern gegenüber ihren Kindern anfangen, über die Erfahrungen von Demütigung in den Bildungseinrichtungen weitergehen und bei dem Versuch enden, in einer Gruppierung zu „landen“, deren Bindungsideal die Antihaltung zur sozialen Gemeinschaft darstellt. Aus der Perspektive westlicher Industrienationen lässt sich allerdings nur schwer ein Verständnis für Verhältnisse gewinnen, die den Nährboden für die Selbstmordattentäter darstellen. Die einfache Übertragung der westlichen Psychologie auf orientalische Sozialisation wird kaum zu brauchbaren Analysen führen.

Weil paradiesische „Endzeitfantasien“ aber nicht nur bei Terroristen aus dem Umfeld des Islam, sondern auch global bei Nicht-Terroristen weit verbreitet sind, wäre vor Botschaften zu warnen, die suggerieren, Gewalt, Krieg und Ter-

rorismus ein für alle Mal aus der Welt schaffen zu wollen (und zu können; Bush: Es wird ein langer Kampf). Eine „paradiesische“ Botschaft enthält den gleichen Charakter von Radikalität, wie die aus ihr abgeleiteten Vorstellungen über den Weg dorthin. Sie dient aller Erfahrung nach zur Stärkung dessen, was zu bekämpfen vorgegeben wird, der Kampf gegen den Feind konstituiert ihn zugleich („Viel Feind, viel Ehr“). Die Aufforderung, die als „Böse“ Etikettierten zu vernichten, fordert meist deren Gegenposition geradezu heraus, denn das „Paradies“ ist letzten Endes nicht etwas objektiv zu Bestimmendes oder gar zu Erreichendes, sondern das, was sich in den Köpfen der Menschen als Reflex auf ihre irdische Existenz als Fantasie herstellt.

Polarisierungen entsprechen nicht nur auf der Ebene der bewussten Kommunikation, sondern auch auf der Ebene vorsprachlich-psychischer Disposition den Befürchtungen von Menschen, die nicht allein, sondern in und mit (der oft geheimen Welt) ihrer Bezugsgruppe die Angst in Aggression umwandeln. Gerade weil es sich um unmittelbare (lokale/regionale) Bezugsgruppen handelt, sind die darin entwickelten Normen und Wertvorstellungen nur bedingt „globalisierungsfähig“. Die Geschichte der internationalen Organisationen zeigt die Schwierigkeiten des Kompromisses zwischen solchen Normen und Wertvorstellungen und zugleich dessen Brüchigkeit. Auch wenn man mit solchen Institutionen wie dem Haager Tribunal oder dem internationalen Gerichtshof schon einen wesentlichen Schritt weiter gekommen zu sein glaubt, wäre es naiv, wollte man glauben machen, dass durch die Herstellung z.B. einer globalen Gerechtig-

keit die Ängste vor Terrorismus bei den einen und die terroristischen Vorstellungen bei den anderen ad acta gelegt werden könnten.

Neben den kommunikativen Elementen, die vor allem in den medialen Botschaften zu beachten wären, wird wahrscheinlich alles helfen, was das irdische „Jammertal“ einer lebenswerten Realität näher bringt (was nicht mit dem „Paradies“ verwechselt werden darf) – aber eben für alle Menschen. Solange die Differenz zwischen Reichtum und Armut Fantasien von Ungerechtigkeit und Hoffnungslosigkeit begünstigt, und so lange Menschen ihresgleichen in Verhältnissen zur Welt bringen müssen, die sie zwingen, diese als „böse“ zu erleben, werden die Neuankömmlinge nach (psychischen) Möglichkeiten suchen, ihre Identität und ihren Selbstwert mit den Mitteln zu stabilisieren, die ihnen in ihrer Entwicklung angeboten werden – selbst mit den Mitteln von Gewalt und Terror.

In diesem Zusammenhang spielen vor allem die Lebens- und Wachstumsbedingungen für die nachwachsenden Generationen eine entscheidende Rolle. Wenn es nicht gelingt, trotz aller nationaler, kultureller oder geografischer Unterschiede im globalen Kampf gegen den Terrorismus die Zukunftshoffnungen der Kinder und Jugendlichen im Diesseits zu stärken, wird die Verschiebung dieser Hoffnung auf das Jenseits ihre Attraktivität nicht verlieren. Neben dem Versuch, die Netzwerke terroristischer Vereinigungen zu zerstören, müssten Bedingungen geschaffen werden, Nachwachsenden das Leben in nicht-terroristischen Lebenszusammenhängen so attraktiv zu machen, dass selbstzerstörerische Aktionen keine

Alternative mehr darstellen. Bezogen auf die westlichen Sozialisationsbedingungen gehört dazu auch, die bereits in Ansätzen existierenden Ideen zur Stärkung individueller Autonomie bei sozialer Verantwortung in allen Wachstumsabschnitten der Kinder und Jugendlichen zu stärken und außerhalb der westlichen Demokratien mit dem Respekt vor Andersartigkeit nichtdemokratischer Lebenswelten eine Kooperation nicht von der Konvertierung zu demokratischen Verhältnissen allein abhängig zu machen.

Bisher gibt es nur wenig Erfolg in den Versuchen, wenigstens in den westlichen Industriegesellschaften terroristische Gewalt, aber auch andere Gewaltformen in den Griff zu bekommen, die einer sozialen Gemeinschaft nachhaltig schaden. Niemand kann heute sagen, warum es bisher nicht gelungen ist, die durchaus bekannten Zusammenhänge zwischen Armut und Unterdrückung, Depression und Gewalt als friedenserhaltende und befördernde Bedingungen in den Blick zu nehmen. Liegt es daran, dass den Erwachsenen gegenüber den Kindern und den Mächtigen gegenüber den weniger Mächtigen letztlich „das Hemd näher als der Rock“ ist? Liegt es an der außerordentlichen Schwierigkeit, die Bedeutung früherer Erfahrungen für das spätere Leben plausibel zu machen und diesen Bedeutungen auch gesellschaftlich gerecht zu werden und nicht nur zu hoffen, die Eltern würden es schon richten?

Für das Dilemma zwischen dem Anspruch der Gesellschaft, dass sich die jüngere Generation in die sozialen Vorgaben der Älteren (die nicht mit Gehorsam verwechselt werden darf) inte-

grieren und dem Anspruch der Jüngeren, ihr Leben in Selbstbestimmung und Selbstachtung zu leben, gibt es auch im 21. Jahrhundert noch keine befriedigende Lösung. Was auf Seiten der Älteren an Respekt durch die Nachwachsenden erwartet wird, sind sie selbst noch nicht bereit, den Jüngeren zuzugestehen. Der Beitrag westlicher Industriegesellschaften – Erziehung zur Demokratie – muss mit der Bereitstellung aller notwendigen Mittel verbunden sein, um junge Menschen in Ruhe und ohne Druck mit einer positiven Einstellung zur jeweiligen Organisiertheit sozialer Gemeinschaften aufwachsen lassen zu können.

Nicht-Demokratien oder Gesellschaften mit radikaleren Gehorsamsgeboten begünstigen nicht zwangsläufig Terrorismus. Aber auch solche Gesellschaften werden über kurz oder lang darauf angewiesen sein, ihren Umgang mit Kindern und Jugendlichen neu zu überdenken – es sei denn, diese würden ausschließlich als nachwachsende potenzielle „Kämpfer im heiligen Krieg“ begriffen. Die kulturelle Globalisierung via Medien und Kommunikationstechnologien wird das ihre dazu tun, sich ohne Rücksicht auf geografische, ethnische oder nationale Besonderheiten in die weltweit vorhandenen Werte- und Verhaltenssysteme einzuschleichen und die Botschaft von der Überlegenheit demokratischer Erziehung zu verkünden – wenn in den Demokratien die Bedeutung der Medien nicht grundsätzlich neu überdacht wird.

Hinter die in Folge des WTC-Attentats weltweit wahrgenommene Abhängigkeit der Menschen voneinander kann man nicht mehr zurückgehen. Neben der Balance dieser Abhängigkeit zwi-

schen den Staaten dieser Erde muss in Zukunft auch eine Rolle spielen, wie und welche Hoffnungen die Regierungen den nachwachsenden Generationen vermitteln. Je weniger sie ihnen wert sind und je mehr sie zugleich ihre Zukunftshoffnungen in sie legen, desto mehr werden junge Menschen sich in der Zwickmühle zwischen dem gesellschaftlichen Anspruch und der eigenen

Lebenswirklichkeit befinden. Die zunehmende Ökonomisierung von Beziehungen ist kaum geeignet, jungen Menschen, die noch nichts geleistet haben, mit der notwendigen Wertschätzung zu begegnen.

Das Attentat auf das WTC könnte in diesem Sinne in der Tat auch darin seinen symbolischen Gehalt haben.

Anmerkungen

¹ MacDonald, Eileen: Erschießt zuerst die Frauen, Stuttgart 1992.

² „Die islamische Nation soll wissen, dass die US-Version von Terrorismus eine Täuschung ist. Erscheint es den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten logisch, jahrelang Unterdrückung, Verfolgung, Plünderung und Blutvergießen zu verursachen, ohne dies Terrorismus zu nennen – aber wenn das Opfer versucht, Gerechtigkeit zu erlangen, wird es als Terrorist beschrieben?“, in: TAZ vom 11.10.2001, S. 3. Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy argumentiert unter Bezug auf den amerikanischen Feldzug – bezeichnender Weise mit dem Titel „Grenzenlose Gerechtigkeit“ – gegen den Terrorismus ähnlich: Wenn man verlange, Usama Bin Laden auszuliefern, weil er für den Terrorakt vom 11. September 2001 verantwortlich sei, dann müsse man auch um die Auslieferung des Verantwortlichen für die Chemie-Katastrophe in Bhopal bitten, bei der seinerzeit 16.000 Menschen ums Leben kamen, die Beweise lägen vor, in: FAZ vom 28.9.2001, S. 51.

³ Vgl. dazu Reuter, Christoph: Mein Leben ist eine Waffe. Selbstmordattentäter – Psychogramm eines Phänomens, Gütersloh 2002, S. 88ff.

⁴ Waldmann, Peter: Terrorismus. Provokation der Macht, München¹⁹⁹⁸, S. 156.

⁵ Federn, Ernst: Einige klinische Bemerkungen zur Psychopathologie des Völkermordes, in: Roland Kaufhold (Hrsg.): Ernst Federn – Versuche zur Psychologie des Terrors, Gießen 2000, S. 76; vgl. auch Bettelheim, Bruno: Erziehung zum Überleben. Zur Psychologie der Extremsituation, München 1989; vgl. auch Broszat, M. (Hrsg.): Kommandant in Auschwitz. Autobiografische Aufzeichnungen des Rudolf Höß, München 1981.

⁶ Federn, E.: Einige klinische Bemerkungen, S. 80.

⁷ Vgl. Milgram, Stanley: Das Milgram-Experiment, Reinbek 1970.

⁸ Vgl. Büttner, Christian: Vorbilder der Gewalt, in: Neue Frankfurt Presse vom 10.5.2002.

⁹ MacDonald, E.: Erschießt zuerst die Frauen, 1992

¹⁰ Ebd., S. 52.

¹¹ Vgl. Sack, John: Ich war gern in Vietnam. Leutnant Calley berichtet, Frankfurt 1972, S. 82.

¹² Vgl. Hampden-Turner, Charles: Radical Man. The Process of Psycho-Social Development, Cambridge 1970, S. 97ff.; vgl. auch die Auffassung von Erich Fromm: „Um ungehorsam zu sein, muss man den Mut haben, allein zu sein, zu irren und zu sündigen. Die Fähigkeit zum Mut hängt aber vom Entwicklungsstand des Betreffenden ab. Nur wenn ein Mensch sich vom Schoß der Mutter und den Geboten des Vaters befreit hat, nur wenn er sich als Individuum ganz entwickelt und dabei die Fähigkeit erworben hat, selbstständig zu denken und zu fühlen, nur dann kann er den Mut aufbringen, zu einer Macht nein zu sagen und ungehorsam zu sein“, aus: Über den Ungehorsam, München 1985, S. 14.

¹³ Vgl. den sehr persönlichen Kommentar von Ute Scheub zur Debatte um die „klammheimliche Freude Mescaleros“ in der TAZ vom 8.2.2001, S. 11; Aloys Leber zitiert eine Analysandin aus seiner psychotherapeutischen Praxis, die „... von den Aktionen der Terroristen sehr betroffen (sei, C.B.), weil sie sehe, dass die offenen täten, was sie nur fantasieren könne und mit ihrem ständigen Nörgeln, ihren Wutausbrüchen, ihren Heulszenen im familiären Kreis zu erreichen trachte“,

- Leber, Aloys.: Terror, Teufel und primäre Erfahrung. Psychoanalytische Überlegungen zu einer Form der Sozialisation, in: *Kindheit* 1/1979, S. 39.
- ¹⁴ Vgl. Büttner, Christian: Gruppenarbeit. Eine psychoanalytisch-pädagogische Einführung, Mainz 1995.
- ¹⁵ So wird z. B. die Verhinderung von kriminologischer Aufklärung im Falle des Terroranschlages von 1986 auf die Diskothek „La Belle“ durch demokratische Politiker in einem neueren journalistischen Kommentar als ein Konflikt zwischen Justiz und Politik bezeichnet und als eine heimliche Zusammenarbeit – wenn auch aus diplomatischen Gründen – mit dem Umfeld des Terrorismus gewertet (Leyendecker, Hans: Der Ermittler als Störenfried, in: *SZ* vom 4.10.2001, S. 2).
- ¹⁶ Post, Jerome M.: Terrorist Psychologic, in: Walter Reich (Hrsg.), *Origins of terrorism. Psychologies, Ideologies, Technologies, States of Mind*, Washington 1998, S. 27 (Übers. von C.B.)
- ¹⁷ Vgl. Büttner, Christian: Jugendgewalt und symbolische Selbstinszenierung. Überlegungen zu Befürchtungen von Erwachsenen und den Grenzen von Prävention, in: Thomas Schreijäck (Hrsg.), *Christwerden im Kulturwandel. Analysen, Themen und Optionen für Religionspädagogik und Praktische Theologie*, Freiburg 2001, S. 311 – 329.
- ¹⁸ Gefunden in einem Feuilletonbeitrag der FR von Manfred Schneider: Wir sind die Feinde unserer Feinde. Zukunftsverheißung und Menschenopfer: Die religiöse Dimension des Terroranschlag, 20.9.2001, S19.
- ¹⁹ Vgl. Büttner, Christian: „Krieg“ im Fernsehen. Kriegsnachrichten zwischen Werbung und Spielfilm, in: Ingrid Paus-Haase/Dorothee Schnatmeyer/Claudia Wegener (Hrsg.), *Information, Emotion, Sensation. Wenn im Fernsehen die Grenzen zerfließen*, Schriften zur Medienpädagogik 30, Bielefeld 2000, S. 114–129.
- ²⁰ Die Erforschung von Massenphänomenen ist noch viel weniger entwickelt als die Gruppenforschung. Allerdings ist ihr Gegenstand methodisch kaum fassbar, sodass ich hier auf die Grundüberlegungen von Sigmund Freud recurriere. Er ist einer der ganz wenigen, die sich überhaupt an das Phänomen „Masse“ psychologisch „herangewagt“ hat; vgl. Freud, Sigmund: *Massenpsychologie und Ichanalyse*, GW XIII (1921). Auch die Arbeiten von Manès Sperber („Individuum und Gemeinschaft“), Ortega Y Gasset („Aufstand der Massen“) und Elias Canetti („Masse und Macht“) haben keine weiteren psychologischen Forschungen oder Überlegungen nach sich gezogen.
- ²¹ So behauptete ein bekannter Terrorismusforscher in einem privaten Fernsehprogramm zwei Tage nach dem Anschlag auf das World-Trade-Center am 11.9.2001 allen Ernstes, ein Terroranschlag sei zu unwahrscheinlich, es habe wahrscheinlich ein Fehler in der Flugsicherung vorgelegen.
- ²² Mertens, Wolfgang: *Entwicklung der Psychosexualität und der Geschlechtsidentität*, Stuttgart 1997, S. 49; vgl. auch Kernberg, Otto F.: *Innere Welt und äußere Realität. Anwendung der Objektbeziehungstheorie*, München 1988, S. 3ff.
- ²³ Leber, A.: *Terror, Teufel und primäre Erfahrung*, S. 37.
- ²⁴ Vor einiger Zeit hat ein Buch mit dem Titel „Der kleine Tyrann“ wahrscheinlich deshalb eine außerordentlich hohe Resonanz gefunden, weil sich viele terrorisiert fühlende Eltern darin wieder finden konnten; vgl. Prekop, Irina: *Der kleine Tyrann*, München 1988.
- ²⁵ Anlässlich einer hochgradig angstbesetzten Diskussion um die Neutronenbombe haben Ute Volmerg und ich versucht, diese familiären Wahrnehmungsmuster anhand einer öffentlichen Fernsehveranstaltung herauszuarbeiten; vgl. Büttner, Christian/Volmerg, Ute: *Apocalypse now? Friedenspolitische Argumente in der Bewährungsprobe. Eine sozialpsychologische Analyse*, in: Reiner Steinweg (Red.), *Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung*, Friedensanalysen 16, Frankfurt/M. 1982, S. 418–440.
- ²⁶ Hilgers, Micha: *Der eigene Tod als Erlösung*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 18.9.2001, S. 25; vgl. auch Battegay, Raymond: *Autodestruktion und Lebenstribe*, in: Erik Wenglein/Arno Hellwig/Matthias Schoof (Hrsg.), *Selbstvernichtung. Psychodynamik und Psychotherapie bei autodestruktivem Verhalten*, Göttingen 1996, S. 26–48.
- ²⁷ Vgl. Braun-Scharm, Hellmuth: *Suizidalität bei Kindern und Jugendlichen*, Fundstelle: www.jugend-psychiatrie.de/monat7-2000.htm
- ²⁸ Heuer, Gerhild: *Selbstmord bei Kindern und Jugendlichen*, Stuttgart 1979, S. 29.
- ²⁹ Vgl. ebd., S. 13ff.
- ³⁰ Vgl. Battegay, R.: *Autodestruktion und Lebenstribe*, S. 33.
- ³¹ Vgl. Janus, Ludwig: *Die Psychoanalyse der vorgeburtlichen Lebenszeit und der Geburt*, Pfaffenweiler 1990, S. 111.
- ³² Die Bemühungen, rechtsradikale Jugend-

liche in die „normale“ Gesellschaft zurückzuführen, hat genau mit diesem Problem zu kämpfen. Es muss schon „mehr“ sein, was dem ehemaligen Mitglied eines radikalen Zirkels geboten wird, als eine einigermaßen geschützte Lebensumgebung, um eine neue Identität zu entwickeln; vgl. Literatur.

³³ Vgl. z. B. die Auseinandersetzungen um den Jugendprotest im demokratischen

Staat aus dem Jahr 1971.

³⁴ Vgl. z. B. Becker, Hellmut/Nedelman, Carl (Hrsg.): Psychoanalytische Sozialarbeit mit psychotischen Kindern und Jugendlichen, in: psychosozial 32/1987.

³⁵ Leber, A.: Terror, Teufel und primäre Erfahrung, S. 48.

³⁶ Hilgers, M.: Der eigene Tod als Erlösung.

³⁷ Vgl. Post, J.M.: Terrorist Psychologic, S.40.

Die Reparatur der Ohnmacht

Zur Psychologie der politischen Reaktionen auf den 11. September 2001

Gudrun Brockhaus

Der Terror-Anschlag am 11. September 2001 hat viele Menschen seelisch traumatisiert. Im Folgenden sollen die politischen Reaktionen unter einem traumapsychologischen und psychoanalytischen Aspekt untersucht werden. Das Verständnis der emotionalen Reaktionen im Rahmen einer politischen Psychologie erscheint deshalb so wichtig, weil sich die starken und von großen Kollektiven geteilten Gefühle massiv auf die politischen Reaktionen auf den Terror auswirkten und bestimmten, wie der Gegner eingeschätzt und bekämpft wurde und wird. Der Druck der Öffentlichkeit in Richtung auf bestimmte politische und militärische Antworten auf die Terroranschläge entstand auch durch das durch die Medien verstärkte psychische Bedürfnis nach Reparatur eines traumatischen Erlebens von Ohnmacht und Demütigung.

1. Ursachen für das traumatische Erleben des 11. September 2001

1.1 Traumatisches Ereignis

Der 11. September war für viele Menschen ein traumatisches Ereignis. Ein

traumatisches Ereignis bedeutet in den Definitionen der Psychiatrie, auf die man sich international geeinigt hat, die Konfrontation mit lebensbedrohenden Verletzungen oder Gefahren für sich selbst oder andere Personen, auf die mit intensiver Furcht, Hilflosigkeit und Entsetzen reagiert wird.¹

Auch das Mitanschauen-Müssen des schrecklichen und grotesken Todes von Mitmenschen während eines katastrophalen Ereignisses gilt als eine traumatische Erfahrung, d. h. eine Erfahrung existenzieller Bedrohung, die die eigenen Verarbeitungsmöglichkeiten überfordert und die Grundfesten des Vertrauens in die eigene Fähigkeit zur Gestaltung des Lebens und in die Sicherheit, Verlässlichkeit und Gerechtigkeit der Welt erschüttert und den Menschen auch nach dem Ereignis mit intensiven Gefühlen überschwemmt.²

Am 11. September haben uns die Fernsehbilder der zusammenbrechenden Türme, der sich in den Tod stürzenden Menschen, der herumirrenden Desorientierten, der in Panik Fliehenden, der überschnappenden Stimmen, der verzweifelten Ungläubigkeit das Entsetzen nahe gebracht.

Durch den 11. September fühlten sich die Menschen überall auf basale Weise betroffen, weil nicht nur praktisch zeitgleich dieses Ereignis als weltweites Medienereignis präsent war, sondern die Symbolkraft des Ereignisses die Menschen als Angehörige von Kollektiven in ihren Fundamenten ansprach: als Amerikaner, oder als Angehöriger der westlichen Welt, als Muslim, als Angehöriger der „Dritten Welt“. Der Anschlag ließ sich nicht als unbedeutend für das persönliche Leben abschieben, die Bedrohung nicht eingrenzen auf eine bestimmte lokale, nationale, religiöse Zugehörigkeit.

Diese persönliche Betroffenheit lässt es sinnvoll erscheinen, in diesem Fall Ergebnisse aus der Individual-Psychologie zum Verständnis kollektiver Prozesse zu verwenden.

1.2 Subjektives Erleben

Wie traumatisch schreckliche Ereignisse wie die Terroranschläge wirken, ist abhängig von dem subjektiven Erleben und damit von den lebensgeschichtlichen und kulturell geprägten Interpretationen. Der 11. September hat durch seine Qualität als ein quasi universelles Medienereignis seine traumatische Qualität gewonnen.

Die „objektive“ Qualität des Ereignisses – die Zahl der Toten und Verletzten, die Massivität des Einbruchs in die persönliche Unversehrtheit – erklärt nicht, wie traumatisierend das Ereignis sich auf den Erlebenden oder den Zuschauer auswirkt. Die traumatische Wirkung ist abhängig von der persönlichen Wahrnehmung und Deutung des Ereignisses, die mit der eigenen Lebens-

geschichte, den persönlichen Ressourcen, den Wertvorstellungen etc. sowie mit der öffentlich medialen, politischen Interpretation dieses Ereignisses zu tun haben.

1.3 Medienereignis

Der 11. September als Medienereignis unterlag von vornherein der Inszenierungslogik der Unterhaltungsindustrie. Innerhalb von wenigen Stunden glichen sich in Aufmachung und Tenor der Berichterstattung Sender einander an, ebenso später die Aufmacher und das verwendete Vokabular in den Zeitungen. Die Bezeichnung des Ereignisses als Krieg gegen Amerika und den Westen, die Interpretation als Jahrhundertkatastrophe wurde durch die Art der Präsentation unterstrichen: Ausfall anderer Sendungen, die zusammenbrechenden Türme als Hintergrund, eingblendetes Logo „attack on America“. Das Ereignis als Medienspektakel unterlag damit von vornherein der Inszenierungs-Logik der Unterhaltungsindustrie: Spannungssteigerung, eindeutige Zeichnung der Täter und Opfer, dramatische Zuspitzungen, Action-Orientierung, Drängen nach neuen Nachrichten, Bildern, Helden, Täterdefinitionen. Resultat war eine ungeheure Dynamisierung des Geschehens, ein enormer Druck hin zur Definition und zur Aktion.

1.4 Emotionalisierung

Folge war, dass die Erschütterung und Labilisierung der Menschen sowie eine Regression auf primitivere psychische Funktionsmechanismen, die das Erleben und Miterleben extremer Gewalt

bei Opfern wie Zuschauern immer auslösen, eine weltweite Öffentlichkeit miteinbezogen und sich kaum jemand der Emotionalisierung entziehen konnte: den öffentlich-medialen Diskursen kam eine ganz ungewöhnliche Deutungsmonopolmacht zu.

Daraus entstand ein Sog, auf Kosten einer realistischen Einschätzung der Situation und der terroristischen Bedrohung, diesen starken kollektiven Bedürfnissen nach schneller Reparatur der traumatischen Verletzungen nachzugeben.

1.5 Risikoverleugnung

Hinzu kommt, dass die westliche Welt nicht für einen rationaleren Umgang mit einem Terroranschlag gerüstet war. Zwar bezeichnen wir die Welt, in der wir leben, auf Grund der ökologischen, technologischen, atomaren, terroristischen Bedrohungen, der Erosion von beruflichen, sozialen und ökonomischen Sicherheiten als „Risikogesellschaft“.³ Das kognitive Wissen um das hohe Bedrohungspotenzial kann aber emotional nicht eingeholt werden: Gerade die Stärke und Permanenz der Bedrohtheit befördert Verleugnungsmechanismen, sodass uns der 11. September bei allem Wissen auch psychisch unvorbereitet traf.

Die globalisierte Ökonomie, das Versagen staatlicher Kontrollmechanismen, technologische Entwicklungen, Umweltkatastrophen und unabsehbare Verwicklungen in Kriege haben in den letzten Jahrzehnten die Stabilität und Planbarkeit des Lebens auch in den westlichen Industrienationen erodieren lassen.

Diese Risiken bedrohen potenziell jeden und selektieren nicht nach sozialen, räumlichen oder anderen Kriterien, die Schutzvorkehrungen erlauben würden. Der Umgang mit diesen potenzierten Bedrohungen ist von Verleugnung bestimmt: Wir wiegen uns in einer Pseudo-Sicherheit, die „uns eine Dauerkonfrontation mit unseren Ängsten und Panikgefühlen erspart hat. Wir haben Lebensschablonen entwickelt, deren Funktion es ist, uns das Gefühl der ‘psychologischen Unwirklichkeit der Gefahr’ zu vermitteln (...) Einer totalen Verleugnung der Gefahr und Bedrohung unterliegen jedoch die wenigsten Menschen. Gefahr und Bedrohung (...) sind uns als unterschiedlich differenzierte Information zugänglich, aber wir haben sie von der tief greifenden emotionalen Erschütterung, die sie bei uns permanent auslösen müssten, abgetrennt.“⁴

Dauerhafte Einrichtung auf Bedrohtheit scheint psychisch nicht möglich: Auch bei Andauern der Bedrohung vermindert sich das Gefühl des Bedrohtheits.⁵ Mit der Zeit – ganz ungeachtet der Weiterexistenz oder gar Steigerung der realen Bedrohung – schwindet die psychische Bedeutung, wie uns Erfahrungen wie die BSE-Krise, Kriege und dauerhafter Bombenterror lehren. Es treten Normalisierungsvorgänge ein, die uns vorher wie nach Ende der Bedrohung völlig unglaublich erscheinen. So wenig wir eingerichtet scheinen, der Kontinuität einer Bedrohung mit der dauerhaften Präsenz eines Bedrohtheitsgefühls zu entsprechen, so wenig entspricht das Ausmaß unserer Angst der Größe der Gefahr.

Nicht sinnlich wahrzunehmende Bedrohungen lösen kaum Angst aus,

selbst wenn sie real ungleich gefährlicher sind – dies ist das Problem aller Atomkraftgegner, aller Umweltschützer, aller Organisationen, die die Mitmenschen für Kriege und Hunger in der Dritten Welt interessieren wollen. Übrigens gilt diese Bindung unserer Gefühle an die sinnliche Wahrnehmbarkeit nicht nur für Angst, sondern ebenso für Mitgefühl – was wiederum die Zensur im Golfkrieg wie in Afghanistan sehr genau gewusst hat, die uns die Bilder der Opfer aus der Zivilbevölkerung möglichst weitgehend vorenthielt: Wenn wir sie nicht sehen, gibt es sie nicht, auch wider unser besseres Wissen.

1.6 Amerikas Ohnmacht

Für Amerika speziell gilt, dass es kein kulturelles Erfahrungsmuster des Umgangs mit einem so dramatischen Angriff auf die eigene territoriale und kulturelle Integrität gab („schlimmer als Pearl Harbour ...“) und deshalb das Trauma besonders intensiv und schutzlos erlebt wurde.

Zudem ist das westliche säkulare Muster zur Krisenbewältigung orientiert auf selbstbestimmtes, aktives Handeln, auf Lösungen. Gerade in der amerikanischen Tradition werden Krisen als Chancen einer Wendung zum Positiven begriffen. Dieses aktivistische, lösungsorientierte, optimistische Weltbild bereitet nicht vor auf passives Aushaltenmüssen von Leiden und Ungewissheit, auf geduldiges Abwarten bei der Reaktion etc.

Allen traumatischen Ereignissen ist gemeinsam, dass wir ihnen nicht durch eine zielgerichtete Aktivität begegnen

können, sondern ihrer Übermacht und Willkür hilflos ausgesetzt sind. Viel schlimmer als Naturkatastrophen sind von Menschen verursachte Desaster – zumindest für den westlichen säkularen Menschen, der sie nicht als gottgegebenes, in einen ewigen Schicksalskreislauf sinnvoll eingebettetes Geschehen begreifen kann, sondern als vermeidbare, und damit tendenziell sinnlose Akte.

Ganz wichtig in der Traumaverarbeitung ist die Rückgewinnung des für das westliche Lebensverständnis zentralen Motivs der Selbstgestaltbarkeit des Schicksals. Jede Katastrophe führt uns vor, wie illusionär diese Vorstellung der Kontrollierbarkeit unserer Lebensumstände ist. Religiöse und normative Orientierungen, die dieser Kontrollvorstellung weniger anhängen, ermöglichen einen gelasseneren Umgang mit der Hilflosigkeit in der Katastrophe.

Dagegen macht die „vom Tellerwäscher zum Millionär“-Fantasie der eigenen Verantwortung für Erfolg und Misserfolg im Leben das Aushalten von Katastrophen schwieriger. Von der Tendenz her ist der „Westler“ zunächst besonders schlecht zum Ertragen von Ohnmacht- und Hilflosigkeitssituationen geschaffen, weil er von Kind an gelernt hat, jede Situation als prinzipiell lösbar zu begreifen.

Diese Haltung zeigen auch Berichte der New Yorker Psychotherapeuten, die sich nach dem 11. September den Opfern und Angehörigen zur Verfügung stellten (vgl. die in der Zeitschrift „psychotherapy networker“ November/December 2001 abgedruckten Erfahrungsberichte.)

2. Reaktionen auf den Terroranschlag als Reparaturversuche von Ohnmacht und Demütigung

Den Analogien aus der Untersuchung von psychischen Reaktionen auf Traumata soll im Folgenden weiter nachgegangen werden. Die Überlegungen über die Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September konzentrieren sich im Folgenden um zwei Begriffsbündel:

- das Erleben von Angst, Hilflosigkeit, Ohnmacht und Entsetzen, der Verlust von Kohärenz, Sicherheit, Perspektive, Sinn und Kontrolle und
- davon nur künstlich abtrennbar, das Erleben von Demütigung, Entehrung, Schuld und Beschämung.

Dieses zweite Thema ist nicht nur für das Verständnis der „westlichen“ Reaktionen auf den Terror relevant, sondern kann m. E. als ein Mosaikstein auch zum Verständnis des islamistischen Terrors selber etwas beitragen.

Die Wichtigkeit dieses Themas wird in letzter Zeit sowohl in der Klinischen Psychologie wie in der Politischen Psychologie immer mehr gesehen. In der psychotherapeutischen Praxis finden sich deutlich häufiger Patienten, deren Probleme um Gefühle von mangelnder Anerkennung, um Kränkung und Demütigung und die selbst- wie fremddestruktive Bearbeitung dieser Gefühle kreisen. Es wird diskutiert, ob der sog. Symptomwandel hin zu diesen narzisstischen Störungen ein Ausdruck zeittypischer gesellschaftlicher Konfliktlagen ist.⁶

Die Politische Psychologie, die den Erfolg der NS-Bewegung⁷, politischer Sek-

ten⁸ oder Terrorgruppen untersucht, konzentriert sich auf das Motiv einer eskalierenden Spirale von Demütigungserfahrung und destruktiven Racheimpulsen⁹, ohne die die bereitwillige Akzeptanz von Gewalt, Terror und Krieg nicht verständlich zu machen ist¹⁰.

Wie setzen sich diese Gefühle von Ohnmacht und Demütigung in Deutungen des Terroranschlages um? Wie beeinflusste dieses Erleben die Reaktionen und die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrors?

Traumatische Erfahrungen implizieren nicht nur, extremer Angst vor der Bedrohung des eigenen Lebens ausgesetzt zu sein. Sie zerstören Grundlagen unseres Selbstverständnisses, mit denen wir überhaupt nur die Anforderungen des Lebens bewältigen können. Kognitiv würden wir diese Sicherheitsvorstellungen gewiss nicht als realistische Annahmen über das Funktionieren der Welt verteidigen wollen. Aber die totale Erschütterung unseres Selbst- und Weltverständnisses in der traumatischen Erfahrung lehrt uns, dass unser Normalleben auf fiktiven Sicherheitsvorstellungen basiert. Die Traumaexperten schließen aus den intensiven Verlusterfahrungen, dass ein Fundament von emotionalen Überzeugungen erschüttert wird:

- Wir gehen davon aus, dass uns nichts geschehen kann, wenn wir uns vernünftig und vorsichtig verhalten. Die Terrorkatastrophe lehrt uns, dass wir unabhängig von unserem Tun, unabhängig von unseren Merkmalen jederzeit und an jedem Ort Opfer werden können;
- die Welt ist ein sicherer, geordneter, voraussehbarer Ort, in der mein

Handeln bestimmte Effekte hat. Der Anschlag lehrt mich, dass die Welt ein Ort voller unbeeinflussbarer Schrecken ist, denen ich hilflos ausgeliefert bin;

- ich kann mich prinzipiell aufgehoben fühlen in der Verbundenheit mit anderen Menschen. Für die Terroristen bin ich ein Objekt von Hass, Verachtung oder Gleichgültigkeit, das sie für lebensunwert erklären. Das Erleben von Terror geht mit einem dramatischen Verlust von Vertrauen in die Menschen einher;
- ich bin ein wertvoller, guter Mensch. Traumatische Erlebnisse verändern das Selbstverständnis, die Menschen erleben sich selber als schwach, hilflos und auch moralisch schlecht: Good things happen to good people – bad things happen to bad people. Im Umkehrschluss heißt es dann: mir passierte etwas Böses, also bin ich auch böse.¹¹

Solche Erschütterungen des Selbst- und Weltverständnisses und die anderen Symptome der posttraumatischen Belastungsreaktion klingen bei den meisten, die nicht selber direkt Betroffene eines Anschlages oder einer Katastrophe sind, nach einiger Zeit ab.¹² Tiefergehend und länger anhaltend kann die Belastungsreaktion sein, wenn der Terrorangriff nicht als ein einmaliges Ereignis schockhafter Überwältigung eingegrenzt werden kann, sondern eingeschätzt wird als eine zukünftig weiterwirkende Bedrohung eines ungreifbaren Feindes, die mich in den Kreis der potenziellen Opfer einschließt.

Im Folgenden sollen acht Dimensionen des traumatischen Erlebens nach dem

11. September beschrieben und gezeigt werden, welche politischen Reaktionen auf den Terroranschlag sie nahe gelegt haben – Reaktionen, die der Reparatur der psychischen Verletzungen, die der Anschlag zur Folge hatte, dienen.

2.1 Die Sehnsucht nach Autoritäten

Angst lässt Gefühle kindlicher Hilflosigkeit und des Angewiesenseins auf schützende Autoritäts- und Elternfiguren wieder lebendig werden. Es entsteht die Sehnsucht nach eindeutigen Führern. Nach dem 11. September wurde in den Medien enormer Druck auf den amerikanischen Präsidenten Bush ausgeübt, diese autokratische Führerrolle einzunehmen.

In den psychischen Erschütterungen durch das traumatische Ereignis sucht man Sicherheit in Anlehnung an eine überlegene und fürsorgliche Elternfigur zurückzugewinnen, die die Situation definiert und Verantwortung übernimmt. Weil man das hilflose Ausgeliefertsein nicht aushalten kann, kehrt man zu der kindlichen Illusion zurück, es gäbe die Autorität, die Sicherheit und Schutz wieder herstellen könnte.

Daran lag es, dass Bush seine mangelnde Präsenz in den ersten beiden Tagen, sein offensichtlicher Schock, sein eingezogener Kopf, sein ängstlich und unsicher wirkendes Stammeln allgemein als Nervenschwäche ausgelegt und schwer übel genommen wurde.

Er durfte nicht unsere eigene Hilflosigkeit teilen, sondern sollte Souveränität und Siegesgewissheit zeigen, und es brachte ungeheure Erleichterung, als er diese Rolle dann fand.

2.2 Verkindlichung der Weltsicht

Angst und Unfähigkeit zur Kontrolle der Umwelt bedingen die Sehnsucht nach einer überschaubaren, familienähnlichen Welt mit eindeutigen Rollenzuschreibungen. Es kommt zu einer Personalisierung und einer Verkindlichung der Weltsicht. Unsere globalisierte, von äußerst komplexen Verzahnungen bestimmte Welt kann nicht mehr mit Kategorien von einzelnen Akteuren oder religiösen oder politischen Systemen verstanden werden. Obwohl wir das wissen, fällt es uns schon im Alltag sehr schwer, dieser Entwicklung kognitiv und gar erst emotional nachzukommen. Schockhafte Erlebnisse wie der 11. September lösen die Einsicht in die Abstraktheit und Komplexität der Wirkungsgesetze auf und erzeugen einen Hunger nach Personen, die als Täter oder Opfer benannt werden und an denen sich die Gefühle festmachen können. Hass auf das fein gesponnene und anonymisierte Netz von Geldanlagen der Al Qaida ist z. B. unmöglich.

Zu der Rückkehr in die kindliche Welt gehört auch die Zeichnung der Helden- und – komplementär – Schurkendarsteller. Deshalb war die frühe Festlegung auf Bin Laden und die Konzentration auf seine Person statt auf die Organisation der Terrornetze in der Öffentlichkeit so dringlich. Deshalb machte die Western-Nummer von Bush („Bin Laden gesucht – tot oder lebendig“), ebenso Sinn wie seine Ankündigung, die Höhlen Bin Ladens auszuräuchern (sozusagen ein Karl-May-Szenario); ebenso wie auf der anderen Seite die Anbetung der Feuerwehrmänner als Helden – statt z. B. der Experten, die Geldtransfer-Wege

der Terroristen aufdeckten und kappeten.

Dieser Psycho-Logik liegt natürlich auch ein Krieg näher als ein Kampf mit abstrakten Dingen wie Geld, zusätzlich gilt der Krieg als sauber, der Kampf mit Geld (Schmiergeld, Erkaufen von Loyalität oder Verrat) hingegen als schmutzig und wurde – obwohl Geldzahlungen an die Unterstützer-Staaten, an die Soldaten der Nord-Allianz, an 'war-lords' etc. eine, wenn nicht die ausschlaggebende Rolle im Afghanistan-Krieg spielten – der Öffentlichkeit so weit wie möglich verschwiegen.

2.3 Schutz in der Gemeinschaft

Terror erzeugt mit der existenziellen Bedrohung große Angst vor Einsamkeit und Ausgestoßensein und die Unfähigkeit, sich der Anstrengung von Uneinigkeit und Tolerierung von Fremdem zu unterziehen. Die archaische Gleichung von Fremder und Feind wird wieder gültig.

Folge ist die Suche nach Schutz in der harmonischen Herkunftsfamilie, die Aufgehobensein, Schutz und Stärke garantiert. Es entsteht ein starker Druck zur Homogenisierung der Eigengruppe und eine aggressive Ausgrenzung von Abweichlern.

Die Ohnmachtserfahrung stimuliert Wünsche, Schutz und Stärke in der Identität der Eigengruppe (USA, der Westen) zu suchen: wir sind alle gleich, wir wollen alle dasselbe, wir haben alle trennenden Interessendifferenzen hinter uns gelassen, sind eine zusammengeschmiedete, verschmolzene Gemeinschaft, in der einer für den anderen

eintritt. Der Sog, den die Vorstellung des Einsseins mit allen, nach Gleichheit, Symbiose und Verschmelzung auf uns ausübt, ist groß, verbunden mit dem äußerst lustvollen Erleben der Macht des Kollektivs.

2.4 Wer ist der Feind?

Der Terroranschlag verletzt die Kohärenz des eigenen Sinnsystems. Das traumatische Erleben stellt einen unverständlichen Einbruch in die Geordnetheit und Zweck-Mittel-Rationalität unserer inneren Weltordnung dar. Dazu gehörte auch die Bedrohung durch die Unsichtbarkeit, Unfassbarkeit der Quelle der Bedrohung. Wer und wo ist der Feind? Um dem zu entgehen, liegt die Konstruktion und Visualisierung eines eindeutigen Feindbildes nahe. Mit dem Freund-Feind-Schema, dem antinomischen Denken von „wer nicht für mich ist, ist wider mich“ entstehen Klarheit und Einfachheit.¹³ Außerdem versucht man, Sicherheit durch den Rückgriff auf vertraute Deutungsmuster wieder zu gewinnen: Der Anschlag wird als Krieg definiert, der mit einem militärischen Angriff auf einen Staat beantwortet wird.

Wer ist der Feind? Traumatisch wirkt, wenn eine Katastrophe keinem Verursacher zugeschrieben werden kann. So löste es nach dem 11. September enorme Verunsicherung aus, dass die Zahl der Opfer und die materiellen wie symbolischen Schäden unermesslich hoch waren, der Gegner jedoch ungreifbar war und keine Person oder ein Staat als souveräner Auftraggeber für die Taten verantwortlich gemacht werden konnte.

Dennoch wurden schnell einzelne Verantwortliche benannt: Bin Laden als Person, Afghanistan und andere Länder als „Schurkenstaaten“ und „Achse des Bösen“. Entgegen der Einsicht in die canceröse, dezentrale Struktur der Terrornetzwerke wurde ein Feind definiert und verantwortlich gemacht. „Hat man in Ermangelung eines wirklichen, eines satisfaktionsfähigen, eines staatsförmigen Gegners nicht Afghanistan als Stellvertreter benutzt?“¹⁴

Zusätzlich – notwendig in unserer visuellen Kultur – wurden die Schuldigen durch Bilder präsent gemacht: riesige Fotos – drapiert wie Fahndungsfotos – gaben dem Terror Gesichter.

Wo ist der Feind? Ebenso schwer zu verarbeiten wie die Ungewissheit über die Verursacher ist es, die Quelle der Bedrohung nicht orten bzw. den Ort nicht eingrenzen zu können.

Zwar sagte der amerikanische Außenminister Colin Powell unmittelbar nach dem 11. September: „Dieser Krieg ist anders. Der Feind steht an vielen Orten, versteckt, sehr häufig mitten in unserem eigenen Land.“ Aber auch hier war der Druck zu stark. Die Einsicht, dass eine räumliche Eingrenzung des Gegners unmöglich ist, konnte ebenfalls nicht aufrechterhalten werden. Der Gegner musste auch räumlich ein- und ausgegrenzt werden, Orte außerhalb Amerikas wurden als Sitz des Feindes und damit als Angriffsziele festgelegt. Die Idee, man könnte den Terror vernichten durch Ausräuchern der Höhlen in Afghanistan, entspringt derselben Psycho-Logik wie die Personifizierung des Terrors. Diese Behauptung, der Terror sei eindeutig identifizierbar und zurechenbar, stellte eine massive Ver-

harmlosung der Bedrohung dar, aber sie linderte den psychischen Druck, der durch die Ungreifbarkeit entstanden war. Traumatisierend wirkt, wenn ich die Bedrohung in ihrem Funktionsmechanismus nicht verstehen kann. Erfolg versprechende Gegenmaßnahmen werden unmöglich.

In Bezug auf den 11. September wurde immer wieder fassungslos die Sinnlosigkeit des Terroranschlages konstatiert. Nach dem Terroranschlag gab es kein Bekennerschreiben, keine Forderungen. Politische Zwecksetzungen, auslösende Anlässe waren nicht erkennbar. Auch später, als der islamistische Hintergrund deutlicher wurde, entzog sich weiterhin die reine Symbolbedeutung der Selbstmordattentate einer herkömmlichen Zweck-Mittel-Rationalität, Ursachenforschung und -bekämpfung.

Diese große Verunsicherung wurde durch die Anwendung vertrauter Schemata stillgestellt. Die Definition als kriegerischer Angriff, die unmittelbar nach dem Anschlag einsetzte, war zwar eine ungeheure Aufwertung der Terroristen und der Dimension ihres Anschlages, nahm der Bedrohung gleichzeitig aber viel von ihrem Schrecken, indem sie sie als bekanntes Phänomen einordnete, das mit vertrauten Mitteln zu bekämpfen ist: mit militärischem Einsatz gegen das Territorium eines Staates.

Präsident Bush: „Wir sind im Krieg, man hat uns diesen Krieg erklärt.“ „Attack on America“: tagelang sahen wir diese Schlagzeile als Hintergrund der Sendungen im Fernsehen. Auch in Deutschland war die Definition als Krieg (Bundeskanzler Schröder sprach immer wieder von dem Angriff auf die

Zivilisation) und die Ablehnung von Begriffen wie Terroranschlag schnell Allgemeingut. Die Diskriminierung anderer Positionen zeigte sich daran, dass sogar der Begriff „Topterrorist“ zu einem der Unworte des Jahres 2001 gewählt wurde. Die Verwendung des Begriffes „Topterrorist“ stellt eine unerträgliche Verharmlosung des Geschehens dar.

Umgekehrt – und weit einleuchtender – bezeichnete der französische Philosoph Baudrillard die Einordnung des Anschlages als militärischen Angriff auf Amerika als Verleugnung und Verharmlosung, die der neuen Qualität der Bedrohung nicht gerecht werde. „US-Präsident Bush versucht, die Symmetrie Freund-Feind wieder zu finden, er strebt auf vertrautes Terrain zurück. Die Amerikaner führen diesen Krieg so, als müssten sie sich gegen ein Rudel Wölfe verteidigen.“¹⁵

2.5 Unhaltbare Versprechen

Terrorerfahrungen zerstören das Vertrauen in die Zukunft, v. a. wenn sie nicht als einmalige, extrem unwahrscheinliche Ereignisse verstanden werden können. Der 11. September machte die prinzipielle und wachsende Bedrohtheit der westlichen Welt deutlich. Die Reaktion auf diese Ausdehnung des Bedrohtseins in eine unabsehbare Zukunft hinein war das Versprechen wider besseres Wissen, den Terror in einigen Jahren vollständig zu vernichten. Nach den ersten vollmundigen Versprechungen, der Feind werde vollständig ausgelöscht, wurde zurückgerudert: der Kampf werde sehr lange dauern – Jahre, womöglich Jahrzehnte, aber er werde zum Schluss

siegreich und vollständig sein. Nach dem Afghanistanfeldzug gelang es erstaunlich gut, das Scheitern vollständig zu verschleiern, indem als Sieg und als nachträgliches Ziel der Sturz der Taliban angegeben wurde. Inzwischen ist das Versprechen, ein einmaliger, vernichtender Schlag werde die Erlösung vom Feind bringen, ersetzt worden durch die Benennung immer neuer Feinde auf der Achse des Bösen, die nacheinander erledigt werden sollen. Immer noch wird aber das unhaltbare Versprechen gegeben, die Ausschaltung der „Achse des Bösen“ bedeute das Ende der Bedrohung durch Terror.

2.6 Idealisierung von Macht

Ohnmacht und Hilflosigkeitserfahrung führen zu einer extremen Idealisierung von Macht und Potenz: Jenseits aller Erfolgseinschätzungen muss deshalb unbedingt das Gesetz des Handelns auf die eigene Seite gebracht werden. Die militärische Aktion stellte eine symbolische Geste der Stärke und Unbesiegbarkeit Amerikas dar, unabhängig von ihrer strategischen oder taktischen Bedeutung als Maßnahme im Kampf gegen den Terror. Die Politik wird auf die Bekämpfung des Terrors reduziert, der wiederum aus seinen sozioökonomischen, politischen und ideologischen Kontexten herausgelöst und als monolithischer Block begriffen wird.

In unserer Kultur hat selbstbestimmtes Handeln eine zentrale Bedeutung für den Selbstwert der Menschen. Hier wirken Ohnmachtserfahrungen und der Verlust von Kontrolle besonders gravierend und bedrohen die Integrität der Menschen. Terrorangriffe, noch dazu, wenn sie mit so viel unklarem Bedro-

hungspotenzial für die Zukunft einhergehen wie der 11. September, stellen ein besonderes Extrem traumatischer Ohnmachtserfahrungen dar. Wenn das Individuum traumatischen Erfahrungen ausgesetzt ist, versucht es unter Aufgebot aller Kraft, das passive Ausgesetztsein wieder in selbstbestimmtes Handeln umzusetzen. Wie zentral für die Identität diese Rückgewinnung von Aktivität ist, zeigt, dass dabei zum Teil selbstschädigende Maßnahmen ergriffen werden: Man nimmt z. B. die bedrohliche Realität einfach nicht mehr wahr, spaltet sich in verschiedene Persönlichkeitsanteile auf, macht sich unempfindlich gegen alle Gefühle, verletzt sich selber, oder wird vom Opfer zum Täter und ähnliche Maßnahmen, die dem Schutz der eigenen Integrität gelten sollen, selbst wenn dabei ein Teil der Person oder andere Menschen geopfert werden.

Nicht nur bei psychisch Kranken und Traumaopfern lässt sich beobachten, welche selbst- und fremddestruktiven Folgen die Unfähigkeit zum Ertragen von Ohnmachtgefühlen hat. Diese Mechanismen spielen, wie sich am Beispiel des 11. September zeigt, auch in der politischen Psychologie eine Rolle.

Der Schrecken der ersten Stunde und Tage nach dem 11. September rührte z.T. aus Ohnmachtserfahrungen her: Nicht nur galt es auszuhalten, dass etwas Entsetzliches geschehen war, eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes, zusätzlich musste man mit weiteren Anschlägen rechnen. Warten zu müssen auf ein ungewisses Schicksal, alle Nerven auf eine mögliche Bedrohung hin angespannt, die jedoch ungreifbar und nicht lokalisierbar war und der man nicht begegnen konnte, ließ die

Menschen überwältigt von hilflosem Entsetzen zurück.

Die Reaktionen auf den 11. September scheinen zu einem großen Teil erklärbar mit dem Nichtertragen können, dass diese Qualität von Bedrohung – ihre Ungreifbarkeit – die westlichen Zivilisationen begleiten wird und durch keine Maßnahme zum Verschwinden gebracht werden kann. Dies verlieh der Suche nach einem klaren, eindeutigen Feindbild, gegen den sich die Aktivität im Vergeltungsschlag bündeln konnte, besondere Dynamik und verstärkte die Weigerung, den feinen Netzen des Terrors und seiner Verflochtenheit in die islamischen wie westlichen Gesellschaften nachzuspüren.

Hinzu kommt, dass die Opfer von Terror und Gewalt auf unerträgliche Weise mit der eigenen Hilflosigkeit und tödlichen Bedrohtheit konfrontiert werden. Deshalb entsteht – bei allem willentlichen Bemühen und trotz der totalen moralischen Tabuisierung dieser Tendenzen – ein Sog zu den Tätern hin. Gewaltsituationen erzeugen bei den Zuschauern potenziell eine Identifikation mit den Tätern, weil scheinbar nur dies aus Ohnmacht und Hilflosigkeit herausführt.¹⁶ Diese Neigungen werden mit extremen Schuld- und Schamgefühlen beantwortet und müssen deshalb vollständig verleugnet werden. Spürbar werden sie nur in der exzessiven Beschäftigung mit dem Täter.

Die abgewehrte Identifikation mit der Tätermacht wird in dessen negativer Überhöhung (Idealisierung) deutlich: Immer wieder wird die ungeheure Perfektion der Tat gerühmt, Bin Laden als Teufel dargestellt, die Mächte des Bösen mit überirdischen Potenzen ausge-

stattet. Zudem beantwortet man dieses drängende Verlangen, auf der Seite der Macht und der siegreichen Gewalt zu stehen, mit einer Überhöhung und Idealisierung der Symbole der Macht auf der eigenen Seite. Das führte zu einer schwärmerischen und sentimental überwertigen Beschäftigung mit den Helden und Rettern der eigenen Seite, vor allem denen, deren Hilfeaktionen mit dem Einsatz des eigenen Körpers und des eigenen Lebens geschah und deren Mut, Geschicklichkeit und rasches Reaktionsvermögen dem Bedürfnis nach sinnlicher Partizipation an der Rettungsaktivität entgegenkam. Ihre Verehrung und Ikonisierung entsprach wieder dem Bedürfnis, der neuen, ungreifbaren Qualität der Bedrohung durch den Rückgriff auf archaische Heldenbilder auszuweichen.

2.7 Produktion eines Außenfeindes

Traumatisierende Angst wird ausgelöst, wenn die Quelle der Bedrohung in uns selber sitzt. Reaktion auf diese Bedrohung der Integrität ist die Produktion eines Außenfeindes. Der Kampf gegen einen mit Hilfe von Verachtung und Ekel dehumanisierten Feind soll die eigene verletzte Grenze wieder herstellen. Freud beschreibt, dass das Unheimliche deshalb so bedrohlich ist, weil es in Wirklichkeit das Heimliche, Heimische ist. Weil es eigentlich ein Teil von uns selbst ist, bekommen wir es nicht zu fassen und können uns nicht abgrenzen. Besonders bedrohlich war deshalb nach dem 11. September, die „Immanenz des Terrors“¹⁷ wahrnehmen zu müssen.

Die Angriffe stellten eine traumatische Verletzung der territorialen Souverä-

nität dar, trafen mit der Vernichtung zentraler Symbole der Macht das Innerste, das Herz Amerikas. Aber die bedrohliche Verletzung der Integrität geht weit über das Eindringen in die territoriale Souveränität hinaus – der Terror und seine Netze sind auch in Amerika, jeder könnte ein Schläfer sein, jeder ist verdächtig.¹⁸ Terrorismus ist wie Viren, so Baudrillard. Die „Viren sind längst in uns. Es gibt keine Front und keine Demarkationslinie mehr, der Feind sitzt im Herzen der Kultur, die ihn bekämpft.“¹⁹ Er verwendet ihre Techniken, die Finanzströme, das Design, die mediale Bild- und Filmlogik, indem er den Anschlag als Medienspektakel wie nach einem Hollywood-Filmskript inszeniert. Selbst auf der ideologischen Ebene, auf der der Islamismus vormoderne Werte und Ziele propagiert, bleibt er doch in jeder Faser reaktiv auf die säkulare Moderne bezogen: seine Kernaussagen und sein Affekt beziehen sich auf die Abwehr des westlichen Modells, nicht auf einen unabhängigen Gegenentwurf. Das heißt, er dringt nicht nur von außen, als etwas Fremdes in die westliche Integrität ein, sondern ist uns angeglichen – wie Viren, die Zellen des Wirtes zur eigenen Vermehrung nutzen. Die Nähe des Bösen, seine Ähnlichkeit mit uns wird immer sehr stark abgewehrt. Obwohl z. B. bei Vergewaltigungen jeder weiß, dass die meisten Täter Verwandte und Freunde sind, fürchtet man sich lieber weiter vor dem Fremden, redet vom „Dunklen Mann“. So musste auch nach dem 11. September unbedingt und ohne allen Zweifel glaubhaft gemacht werden, dass der Angriff von außen kam. Weil der Feind einem unerträglich nahe gerückt war, mussten alle Abwehrkräfte mobilisiert werden, Tat und Täter mussten fremd gemacht werden. Sie durften nichts,

aber auch gar nichts mit uns gemein haben. Dies erklärt die ungeheure Wut auf alle, die die Nähe und Ähnlichkeit der Terroristen zu uns betont haben. Die Grenze, die gezogen wurde, war absolut und sollte jeden zu einem Bekenntnis zwingen. Präsident Bush ließ nur scheinbar eine Wahl: „Entweder man ist für uns, oder man ist für die Terroristen“.

Die Terroristen sind Fremde, feige, finsterstes Mittelalter, Wahnsinnige, von archaischen Stammesriten geprägt, abwegigen Ideen Verfallene, brutale, unmenschliche Wesen, die nur Verachtung und Ekel verdienen und in Höhlen hausen wie Tiere. Den Taliban, Bin Laden etc. wird die Artgenossenschaft entzogen, sie sind Bestien, Teufel, die nicht zur menschlichen Gemeinschaft gehören und deshalb vernichtet werden dürfen und müssen.

Was zunächst für absurd gehalten wurde, macht unter dieser psychologischen Prämisse wieder Sinn: Zunächst bestand Einigkeit, dass ein Raketenschutzschild keinerlei Schutz vor Terrorangriffen bieten und deshalb dieses Projekt nach dem 11. September obsolet geworden sei. Wenn man die überragende Bedeutung der Vorstellung eigener Integrität sieht, die kontrafaktisch den Feind in ein territoriales Außen einfriedet, wird verständlicher, welchen Reiz die Idee ausübt, es gäbe eine undurchdringliche Schutzhaut über dem eigenen Staatskörper.

2.8 Herstellung des Opferstatus

Bei einem Terroranschlag gilt es auch, die moralische Infragestellung zu verarbeiten: Am schwersten zu verarbeiten

sind Traumata, an denen man sich selber mitschuldig weiß. Zur Schuldentlastung muss unbedingt der eigene Status des unschuldigen Opfers betont werden. Wir sind die vollständig sinnlos und ungerechtfertigt Angegriffenen, die anderen sind die teuflischen, wahn-sinnigen Angreifer. Wer die Motive der Terroristen mit dem politischen Handeln der eigenen Seite in Verbindung zu bringen versucht, wird umstandslos mit dem Feind selbst gleichgesetzt.

Naturkatastrophen können von den Menschen sehr viel eher als Schicksals-schlag hingenommen werden als technische Desaster, Kriege oder als Gewaltverbrechen, an deren Zustandekommen man Mitmenschen oder gar sich selber eine Mitschuld zusprechen muss. Eigentlich hätte die Deutung des Terroranschlages als – wenngleich verbrecherische – Reaktion auf die Politik der westlichen Industrienationen die beunruhigende Unverständlichkeit des Geschehens („Warum hassen sie uns so?“) lindern können, indem sie den Terror verstehbarer macht. Motive für den verletzten Stolz, für Verbitterung und Hass liegen in der einseitigen Profitmaximierung, die die globalisierte Ökonomie dem Westen ermöglicht, in seiner Indifferenz und Arroganz gegenüber den kulturellen und religiösen Traditionen in den Ländern der Dritten Welt. Solche nahe liegenden Zusammenhänge herzustellen war in der emotionalisierten Situation nach den Attentaten offenbar nicht als sachliche Beschreibung von Machtungleichgewichten denkbar. Vielmehr galt jeder Versuch, Zusammenhänge zur Politik der westlichen Welt herzustellen, sogleich als masochistische und verlogene Selbstbeziehung oder wurde als Rechtfertigungsversuch des Terroran-

schlages diskriminiert. Stattdessen galt es, unbedingt den eigenen Opferstatus zu betonen und zu fixieren und aus ihm ein Recht auf schuldfreie Vergeltungsfeldzüge abzuleiten, die damit als Verteidigung des Opfers von vornher-ein moralisch legitimiert erschienen.

In unserer Kultur scheint für die Rechtfertigung eines Krieges die Herstellung des Opferstatus unverzichtbar²⁰: Es muss die Vorstellung erzeugt werden, dass die eigene Gruppe einem existenzbedrohenden Angriff ausgesetzt wird. Nur als Verteidigung ist die eigene Solidarisierung und Gegenaggression erlaubt. Zusätzlich ist das Opfer per se immer rein und unschuldig.²¹

Auch diese, der Schuldentlastung dienende Strategie hatte zur Folge, eine differenzierende Wahrnehmung beider Seiten zu verhindern. Auf der eigenen Seite bedeutete die extreme Dämonisierung aller selbstkritischen Positionen den raschen Abbau einer öffentlichen Streitkultur und das aggressive Einverständnis mit Zensurmaßnahmen und massiven Einschnitten in rechtsstaatliche Garantien für die Individuen. In Amerika und Deutschland konnten Gesetze ohne Widerspruch und in unglaublicher Geschwindigkeit realisiert werden, die demokratische Grundrechte außer Kraft setzten. Die Ausgrenzung abweichender, liberaler Positionen entsprach im Klima den organisatorischen Maßnahmen der McCarthy-Ära der 50er-Jahre, bis hin zur Wiederbelebung des Komitees für anti-amerikanische Umtriebe.

In Bezug auf die arabische Welt und die muslimischen Staaten führte die moralische Selbstgerechtigkeit zu einer Fehleinschätzung der Gegner, indem

man deren Anliegen moralisch vollständig disqualifizierte. Die gesamte muslimische Welt geriet unter Generalverdacht und musste ihre Unterwerfungsbereitschaft und absolute Loyalität gegenüber dem Westen öffentlich demonstrieren, ein aufs Neue erniedrigendes Zwangsritual, das den populistischen Anti-Amerikanismus stärkte und damit die demokratischen und reformerischen Kräfte in den arabischen Ländern schwächte.

3. Demütigung und Rache

3.1 Der 11. September als Demütigung

Der Terrorangriff hat nicht nur die Folge von Angst, Schrecken und Hilflosigkeit. Er vermittelt auch eine Erfahrung von Unwert und extremster Demütigung. Dass das eigene Leben den Tätern nichts gilt, dass die eigenen Symbole der Macht in sich zusammensinken, löst Gefühle von Beschämung aus. Weil das Schutzschild durchbrochen ist, hat das Trauma die Folge, dass der Umgang des Täters mit dem Opfer – die Überwältigung – sich in der Übernahme der Erfahrung ins Selbstbild abbildet: Man fühlt sich klein, erniedrigt, nichts mehr wert. Dies löst ungeheure Wut aus und das unabweisbare Verlangen, die eigene Entwürdigung und Demütigung dem Täter zuzufügen. Die Übernahme und meist Steigerung der Täterrolle scheint der einzige Weg zur Reparatur der Entwürdigung.

Unser Selbstbild als ein bei anderen erwünschtes und von anderen anerkanntes mitmenschliches Wesen ist die zentrale Basis unserer Existenz. Wenn wir mit unseren Bedürfnissen

und Wertvorstellungen nicht gesehen oder sogar für vernichtenswert erklärt werden, ist das eine der am schwersten auszuhaltenden Erfahrungen für jeden Menschen. Immer wieder Beschämung und Demütigung ausgesetzt zu sein, hat mit hoher Wahrscheinlichkeit schwere psychische Störungen mit auto- und fremd-destruktiver Symptomatik zur Folge.²² Selbsthass, Selbstverachtung und Selbstkel als Folge solcher Erfahrungen von Unwert durchbrechen die Schutzschranken und bedrohen die Identität in ihrem Kern. Man tut deshalb alles, um sie aus dem Inneren der eigenen Person wieder herauszubefördern, vor allem, indem man andere zu den Bösen macht, die man nun selber beschämen, verachten, mit vernichtendem Hass verfolgen kann, an denen man sich für alles rächen kann. „Eine der wenigen Möglichkeiten, chronische Schamgefühle wenigstens temporär zu mindern, (besteht) darin, in einem Anfall narzisstischer Wut das Ideal bzw. das idealisierte Objekt zu zerstören.“²³ In dieser Situation braucht man den Feind zum Überleben, ist deshalb – wie ein Süchtiger auf seinen Stoff – auf ihn angewiesen und stellt neue Feinde her, wenn die alten nicht mehr taugen. So „dienen die allerschlimmsten Formen der Zerstörung oft dem vergeblichen Versuch, die ‘Würde’ wiederherzustellen.“²⁴

Gefühle von Demütigung, Entehrung und Schändung zu erzeugen, ist mit den Terroranschlägen auf das World-Trade-Center und das Pentagon gelungen. Wie tief die Verletzung ging, zeigen die Wogen von Wut und Rachewünschen, denen man sich ungebremst überließ. So schien auch nach dem 11. September die Wiederherstel-

lung von Stolz und Ehre nur durch einen auf physische Vernichtung des dehumanisierten Gegners abzielenden Vergeltungsschlag möglich. Experten meinten, der Krieg gegen Afghanistan mache militärisch oder politisch vielleicht wenig, psychologisch jedoch sehr viel Sinn und sei unverzichtbar.

Ein Rachefeldzug hat andere Ziele als ein „normaler“, auf territoriale Erweiterung oder Abwehr von Angriffen zielender Krieg: Die Rache begnügt sich nicht mit der Unschädlichmachung des Gegners, ihr Sieg ist erst vollständig mit seiner totalen Entwürdigung.

3.2 Das Motiv von Demütigung und Rache in der Psychologie terroristischer Gruppen

Ganz zum Schluss einige Überlegungen, warum das Thema der Umsetzung von Demütigungsgefühlen in die Grandiosität der Racheposition auch zum Verständnis der politischen Psychologie des islamistischen Terrors – wie auch anderer fundamentalistischer Terrorgruppen – etwas beitragen kann.

Ehrverletzung, Beschämung, Demütigung und Entwürdigung, das sind die Ziele, die Bin Laden in einer Rede 1996 seinem Kampf gegen die „Kreuzfahrer USA“ – wie er sie nennt – gibt.

Das ist ein Hinweis darauf, wie subjektiv ernst zu nehmen das eigene Gefühl von Verratenworden-Sein durch die „Unreinen“ der eigenen Seite, von Beschämung durch die permanente Konfrontation mit der ökonomischen, kulturellen, technischen und militärischen Überlegenheit der westlichen Welt und deren komplettem Desinteresse an der

arabisch-muslimischen Identität ist. Keineswegs wird dieses subjektive Gefühl, in einem Überlebenskampf der eigenen religiös-kulturellen Welt gegen die Annektierungspolitik des Westens stehen, entkräftet durch den Verweis auf den objektiven Reichtum und das reale Profitieren vom westlichen Kapitalismus bei Bin Laden oder anderen Terroristenführern.

Freimütig gibt Bin Laden in der genannten Rede einen Blick in die Ausschließlichkeit einer destruktiven narzisstischen Rachewelt. Die Vorstellungen sind ausschließlich negativer Natur, alle beziehen sich auf die Dimension von Ohnmacht und Erniedrigung. Bin Laden macht sich zunächst lustig über die Feigheit der Amerikaner und zitiert als „beschämendsten“ Fall Somalia. Als dort ein paar Amerikaner umkamen, „seid ihr aus der Gegend verschwunden und habt Enttäuschung, Demütigung, Niederlage und eure Toten mitgenommen. Clinton trat mit Drohungen und Racheschwüren vor die Welt, aber diese Drohungen waren nur Vorbereitung zum Rückzug. Ihr wurdet von Allah entwürdigt und ihr zogt euch zurück; das Ausmaß eurer Impotenz und Schwäche wurde sehr deutlich. Es war eine Freude für das Herz jedes Muslim und eine Linderung für die Brust gläubiger Nationen (...)“²⁵.

Man spürt fast körperlich die ungeheure Giftigkeit, das Strömen dieses vernichtenden Hasses, für den Linderung des Schmerzes und Freude nur darin bestehen, die Entwürdigung und Impotenz des Feindes zu sehen. Man spürt auch, wie ungeheuer lustvoll und das Selbstgefühl aufblühend es ist, Demütigung und

Beschämung mit Vernichtungshass zu beantworten.

Diese Hassergüsse erinnern nicht nur an Hassorgien anderer politischer Massenfürher, insbesondere natürlich Hitlers Flut von Schmähungen gegen die Alliierten, gegen die Juden, gegen die Verräter in den eigenen Reihen. Es sind – in eine politische Sprache gegossen – die identischen Formulierungen vieler Menschen mit narzisstischen Störungen, die das eigene Gefühl, zu kurz gekommen und nie anerkannt worden zu sein, in Rache- und Vernichtungswut ummünzen und das Gefühl eigener Stärke nur in der Fantasie oder im realen Kampf gegen die übermächtigen Figuren gewinnen können, von denen sie sich gänzlich abhängig fühlen. So ist bei Bin Laden die Fixierung auf den Feind vollständig deutlich, es scheint kein eigenes, vom Feind unabhängiges Zentrum des Selbst und politischer Zielvorstellungen zu geben. Die Selbstdarstellung Bin Ladens als großartiger, tapferer, uneigennütziger, reiner Krieger ist eine vollständig defensive Selbstidealisierung, sie bleibt in jedem Motiv immer auf die Feinde bezogen, nur ihre Schwäche lässt das eigene Licht strahlen. Selbst die politischen Forderungen wie Abzug von den heiligen Stätten, freies Palästina und Vernichtung der korruptierten islamischen Regime sind im Wesentlichen negative, defensive Ziele.

Bei Bin Laden hängt die Fixierung auf die USA sicher auch mit seiner eigenen Karriere zusammen: zuerst großgemacht, um dann, als die Unterstützung der Al Qaida gegen die Russen nicht mehr wichtig war, rasch und vollständig fallen gelassen zu werden aus der Aufmerksamkeit der Amerikaner. Sicher

mögen bei Bin Laden – wie bei Hitler und anderen – zusätzlich Merkmale der persönlichen Herkunftsgeschichte eine Rolle spielen, die die besondere Bereitschaft erklären, Demütigungserfahrungen aggressiv zu externalisieren und in eine politischen Saga zu überhöhen.²⁶ Angesichts des wenigen, extrem Stilierten und historisch nicht Abzusichernden, was über die Familiengeschichte solcher Figuren bekannt ist, scheinen jedoch Erklärungen des narzisstischen Destruktionspotenzials aus der individuellen Genese wenig Erfolg versprechend. Zudem ist – ebenfalls am Beispiel Hitlers – zu sehen, wie die paranoide Abschottung in den eigenen Zirkeln der Macht die narzisstische Störung aufrechterhält und verstärkt. Lebt man in einer paranoiden Welt ohne Zugang zu anderen Stimmen und ist man der unablässigen Überhöhung durch die eigene Gruppe und dem ebenso unaufhörlichen Verfolgungsdruck durch die Feinde ausgesetzt, setzt eine sich selbst verstärkende Spirale von Radikalisierung und Realitätsverkennung ein.

Zudem kann kein individualpsychologischer Ansatz verständlich machen, worin die Wirkungsmacht der Destruktionsszenarios Bin Ladens auf die muslimischen Massen besteht. Warum ist für so viele eine Weltsicht einleuchtend, die die westliche Hegemonie als Ursache des eigenen Elends ansieht und sich im Recht glaubt, gegen diese Welt mit allen Mitteln von Gewalt und Terror anzugehen? Dies muss mit kulturellen, in der islamischen Welt geteilten Erfahrungen zusammenhängen. In den Äußerungen der muslimischen Politiker findet sich immer wieder derselbe Bezug auf die Geschichte: v. a. seit dem Ende des Kalifats 1924 ist die mus-

limische/arabische Welt mit einer durch keine Erfolge unterbrochene Serie von Niederlagen und Bedeutungsverlusten geprägt. Die Welt scheint seither nur durch Erfahrungen von Aufgabe der eigenen Traditionen und Scheitern der – halbherzigen, durch Korruption und Unfähigkeit bestimmten – Übernahme westlicher Modelle bestimmt. Die halbherzige Modernisierung mit der Anpassung an säkulare staatliche Verfassungen und kapitalistisches Wirtschaften bei Beibehaltung korrupter autoritärer Regime, deren Folge ein Ausbluten der Mittelschichten war, dass kein eigener, islamische Traditionen mitbewahrender, selbstbewusster Weg in die moderne Weltgesellschaft gefunden werden konnte und man sich weiter abhängig von der Anerkennung durch die westliche Kultur sah, die jedoch völliges Desinteresse an der islamischen Welt bekundete, sie vielmehr ausschließlich über den Leisten eigener, v. a. ökonomischer und daraus folgender militärischer Interessen sah.

Resultat ist ein Gefühl von Beschämung, Entwürdigung und fehlendem Selbstvertrauen in den arabischen Gesellschaften. „Es ist also nicht das Trauma allein, sondern die mit ihm verbundene Demütigung und ein verbliebener Rest Stärke, die das höchste Destruktionsrisiko produzieren“.²⁷ Diese auf das Individuum gemünzte Erklärung für die Bedeutung von Demütigungserfahrungen kann m. E. auch zum Verständnis von Gruppenreaktionen verwendet werden. Die Schuldprojektion auf die Amerikaner – gestützt durch die reale Machtposition und die Machtpolitik der USA – konnte deshalb einsetzen, weil das eigene Selbstbewusstsein nicht ausreichte, um

Versäumnisse und Schuld auf der eigenen Seite anerkennen zu können. Die ganze Schuld muss draußen sein und unbedingt bleiben, weil sonst der eigene Unwert droht. Der Hass ist gerade deshalb so groß und so vernichtend, weil die Projektion so labil ist.

Die eigene Schwäche- und Opferposition wird mit Verrat begründet. Deshalb gilt der fast noch größere Hass (als auf die USA) den „Verrätern“ der eigenen Sache, d. h. den arabischen Potentaten – auch dieses Motiv ähnelt bis ins Detail den nationalsozialistischen Hassorgien gegen die „Erfüllungsgehilfen des Versailler Schandvertrages“.

Die positiven Vorstellungen eigener Größe gelten der fernen Vergangenheit der siegreichen Kämpfe aus der Frühzeit des Islam bzw. einer fernen, nicht realpolitisch zu greifenden Zukunft. In negativer Weise sind die eigenen Größenvorstellungen auch in der Hassprojektion auf Amerika untergebracht, in der Unterstellung, das einzige Ziel der USA läge in dem Kreuzzug gegen die islamische Welt.

Für die muslimische Seite gilt deshalb genau derselbe Mechanismus der Projektion wie am Beispiel der Feindproduktion des Westens nach dem 11. September aufgezeigt: je größer die Annäherung an den „Feind“, je realistischer seine Wahrnehmung, umso mehr wächst die Gefahr, die eigene Verantwortung und Schuld wahrnehmen zu müssen und mit dem Zusammenbruch der Projektion der eigenen Misere schutzlos ausgeliefert zu sein.

Ekel und Verachtung müssen aufgebaut werden, um die Trennungsschranken vom Feind unüberwindbar zu machen

(vgl. das Testament des 11.-September-Terroristen Atta, in dem er selbstsuggestiv die eigene Reinheit beschwört). Wie bedroht diese Schranken sind, zeigt auch die Radikalität der Abschottungsmaßnahmen in den Trainingsgruppen, die durch die physische Eliminierung aller „Unreinen“ mit Terror und Angst die Radikalisierungsprozesse bestärkt.

Die Perspektive der Politischen Psychologie macht deutlich, wie verführerisch es für alle Seiten ist, auf traumatische und demütigende Erfahrungen als Einzelner wie als Kollektiv mit Hilfe von Feindkonstruktionen und Rache zu antworten. Umso wichtiger wäre die Aufgabe von Politik und Öffentlichkeit, die rationalen Kräfte zu stärken.

Anmerkungen

- ¹ Sie geht mit einem „basalen psychotraumatischen Belastungssyndrom“ einher: Wiedererleben der traumatischen Situation, intensive psychische Belastung und körperliche Reaktionen bei Hinweisreizen, Vermeiden von auch nur entfernt ähnlichen Situationen, Entfremdungsgefühle, Reiz- und Schreckbarkeit, Affekt- und Kontakteinschränkungen, Depressionen, Dissoziationen und viele andere psychische und körperliche Symptome, vgl. Fischer, G./Riedesser, P., ohne Titelangabe, Göttingen, 1988, S. 42/43.
- ² Flatten, F. et al.: Posttraumatische Belastungsstörungen. Leitlinie und Quellentext, Stuttgart 2001.
- ³ Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M 1986.
- ⁴ Keupp, Heiner: Das Ende der atomaren Gelassenheit, in: Redaktion Psychologie heute (Hrsg.), Wie viel Katastrophe braucht der Mensch?, Weinheim et al. 1987, S. 21–34.
- ⁵ Eine britische Psychologin und Trauma-Expertin meinte im September: „Niemand wird sich in Zukunft mehr sicher fühlen.“ Aber inzwischen (Frühjahr 2002) sind, was anfänglich undenkbar erschien, das Schockerleben, Angst und Unsicherheit völlig verschwunden.
- ⁶ Hohl, Joachim: Zum Symptomwandel neurotischer Störungen: Sozialhistorische und sozialpsychologische Aspekte, in: Heiner Keupp/Helga Bilden (Hrsg.), Verunsicherungen. Das Subjekt im gesellschaftlichen Wandel, Göttingen et al. 1989, S. 103–124.
- ⁷ Brockhaus, Gudrun: Schauer und Idylle. Faschismus als Erlebnisangebot, München 1997.
- ⁸ Krause, Rainer: Zur Psychologie repressiver Utopien. Saarbrücker Hefte 79/80,

- 1998, S. 35–42; Krause, Rainer: Allgemeine Psychoanalytische Krankheitslehre Band II, Stuttgart et al 1998.
- ⁹ Demütigung und Rache spielen in der politischen Psychologie des Nationalsozialismus eine entscheidende Rolle, ohne die die Vernichtungspraxis und ihre Duldung durch die Bevölkerung nicht zu verstehen ist. Die zentralen Parolen der Nazis sind keineswegs – wie es die nachträgliche Deutung („Aber die Autobahnen ...“) will, um positive Themen wie Beseitigung der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Aufbau zentriert. Vielmehr dominiert das Motiv der Rache für Schande und Entehrung: Der Schandvertrag von Versailles, der Betrug der tapferen, im Felde unbesiegten Helden der Nation durch die jüdischen Erfüllungspolitiker (Dolchstoß), die sich in die Entehrung durch das schreiend ungerechte Diktat der Siegermächte fügten, Deutschland wehrlos dem Zangengriff aus jüdischem Weltfinanzkapital und Bolschewismus preisgegeben, Entehrung und Erniedrigung durch den herrschenden entarteten Kunstbetrieb, etc.
- ¹⁰ Vgl. Mentzos, Stavros: Der Krieg und seine psychosozialen Funktionen, Frankfurt a.M. 1993; Volkan, Vamik D.: Das Versagen der Diplomatie. Zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte, Gießen 1999.
- ¹¹ Hodgkinson, Peter/Stewart, Michael: Coping with Catastrophe, London/New York 1998.
- ¹² Flatten, F. et al.: Posttraumatische Belastungsstörungen, S. 3.
- ¹³ Gerade für die Intellektuellen scheint es besonders reizvoll, die Last des ewigen Räsionierens, der Zweifel, des niemals beendbaren Abwägens von Für und Wider, die Tatenarmut und Gedankenschwere

- hinter sich zu werfen und sich endlich in dem nationalen Kollektiv zugehörig und heimisch zu fühlen. Auch während des Golfkrieges wie nach dem 11. September wurde v.a. von Seiten der Intellektuellen gegefert, wenn Zweifel und Kritik an der Regierungspolitik laut wurden.
- ¹⁴ Nassehi, A., in: Süddeutsche Zeitung, 26.11.2001.
- ¹⁵ Siehe Baudrillard, in: Der Spiegel 3/2002.
- ¹⁶ Sofsky, Wolfgang: Zeiten des Schreckens. Terror, Amok, Krieg, Frankfurt a.M. 2002.
- ¹⁷ Enzensberger, Frankfurter Allgemeines Zeitung vom 18.9.2001.
- ¹⁸ Baudrillard, I., in: Süddeutsche Zeitung, 12.11.2001.
- ¹⁹ Baudrillard, I., in: Der Spiegel 3/2002.
- ²⁰ Das weisen die Autoren in einer Untersuchung über mentale Kriegsvorbereitung in unterschiedlichsten Kriegen der westlichen Welt in diesem Jahrhundert nach: Linden, Marcel van der/Mergner, Gottfried: Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung, Berlin 1991.
- ²¹ Vgl. Behrenbeck, Sabine: Heldenkult und Opfermythos. Mechanismen der Kriegsbegeisterung 1918–1945, in: Linden van der, M./Mergner, G., Kriegsbegeisterung, S. 143–160.
- ²² Krause, Rainer: Affektpsychologische Überlegungen zur menschlichen Destruktivität, in: Psyche 9/10 2001, S. 934–960.
- ²³ Ebd., S. 948.
- ²⁴ Ebd., S. 939.
- ²⁵ Osama Bin Laden am 9.4.96, zit. in: Die Woche, 14.9.2001.
- ²⁶ Die Idealisierung der eigenen Person beispielsweise als Krieger oder Tugendwächter dient dazu, chronische Scham- und Unwertgefühle fern zu halten. In der defensiven Selbstsicht dieses Typus von narzisstisch Gedemütigten ist das utopische Projekt der Idealität in seiner eigenen Person in Erfüllung gegangen. Die Aufrechterhaltung dieser Fantasie ist ohne Projektionsfläche für das abgewehrte Schamvolle nicht zu leisten. In bestimmten, meist auch politisch regressiven Umständen, gelingt es diesen Personen, eine Klientel von ebenfalls Gedemütigten in ihr fantasmatisches System einzubeziehen. Im Allgemeinen sind dies nicht die wirklich Entrechteten, die um ihre Freiheit und um ihr Leben kämpfen, sondern diejenigen, die glauben, einen Rechtsanspruch auf eine verloren gegangene Größe, die ihnen meist durch Verrat genommen wurde, zu haben. Die Gedemütigten werden von ihrem Führer in ihrem Glauben bestärkt., in: Krause 2001, S. 948
- ²⁷ Ebd., S. 953.

Literaturauswahl

- Butollo, Willi et al:** Kreativität und Destruktion posttraumatischer Bewältigung, Stuttgart 1999.
- Erdheim, Mario:** Kriegsräusche und Untergangsängste, in: H.-J. Althaus et al. (Hrsg.), Der Krieg in den Köpfen, Tübingen 1988, S. 47–52.
- Fest, Joachim:** Hitler. Eine Biografie, Frankfurt a.M./Berlin 1987.
- Freud, Sigmund:** Zeitgemäßes über Krieg und Tod, in: Gesammelte Werke Bd. 10, Frankfurt a.M., S. 323–356.
- Gay, Peter:** Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter, München 1996.
- Horn, Klaus:** Die insgeheime Lust am Krieg, den niemand wirklich will, in: Peter Passett/Emilio Modena, Krieg und Frieden aus psychoanalytischer Sicht, Frankfurt a.M. 1983, S. 59–78.
- van der Kolk, Bessel A. et al. (Hrsg.):** Traumatic Stress. Grundlagen und Behandlungsansätze, Paderborn 2000.

Einige Anmerkungen zu den Ursachen des Internationalen Islamischen Terrorismus*

Günter Bierbrauer

Die Vorstellung, Terroristen seien irregeleitete Wirrköpfe, die sinnlose Verbrechen verübten, ist weit verbreitet. Diese Erklärung ist der hilflose Versuch, die schockierenden Verbrechen, die von Terroristen begangen werden, anhand ihrer dispositionellen, d. h. ihrer spezifischen Persönlichkeitseigenschaften zu erklären. Die Ursachen für alle Formen des Terrorismus sind jedoch multikausal. Monokausale Erklärungen können diesem komplexen Phänomen nicht gerecht werden. Ein nur individualpsychologischer Zugang zur so genannten „Psyche“ der Terroristen würde uns daher zu falschen Schlussfolgerungen führen. Ebenso müssen wir uns vor der Vorstellung hüten, dass die politischen Führer, die kollektive Gewalt anordnen, „verrückt“ sind. Diese besitzen zwar vermutlich ein hohes Aggressionspotenzial und neigen zu antisozialem Verhalten, sind aber im herkömmlichen Sinne „normal“. Aus einer Reihe sozialpsychologischer Untersuchungen wissen wir, dass ganz normale Menschen unter bestimmten Bedingungen dazu bereit sind, andere Menschen zu quälen und ihnen Leid zuzufügen. Wir würden zu falschen Folgerungen kommen, wenn wir sie gleichsam pathologisieren wür-

den. Wir müssen stattdessen die situativen, d. h. die historischen und sozialpsychologischen Bedingungen verstehen, die sie zu ihren Handlungen motivieren.

Terroristen handeln rational, d. h. sie legitimieren ihre Verbrechen mit höheren humanitären Zielen und geben vor, im Namen von Gerechtigkeit, Ideologie oder Religion zu handeln. Die Elite der Terroristen stammt meist nicht aus armen, entrechteten Bevölkerungsschichten. Von den islamischen Terroristen des 11. September ist beispielsweise bekannt, dass alle aus wohlhabenden Familien kamen und in ihrer Mehrzahl westliche Bildungseinrichtungen besucht hatten. Terroristen verstehen sich als Avantgarde, die im Namen von tatsächlich oder vermeintlich unterdrückten Gruppen handelt, um auf deren Benachteiligung aufmerksam zu machen oder Zustände zu beseitigen, die sie für nicht tolerierbar halten. Um die Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren, in deren Namen sie angeblich handeln, und diese für ihre Ziele zu instrumentalisieren, muss die Elite der Terroristen ihre Aktionen glaubwürdig legitimieren. Deshalb müssen sie immer allgemein gültige, plausible, nicht-egoistische

Gründe für den Kampf und für ihre eigene Rolle anführen (z. B. historische Ansprüche, Selbstbestimmungsrecht, Bedrohung der kulturellen Identität, religiöse Reinheit etc.).

Beispielsweise versucht die Gruppe um Osama bin Laden ihre politisch-religiöse Ideologie mit Gewalt durchzusetzen, weil sie dies auf friedlichem Wege nicht erreichen kann. Osama bin Ladens Ziel ist es, den modernen, säkularen, demokratisch globalen Kapitalismus, der durch die Vereinigten Staaten verkörpert wird, zu zerstören und an dessen Stelle eine fast mittelalterliche, vorkapitalistische, theokratisch geführte Gesellschaft – wie sie das Taliban Regime repräsentiert – zu setzen.

Terroristische Akte explodieren nicht gleichsam spontan, sondern sind Resultat von historisch-politischen Prozessen, unter denen Menschen aus objektiven oder subjektiven Gründen leiden. Terroristische Akte, so sagt man, sind Ausdruck einer als unerträglich empfundenen Ohnmacht auf Grund von tatsächlicher oder vermeintlich erfahrener Gewalt, Unterdrückung oder Benachteiligung. Weil die Ursachen des Terrorismus oft lange Zeit zurückliegen und tief in der Identität einer ganzen Bevölkerungsgruppe verwurzelt sind, ist auch nicht damit zu rechnen, dass kurzfristige Aktionen, die aus Rachegefühlen gespeist werden, Terrorismus wirksam bekämpfen können. Um Terrorismus zu eliminieren, müssen seine vielfältigen Ursachen berücksichtigt und in ihrem Zusammenspiel verstanden werden.

Im Folgenden wird knapp auf einige dieser Ursachen und Bedingungen eingegangen, die – wie bereits erwähnt –

in ihrem Zusammenspiel gesehen werden müssen:

1. Historische Ursachen

Die arabisch-islamische Welt hat spätestens seit Ende des osmanischen Reiches im Vergleich zu den westlichen Staaten im Hinblick auf ihre kulturelle und geopolitische Rolle dramatisch an Einfluss verloren. Die Dominanz der westlichen Staaten wurde und wird als ständige Demütigung empfunden. Mit der einsetzenden Globalisierung im letzten Jahrhundert wurde die wirtschaftliche Übermacht des westlichen Kapitalismus und der westlichen Kultur verstärkt als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität empfunden.

2. Ökonomische Ursachen

Während die westliche Welt durch eine Periode beträchtlicher ökonomischer Prosperität ging, hat sich die ökonomische Situation in anderen Teilen der Welt, so auch in vielen islamischen Ländern, z. T. dramatisch verschlechtert. In vielen Ländern der so genannten Dritten Welt sind große Teile der Bevölkerung davon überzeugt, dass ihre schlechte wirtschaftliche Lage allein durch die Ausbeutung der westlichen Länder verursacht ist.

3. Politische Ursachen

Die Vereinigten Staaten werden in der arabischen Welt als einseitiger Parteigänger israelischer Interessen wahrgenommen. Der Nahost-Konflikt kann somit immer wieder als Legitimation des Kampfes für die so genannte Be-

freierung Palästinas herangezogen werden. Die meisten islamischen Länder sind Produkte von nachkolonialen Grenzziehungen, die ohne Rücksicht auf ethnische Gegebenheiten verordnet worden waren. Deshalb ist es schwierig, in ihnen eine nationale Identität zu formieren, die ein tragfähiges Fundament für eine Zivilgesellschaft abgeben könnte. Häufig werden diese Staaten durch diktatorische Regime zusammen gehalten, deren politische Interessen der eigenen Machterhaltung dienen. Demokratische Rechte sowie Opposition sind unerwünscht. Diese Situation erzeugt repressive Maßnahmen, um die interne Opposition zu unterdrücken, und verhindert freie Meinungsäußerung und eine freie Presse. Weil liberale Intellektuelle deshalb häufig ihre Heimatländer verlassen, ist die Etablierung einer Opposition kaum möglich.

4. Religiöse Ursachen

Obwohl alle Weltreligionen – auch der Islam – Gewalt gegen unschuldige Menschen ablehnen, gibt es in den meisten Religionen radikale fundamentalistische Gruppen, die Gewalt gegen Andersgläubige tolerieren oder gar propagieren. Im Unterschied zu den beiden anderen monotheistischen Religionen versteht sich der Islam als ein umfassendes Regelsystem, das sich nicht nur auf Glaubensinhalte bezieht, sondern alle individuellen, sozialen, rechtlichen und politischen Lebensbereiche definiert und normiert.

5. Medien

Terroristen brauchen die Öffentlichkeit. Ohne Massenmedien gäbe es keinen

Terrorismus. Im Zeitalter der globalen Kommunikation heißt dies: Spektakuläre Gewaltakte von einigen wenigen können die Aufmerksamkeit von Millionen Menschen erregen und sie verängstigen. Margret Thatcher sagte einmal, der Terrorismus lebe vom „Sauerstoff der Publizität“. Würde dieser Sauerstoff fehlen, würde dies sicherlich den Terrorismus eindämmen.

6. Verfügbarkeit von Waffen

Der Zugang zu und die Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen sowie zu zivilen Geräten wie Flugzeugen, die zu Selbstmordattentaten benutzt werden können, ermöglicht es Terroristen, Anschläge durchzuführen, die nur begrenzt vorbeugend verhindert werden können. Die „Rucksackatombombe“ oder die „Atombombe des kleinen Mannes“ in Form biologischer Waffen sind keine Fiktion mehr, sondern könnten morgen schreckliche Realität werden.

7. Die Bedrohung der kulturellen Identität

Zu den vermutlich wirkungsvollsten Faktoren für eine kollektive politisch-ideologische Mobilisierung gehört die tatsächliche oder vermutete Bedrohung der kulturellen Identität. Kultur bzw. die Bedrohung der kulturellen Identität ist zu einem Schlüsselbegriff für ethnische Konflikte geworden. Während gewalttätige Konflikte früher in erster Linie auf Grund von Macht – und Wirtschaftsinteressen erklärt wurden, betont Samuel Huntington in seinem kontrovers diskutierten Buch „Kampf der Kulturen“, dass die Konflikte des 21. Jahr-

hundreds in erster Linie an der kulturellen Nahtstelle zwischen Orient und Okzident entstehen. In den Sozialwissenschaften wird noch immer verkannt, dass die tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung der kulturellen Identität unter gewissen Bedingungen von großer Sprengkraft sein kann, dass Menschen bereit sind, für ihre Kultur, Ideologie oder Religion ihr Leben einzusetzen. Kultur hat eine existenzielle Bedeutung für den Menschen und kann verstanden werden als Kern menschlicher Sinnstiftung. Kultur ist nach Ernest Becker der Puffer, der die Angst vor der eigenen Sterblichkeit begrenzt. Wird die eigene Kultur, Religion oder Ideologie durch andere konkurrierende Weltansichten bedroht, dann versuchen Menschen, deren Bedeutung zu leugnen oder abzuwerten. Glaubenskonflikte werden deshalb so

heftig geführt, weil Religionen in ihrem Kern eine Formel für eine sinnvolle Existenz und ein Versprechen für die Unsterblichkeit beinhalten. Um das Wissen der eigenen Sterblichkeit zu bannen, ist möglicherweise für Terroristen der „Griff nach dem großen Projekt“ (Robert Jay Lifton) mit seinen vermeintlichen Endlösungen im Sinne einer Elimination der Ungläubigen, mit Gefühlen der Erlösung und Beglückung verbunden. Kultur bzw. Religion ist eine existenzielle Ressource für Sinnstiftung. Ihre Bedrohung, verbunden mit erlebten Deprivationserfahrungen, birgt eine hohe Sprengkraft. Wenn unter dieser Konstellation ein Versprechen für Unsterblichkeit gemacht wird, dann können Menschen offenbar kollektiv zum Kampf mobilisiert werden und sind sogar dazu bereit, ihr Leben einzusetzen.

Anmerkung

* Dieser Beitrag fußt auf den Ausführungen, die der Autor beim Expertentreffen der Hanns-Seidel-Stiftung über die Struktur

und Psychologie des islamischen Terrorismus am 18.3.2002 in München gehalten hat.

Welche Rolle spielt der Glaube für die Wertorientierung in unserer Gesellschaft?

Elmar Nass

Der Wert von Menschen, Ideen oder Sachen wird uns oft erst dann bewusst, wenn sie nicht mehr vorhanden sind. Dies gilt auch für Gesundheit, Wohlstand und Frieden. Wie aber steht es mit dem christlichen Glauben in unserer Gesellschaft? Offensichtlich ist er auf dem Rückzug. Kirchen bleiben leer wie Priesterseminare und theologische Vorlesungen. Und in den medienwirksamen Talkrunden haben diejenigen, die mit ihrem Glauben argumentieren, einen schweren Stand. Vermisst unsere Gesellschaft aber deshalb etwas? Wenn nicht, dann wird dieses schleichende Verschwinden weiter voranschreiten, ohne dass der Wert des christlichen Glaubens wieder ins Bewusstsein rückt. Die Konsequenzen einer verloren gehenden christlichen Bindung unseres demokratischen Rechtswesens (durch Aushöhlung des Grundgesetzes) sowie unserer Bildungs-, Lebens- und Arbeitskultur werden unmittelbar in der zunehmenden Desorientierung junger Menschen deutlich. Dieser Missstand, der auch ein Grund für zunehmende Gewaltbereitschaft (das Massaker von Erfurt) ist, sollte jeden Demokraten zum Ruf nach einer gesellschaftstragenden, menschlichen Wertorientierung veranlassen.

1. Verlorenes christliches Wertfundament: vier Thesen

Dieser Mangel liegt auch in der zurückgedrängten Bedeutung des Glaubens für das Wertverständnis in unserer Gesellschaft begründet. Die folgenden vier Thesen wollen diesen Zusammenhang belegen und davon ausgehend die Notwendigkeit und Möglichkeit einer gestärkten Gestaltungskraft christlicher Werte für die Meinungsbildung aufzeigen.

1.1. Autoritätsverlust und Entchristlichung

Im Westen Deutschlands wie auch in anderen Industrieländern brachen die 68er-Studentenunruhen mit allem, was sich nach bürgerlicher Tradition anhöre: Die Hybris der menschlichen Autonomie wollte sich emanzipieren z.B. von Eltern, Lehrern, Kirchen und damit den vermeintlichen Organen 'vormoderner' Bevormundung. Die Folgen waren u.a. Konzepte 'antiautoritärer Erziehung'. Wenn die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth auf dem Wahlparteitag 2002 der Union vorwirft, den Frauen nur „Kinder, Küche, Kirche“ bie-

ten zu wollen, so spricht aus solcher Häme jener Geist diffuser Autonomie. Bis in die Gegenwart steht das Paradigma 'moderner' Bildung für viele in dieser Tradition.¹ Wenn das Grundgesetz keine Erziehungsziele vorgibt, sondern demgegenüber pragmatisch der Sicherung der Demokratie dienen soll (Hagen Weiler) oder aber Mündigkeit als Emanzipation zur Selbstverwirklichung (Gerd Stein) definiert ist, muss gefragt werden, welche Demokratie hier eigentlich gemeint ist und nach welchen Kriterien Mündigkeit vonstatten gehen soll. Auch sprechen die zweifellos christlich-naturrechtliche Absicherung der menschlichen Würde in Art. 1 GG, die Anrufung Gottes in der Präambel sowie der besondere Familienschutz (Art. 6) oder auch das Recht auf Widerstand (Art. 20) für Maßstäbe, die jenseits menschlicher Willkürautonomie liegen. Es gehe in der 'Moderne' aber nicht um Erziehung, sondern um davon losgelöste Bildung (Hermann Giesecke). Wie soll man aber im Sinne der Demokratie bilden, ohne zu erziehen?

Die Konsequenzen solcher Modelle sind im Schulalltag zu beobachten. Wenn autonome Selbstentfaltung das Bildungsziel ist, dann sind dem Lehrer beispielsweise bei der Maßregelung von Schülern die Hände gebunden. (Fast) alles ist erlaubt, und selbst die kleinste Strafarbeit ist schon eine Diskriminierung des Schülers. Erziehung, die sich als Hilfe zur Orientierung in unserer Gesellschaft versteht, hat es da zunehmend schwer. Wer allein auf 'auto-poietische' Prozesse der Einsicht setzt, ist mit seinem Wertelatein schnell am Ende. Und kirchliche Bildungsarbeit, die noch auf Inhaltsvermittlung setzt, ist im Sog der säkularisierten Postmoderne allzu rar gesät.

In den neuen Bundesländern kommen noch Altlasten der Vergangenheit hinzu. Dem Staatsatheismus der DDR ist nicht vieles gelungen – so der evangelische Theologe und DDR-Flüchtling Peter Maser – dafür aber umso nachhaltiger die weitgehende Entchristianisierung der Menschen.² Die kritische Auseinandersetzung mit dem Christentum – und damit auch mit den Prinzipien von Glaube, Hoffnung, Liebe wie der daraus abgeleiteten unbedingten Menschenwürde – ist hier gerade ab den 70er-Jahren einer Taktik der Ignoranz gewichen. Somit kamen zahllose junge Menschen, die jetzt zum Teil selbst Eltern sind, erst gar nicht mit den christlichen Tugenden in Berührung. An ihre Stelle trat das materialistische Menschenbild des Marxismus-Leninismus.

1.2. Orientierungslosigkeit und Ideologisierung

Autonomie bzw. Ideologie sollten an die Stelle bürgerlicher und kirchlicher Autorität treten. Religiöse Milieus galten als verstaubt und vormodern. Damit entstand im Westen ein zunehmendes Wertevakuum, in das sich ein Ungeist von Selbstentfaltung durch Selbstbehauptung einschlich. Wer weder an eine Transzendenz glaubt noch auf Autoritäten hört, vertraut am besten auf sich selbst. Diesen Geist bringt der Unternehmensberater und Bestsellerautor Reinhard Sprenger programmatisch auf den Punkt: „Es geht mir nicht darum, ob die von mir vorgebrachten Argumente 'richtig' sind oder in einem absoluten Sinne 'wahr', sondern nur, ob es 'nützlich' ist, einen solchen Gedanken in sich aufzunehmen. (...) Ich interessiere mich für den

Einzelnen in seinem Streben nach einem geglückten Leben“. ³ Glück heißt danach Nützlichkeit im Dienste des Erfolges. Hier fehlt jede wertorientierte Bindung, die diesen Namen verdient. Es geht um Geltung und Wirkung, nicht um Humanität, die das christliche Menschenbild für jede Legitimität einfordert. Das Recht des Stärkeren, Schöneren, Originelleren ist dann die verborgen herrschende Logik der so genannten Spaßgesellschaft. Die von Gerhard Schröder betriebene Personalisierung des Bundestagswahlkampfes nach amerikanischem Muster setzt solche Akzente. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle hat verstanden, dass die Vermarktung origineller Effekte (mit der '18' unter der Sohle und am Jackett, mit dem 'Guido-Mobil' durch Deutschland) oft mehr bewirkt als programmatische Auseinandersetzung. Freiheit, Spaß - doch mit welchem Inhalt, mit welchem Ziel?

Das liberalistische Paradigma mischt sich im Osten mit einer vor allem aus PDS-Kreisen verbreiteten DDR-Nostalgie. Während der Feierlichkeiten zum Zehnten Jahrestag der Deutschen Einheit am 3.10.2000 weihten evangelische und katholische Bischöfe der Region das von jungen Christen gestaltete 'Kreuz zur Einheit'. Im Rahmen dieser Großveranstaltung beteten sie dort einen selbst gestalteten Kreuzweg⁴, der geschichtliche und religiöse Aspekte mit unserer Gegenwart verbindet. Sie wurden hierbei von einer PDS-gepolten Jugendgruppe mit haarsträubenden Parolen beschimpft: Christen hätten hier gar nichts zu melden, Stasi-Spitzelei sei nicht schlimmer gewesen als Mobbing im Betrieb, und die Mauertoten wurden mit heutiger Arbeitslosigkeit aufgewogen. Hier ist offenbar die Werte-

hierarchie völlig aus dem Lot geraten. Mutig aber hielten die gleichaltrigen Christen dagegen.⁵

Sozialistische und liberalistische Weltbilder gaukeln jungen Leuten Orientierung vor. Der Wert des Lebens tritt dabei jeweils hinter ideologische Menschenverachtung zurück. Christliches Wertebewusstsein steht solchen Verirrungen diametral entgegen. Es befähigt zur Aufdeckung solcher Verirrungen.

1.3. Fehlende Vorbilder

Gerade die bildgeprägte Gesellschaft schaut auf Vorbilder. Doch wo finden Jugendliche Leitbilder, die Demokratie und Menschlichkeit verkörpern, wie es nach dem Massaker von Erfurt Politiker aller Parteien einfordern? Popidole verkörpern meist vergängliche Ziele. Und mit den Fußballstars ist es nicht besser. Immer schnelllebig ist das Geschäft, sodass die alten Poster bald durch neue Gesichter ersetzt werden. Eine Kultfigur wie Che Guevara, um den sich bis heute eine merkwürdige Aura linksideologischer Verklärung rankt, hat dies überstanden. Welcher Jugendliche aber trägt heute ein T-Shirt mit dem Kopf von Konrad Adenauer? Ein großes demokratisches Vorbild mit Kultstatus ist nicht en vogue. Dagegen spricht das Bild von vielen Politikern der Gegenwart. Zur tragischen Posse werden die sich wiederholenden Beateuerungen der Unschuld. Spätestens seit der Barschel-/Engholmaffäre ist es für viele vorbei mit der Glaubwürdigkeit. Die Union hat unter der Spendenaffäre gelitten. Sozialdemokraten flogen auf Staatskosten zu Privatterminen oder Liebesabenteuern und kämp-

fen vollmundig für den Sozialstaat. Das passt nicht zusammen. Um Beliebtheit wird gebuhlt mit Einlagen am Big-Brother-Container oder mit markigen Sprüchen gegen Israel, im nächsten Moment sieht man die gleichen Liberalen sich wieder geschneigelt in parteiinternen Personaldebatten profilieren. Die grünen Pazifisten von einst sind nun ganz von der Rolle. Und frühere SED-Funktionäre machen sich plötzlich zum Anwalt des Friedens und Wohlstands. Das ist absurd. Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Manches spricht dafür, die hohe Politik heute unter dem Stereotyp des egoistischen Opportunismus zu subsumieren. Darauf reagieren viele junge Leute mit einer erschreckenden Apathie gegenüber unserer Demokratie.

Wer kirchlich sozialisiert ist, das belegen die Umfragen, steht politischem Engagement positiver, jeder Form von Demagogie aber distanzierter gegenüber. Schließlich gründet der christliche Glaube auf dem Vorbild Jesus Christus, der die menschliche Wertschätzung zu einem Prinzip seines Wirkens gemacht hat. Ein christliches Bekenntnis glaubwürdiger Politik wird einen guten Nährboden finden. Was in Bayern möglich ist, sollte auch woanders gelingen.

1.4. 'Legitim' verdrängter Lebensschutz

Was vor kurzem noch als Tabu erschien, wird jetzt Wirklichkeit. Der römische Mediziner Severino Antinori hat die Existenz von mindestens drei geklonten Embryonen im Mutterleib bestätigt. Die Legalisierung der Eu-

thanasie in Belgien setzt die in den Niederlanden angestoßenen Dammbüche zu einem neuen Paradigma fort, hinter das es kein Zurück mehr gibt. Solche Entwicklungen werden sich auch bei uns Bahn brechen, nimmt man Julian Nida-Rümelin ernst, der in seinem vielbeachteten Artikel im Berliner Tagesspiegel vom 3.1.2001 nicht nur die Menschenwürde von der Vernunft abhängig machte, sondern darüber hinaus prophetisch die Zukunftsrichtung wies: „Auf die Möglichkeit des Klonens menschlicher Individuen, (...) sind die etablierten Normen und Werte jedoch nicht vorbereitet“. Hört man da ein bedauerndes „noch nicht“ zwischen den Zeilen? Offenbar hängt nach dieser Auffassung an dem jeweils aktuell mehrheitsfähigen 'Wert'-Konsens die Definition der Menschenwürde. Andere Länder sind uns da wohl schon 'voraus'. Art. 1 des Grundgesetzes spricht von „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“. Von dem damit verbundenen Inhalt unbedingter Humanität wie auch dem besonderen Familienschutz (Art. 6) scheint nicht mehr viel übrig bleiben zu können, wenn wir – wie es z. B. Gerhard Schröder fordert – den Anschluss nicht verlieren wollen. Doch wer bestimmt die Richtung? Und: Mithalten um welchen Preis? Das Fehlen von unumstößlichen Kriterien, wie sie die katholische Soziallehre oder die evangelische Sozialethik einfordern, schlägt hier offenbar durch.

Die menschlichen Grundwerte unserer Demokratie werden in die ethische Leere ökonomisch bestimmter Interessen gezogen. Bedauern hilft da wenig. Die Hybris vermeintlicher menschlicher Autonomie trat an die Stelle christlich-transzendenter Verankerungen von

Recht und Freiheit. Die von der so genannten Frankfurter Schule (Jürgen Habermas, Karl-Otto Apel) vorangebrachte „Diskursethik“ wollte die entstandene Legitimationslücke mit einem neuen Paradigma ethischer Begründung schließen. An Stelle einer Verankerung der Grundwerte im unveräußerlichen christlichen Menschenbild finden Werte nun ihre vermeintliche Legitimation in formal geregelten Meinungsbildungsprozessen, sprich im Diskurs. Als Maßstab für ethische Legitimität gilt eine interessenbestimmte Akzeptanzhörigkeit. Doch was ist, wenn das Interesse z. B. den nicht am Diskurs Beteiligten (Ungeborenen, geistig Behinderten) Würde oder Lebensrecht einschränkt bzw. abspricht? Was heute noch unverletzlich scheint, kann morgen schon auf Grund einer veränderten Definition des Menschseins in Frage gestellt sein. Die damit verbundenen Gefahren und die schon erkennbaren wie weiter abzusehenden Folgen so verstandener Legitimation liegen offen zu Tage. Sie führen zu einer vor Willkür und Missbrauch nicht hinreichend geschützten Definition der Menschlichkeit.

Die Diskursethik ist nicht in der Lage, die in unserer Verfassung garantierten Grundwerte zur Geltung zu bringen. Ein Blick auf die Kultur gegenwärtiger Meinungsbildung in einer bildgeprägten Gesellschaft unterstreicht, dass dies Paradigma zu einer Ideologie geworden ist. Jeder überzeugte Diskursethiker müsste beispielsweise bei der Meinungsbildung im Wahlkampf Inhalten den Vorzug vor Köpfen geben. Die Spaß- und Mediengesellschaft aber gibt eine andere Richtung vor (siehe 2. These). Auch gibt es offenbar solche, die statt eines Argumentierens ihr Recht

des Stärkeren mit Gewalt oder Demagogie im Diskurs durchzusetzen trachten. Wer tritt angesichts fehlender Wertorientierung bedingungslos für Humanität ein, wenn man dafür öffentliches Gelächter erwarten muss?

Selbst wenn Argumente in unserem Land noch den Ausschlag in der Meinungsbildung gäben, müsste man fragen: Wes Geistes Kind sind diese Argumente? Meist treffen in den Talkrunden nicht Sachargumente, sondern ganze Ideologiegerüste aufeinander. Solange die grundlegenden weltanschaulichen Positionen und Differenzen nicht offen gelegt werden, sind solche Diskussionen Scheingefechte. Es bleibt bei publikumswirksamen Luftargumenten, die das weltanschauliche Fundament mit seinem Menschenbild allzu oft vertuschen. Die Abwägung verschiedener Argumente kann nur dann zu gut begründeten Entscheidungen der Meinungsbildung führen, wenn offen gelegt ist, welche Zielrichtung hinter dieser und jener Position steht. So kommt es z. B. bei der Erörterung der Familienförderung nicht nur auf das Ergebnis der einen oder anderen Entlastung an. Viel wichtiger ist die Begründung. Denn ob ein materialistisch-marxistisches, ein autonom-liberalistisches oder ein christliches Menschenbild unterstellt sind, bestimmt die den tagespolitischen Meinungen zu Grunde liegenden Ziele. Diese aber bleiben in schnellleibigen Diskursen unserer Gesellschaft unterbelichtet.

Selbst wenn es wirklich gut begründete Argumente wären, die die Wertentwicklung in unserer Gesellschaft bestimmten, fehlt diesem Diskurs seine Legitimationskraft. Ausgeschlossen sind

diejenigen, die keine ausreichende Diskurs-Vernunft mitbringen (z. B. Ungeborene, geistig Behinderte). Der sonst der Diskursethik nicht abgeneigte Sozialethiker Hans-Joachim Höhn bringt diese Inhumanität kritisch auf den Punkt, wenn er aus der Diskursethik den Imperativ herausliest: „Mit Unvernünftigen und Vernunftlosen diskutiert man nicht“⁶. Julian Nida-Rümelin ist ein strammer Gefolgsmann dieser Ausgrenzungslogik. Inzwischen hat aber selbst Jürgen Habermas in seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises eingesehen, dass der Diskurs nicht sich selbst überlassen sein darf. Im Hinblick auf die Ereignisse des 11. September fordert er eine gemeinsame Sprache „jenseits der stummen Gewalt der Terroristen wie der Raketen“. Dieses 'Jenseits' wiederum ist nur außerhalb des Diskurses zu begründen, und kann – wie es Habermas nennt – durch die „List der Vernunft“ erschlossen werden. Es handelt sich dabei um das Humanum, das uns als Menschen von Natur aus zugänglich ist. Das christliche Menschenbild, das in seinen wesentlichen Zügen auch dem säkularen Humanisten einleuchten kann, garantiert diese Legitimität. Es erhebt deshalb vor dem Grundgesetz und vor der unbedingten Würde des Menschen den legitimen Anspruch, ausnahmslos alle Entscheidungen (auch die des Ethikrates) zu hinterfragen.

Die in das säkulare Wertvakuum hineinstoßenden Ideologien wurden bislang keineswegs als Gefährdungen unserer Demokratie oder der Menschlichkeit empfunden, obwohl Art. 1 des Grundgesetzes uns doch eine andere Botschaft mitgibt. Legitimation folgt nicht eo ipso dem Konsens des Diskurses, denn offenbar fehlt die Absiche-

rung gegen die Gefahren inhumaner Willkür. Die von den Begründern des diskursethisch konzipierten Legitimationsversuches so sicher nicht intendierten Folgen des Missbrauchs sind unverkennbar: Abtreibungen, menschliches Klonen, Euthanasie sind bzw. werden zunehmend hoffähig gemacht. Angesichts dieser zunehmenden Aufgabe des unbedingten Lebensschutzes wundert es nicht, wenn die Hemmschwellen der Lebensverachtung (Erfurt) weiter sinken. Diesen langfristig meinungsbildenden Zusammenhang sollte man nicht unterschätzen. Er ist begründet in der um sich greifenden Versuchung des Menschen, Gott zu spielen.

2. Durch Glaubwürdigkeit zu neuer Relevanz

Was tun? Die nachlassende Relevanz des christlichen Glaubens für die Wertdiskussion lässt zunehmend mehr Menschen in die Fallen verlockender Autonomie, sozialistischer Träumerei oder willküranfälliger Ersatzkonstrukte tapen. Wer einen Bewusstseinswandel hin zu humaner Wertorientierung befürwortet, findet Antworten im christlichen Menschenbild. Als Gottes Ebenbild und durch Christus besonders gewürdigt ist der Mensch zur begründeten humanen Gestaltung unserer Gesellschaft befähigt und beauftragt. Das fordert eine aktive Einmischung in Fragen der Politik und Ethik. Diese vollzieht sich auf zwei Stufen: der inhaltlichen Überzeugungskraft und der praktischen Vermittlung. Ohne Inhalt regiert der privatisierte Willkürglaube. Ohne praktische Vermittlung bleiben auch die überzeugendsten Argumente irrelevant.

2.1 Inhaltliche Überzeugungskraft

Einen wesentlichen Beitrag zu der notwendigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung leisten gezielt christlich ausgerichtete Tagungen wie das Deutsch-Amerikanische Kolloquium, das vom 11. – 16.7.2002 in Wildbad-Kreuth zum Thema: „Die Bedeutung der Religion in unserer Gesellschaft“ stattfand. Prof. Dr. Anton Rauscher (Leiter der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach) und Prof. Dr. Jude Dougherty (The Catholic University of America, Washington D.C.) brachten in Kooperation mit der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung Theologen und Sozialwissenschaftler aus Deutschland und den USA zusammen.

Die Herausforderungen durch eine zunehmende Säkularisierung – so der Grundtenor in den Beiträgen – seien nur über eine Besinnung auf die unaufgebbaren Inhalte christlicher Kultur erfolgreich zu meistern. Das bedeute – so Rauscher – die Abkehr von der Vorstellung eines kulturübergreifenden Weltethos.

Eine zweistufige Wertbegründung stellte Weihbischof Anton Losinger in den Mittelpunkt seines Beitrages über die Diskussion um die Menschenrechte. Danach ist dem Menschen von seiner (gottgegebenen) Natur aus über seine Vernunft die Einsicht in die Unverletzlichkeit der Menschenwürde möglich. Die Frage nach der Letztbegründung aber kommt nicht ohne den Bezug zur Transzendenz aus. Hierauf bietet der christliche Glaube eine überzeugende Antwort. Diese Sichtweise führte Prof. Dr. Lothar Roos (Universität Bonn) fort,

indem er die sicherste Verankerung der humanen Gesellschaft in dieser Transzendenz festmachte. Eine säkulare Weltzivilisation ohne Religion kann es danach also nicht geben, weil die Fragen nach der letzten Legitimation der Menschlichkeit so nicht zu lösen sind. Unter den US-amerikanischen Wissenschaftlern bestehe ein Defizit bei der Auseinandersetzung mit diesen wichtigen Begründungsfragen, so Prof. William Frank (University of Dallas). Das Kolloquium war deshalb ein wichtiger Anstoß für die amerikanischen Teilnehmer, gerade nach den kirchlichen Skandalen in ihrem Land im öffentlichen Gespräch den Blick wieder auf die argumentative Stärke christlich begründeter Humanität zu lenken. Den deutschen Teilnehmern wurde die notwendige Verbindung zwischen theoretischer Reflexion und praktischer Umsetzung in Erinnerung gerufen. Der frühere US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Dr. Alberto Piedra, forderte z. B. für die konkrete Auseinandersetzung mit dem Islam die Stärkung christlicher Identität überall dort, wo Christen zusammen leben. Gemeint war damit auch die Bildung von Kerngemeinden, die mit ihrer glaubwürdigen Ausstrahlung gestalterisch auf die Gesellschaft einwirken.

Ist einmal erkannt, dass die christlichen Werte gesellschaftlichen Desorientierungen eine legitimierte Humanität entgegenzusetzen haben, dann wird die Notwendigkeit eines solchen wissenschaftlichen Gedankenaustauschs unmittelbar einleuchten. Er liefert neue Blickwinkel und Argumente für die intellektuelle Auseinandersetzung mit den säkularen Ideologen, denen unsere Gesellschaft den zunehmenden Verlust des christlichen Wertefundamen-

tes mit allen Konsequenzen (Thesen 1 – 4) zu 'verdanken' hat.

2.2 Praktische Vermittlung

Die wiederzugewinnende Relevanz christlicher Wertorientierung hängt darüber hinaus von einem überzeugend vermittelten Angebot des Glaubens in unserer pluralen Gesellschaft⁷ ab. Dazu braucht es positive Vor- und Leitbilder, politische Rahmenbedingungen, kirchliches und persönlich-christliches Engagement.

- Vorbilder: Man sollte das Gespür für die Widersprüchlichkeiten von schönen Konzepten und vorgelebtem Beispiel nicht unterschätzen.⁸ Schon der Prophet Kohelet hatte es erkannt: alles hat seine Zeit. Neben „Party-Alarm“ wünschen sich viele (auch junge Leute) im Inneren doch eine glaubwürdige Orientierung. Die Feindbilder des Bösen reichen nicht aus. Viele Menschen suchen nach einem Bild des Guten, das sie in der Politik nur schwerlich ausmachen können. Charismatische Politiker wie Franz-Josef Strauß haben auch Jugendliche fasziniert. Kaschierte Machterhaltungsstrategien wirken auf die Dauer unglaubwürdig, denn sie vertreten keine klaren inhaltlichen Positionen, an denen man sich reiben könnte. Diese Konfrontation würde einen politischen Diskurs all derer herausfordern, die auf Grund ihrer inneren Sehnsüchte selbst auf der Suche nach einer eigenen Position sind. Ich wünschte mir vor allem für unsere Jugend christlich bekennende Persönlichkeiten, die das verkörpern, was sie sagen. Und hier sind

Politiker, Pädagogen, Eltern und pastoral Tätige gefragt.

- Bildungspolitischer Rahmen: An die Stelle von antiautoritärem Chaos muss den Pädagogen gesetzlich eine gestärkte Erziehungskompetenz an die Hand gegeben werden. Das erfordert auch flankierende Schulungen. Im bayerischen Lehrerverband wird derzeit diskutiert, nicht in der Sozialarbeit an Schulen das Allheilmittel zu suchen, sondern stattdessen auf eine Integration der Schulen in das kulturelle Umfeld zu setzen. Hier sind Vereine, Kirchen und Familien gefragt: ein Weg, der nach der Beheimatung junger Menschen fragt und somit das Wertefundament statt Symptombekämpfung in den Mittelpunkt stellt.
- Kirchliche Pastoral: Die Kirchen können einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie neben ihren sozialen Aufgaben dem inhaltlichen Bekenntnis in der pfarrlichen oder verbandlichen Arbeit neues Gewicht verleihen. Kerngruppen, die ausstrahlen, können auch unter Jugendlichen das oft kirchenskeptische Klima umkehren in Interesse oder sogar aktives Mittun. Die inhaltliche und erlebte Begegnung mit dem christlichen Menschenbild ist die Grundlage für diese Auseinandersetzung. So kann sich eine zusammengewachsene Kerngruppe mit Hilfe der zunehmend erschlossenen Wertorientierung intensiv mit gesellschaftlichen Fragen (Gewalt, Krieg, Gerechtigkeit, Sinn u. a.) auseinander setzen. Bei entsprechender Bekanntmachung wirkt dies einladend auf viele Desorientierte im Umfeld.⁹

- Persönliches Engagement: Jeder trägt mit Verantwortung dafür, (jungen) Menschen Räume der Beheimatung zu schaffen, die Vertrauen und Geborgenheit vermitteln. Dazu gehört die Bereitschaft zum Gespräch, zu geschenkter Zeit sowie das ehrliche Interesse am anderen. Im gesellschaftlichen Diskurs schließlich sind wir darüber hinaus aufgerufen, den unbedingten Lebensschutz gegen alle schöneredeten Aufweichungen zu vertreten. Die Legitimationsinstanz des Diskurses ist gescheitert, 'solange sie nicht an das inhaltlich festgeschriebene Grundgesetz unbe-

dingter Humanität gebunden wird, das auf evangelischer Seite beispielsweise von Arthur Rich und auf katholischer Seite von Karl Lehmann nachhaltig begründet wird.¹⁰ Es ist höchste Zeit, durch Rahmensezung und persönlichen Einsatz der Preisgabe dieses ökumenisch verbindenden Wertfundamentes entgegenzuwirken: auch um der Demokratie und der Menschlichkeit willen. Darin liegt eine wesentliche Gestaltungskraft des christlichen Glaubens und eine gesellschaftliche Meinungsbildungskompetenz, die jeden herausfordert.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Stein, Gerd: Mündigkeit und Emanzipation in demokratischen Systemen, in: Wolfgang Mickel (Hrsg.), Handbuch zur politischen Bildung, Bonn 1999, S.43–47; Weiler, Hagen: Verfassungsrechtliche Legitimationsprobleme, in: Wolfgang Mickel (Hrsg.), S. 48–51; Giesecke, Hermann: Das Ende der Erziehung. Neue Chancen für Familie und Schule, Stuttgart 1985.
- ² Vgl. Achterfeldt, Katrin: Fantasie zur Erinnerungsbewältigung. Peter Maser zu Gast bei Jugendlichen, in: Soziale Ordnung 1/2001, S.23; Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2000.
- ³ Sprenger, Reinhard: Die Entscheidung liegt bei dir. Wege aus der alltäglichen Unzufriedenheit, Frankfurt a.M./New York 1998, S.16.
- ⁴ Verraten-Gekreuzigt-Befreit. Kreuzweg zur Einheit. Mit Stimmen aus Kirche und Politik, Viersen 2000.
- ⁵ Vgl. Nass, Elmar: Christliche Entscheidungskultur erleben und erlernen. Ein wertbewusster Ansatz religiös-politischer Jugendbildung in Theorie und Praxis, in: Katholische Bildung 4/2002 (S. 157–166),

S. 164f.

- ⁶ Höhn, Hans-Joachim: Sozialethik im Diskurs, in: Edmund Arens (Hrsg.), Habermas und die Theologie, Düsseldorf 1989 (S.179–198), S.186.
- ⁷ Dieses Anliegen formulieren die französischen Bischöfe in ihrem Schreiben: Den Glauben anbieten in der heutigen Gesellschaft. Brief an die Katholiken Frankreichs. Stimmen der Weltkirche 37, Bonn 2000.
- ⁸ Vgl. Krees, Simone: Warum ich mitmache, in: Lebendige Seelsorge 4/2000, S.113–114.
- ⁹ Vgl. Nass, Elmar: Lebendige Tradition – neue Wege in der Jugendpastoral, in: Thomas Röhr, Unternehmen Kirche, Augsburg 1999/5, 6–3.2, S.33–56.
- ¹⁰ Vgl. Lehmann, Karl: Das christliche Menschenbild in Gesellschaft und Kirche, in: Reinhold Biskup/Rudolf Hasse (Hrsg.), Das Menschenbild in Wirtschaft und Gesellschaft, Bern 2000, S. 51–58 sowie Rich, Arthur: Das Humanum als Leitbegriff künftiger ökumenischer Sozialethik, in: Anton Rauscher (Hrsg.), Das Humanum und die christliche Sozialethik, Köln 1970, S. 11–29.

SPD – Wettbewerbsvorsprung im Privatrado

Andreas Feser

1. Einführung

Privater Rundfunk wurde in Deutschland erst nach heftigem Streit und relativ spät zugelassen. Die SPD hat das Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten lange hinhaltend verteidigt. Das Risiko dieser Strategie lag für die SPD in der Konfrontation mit den Verlegern und dem Konflikt mit ihrem Eigeninteresse als Gesellschafterin regionaler Tageszeitungen. Nach dem Verlust der Regierungsmacht 1982 erklärte sich die SPD daher zögernd bereit, „private Programmveranstalter unter bestimmten Bedingungen zu akzeptieren“. Die Führungsrolle des Landes Rheinland-Pfalz auf dem Weg zum privaten Rundfunk ließ den Landesverband zum Vorreiter des Kurswechsels werden.

Ein kleiner Kreis engagierter Jungsozialisten und pfälzischer Sozialdemokraten startete im April 1985 die „LR Hörfunk Beteiligungsgesellschaft“¹. Unterstützt von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz wurden wichtige Verbände aus der Umweltbewegung und dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spektrum für die Idee einer Veranstaltergemeinschaft gewonnen. Bei der Lizenzvergabe für den privaten Hör-

funk durch die „Anstalt für Kabelkommunikation“ wurden der Veranstaltergemeinschaft „Linksrheinischer Rundfunk“ tägliche Sendezeiten nachmittags zwischen 16.00 Uhr und 17.15 Uhr zugewiesen.² Da das junge Unternehmen seine wirtschaftlichen Probleme nicht in den Griff bekam, bemühte sich der SPD-Unternehmensbereich, möglichst rasch die wirtschaftliche Führung zu übernehmen. Das gelang: Binnen zwei Jahren konnte die Strategie der Minderheitenbeteiligungen umgesetzt und die Integration des „Linksrheinischen Rundfunks“ in die größere und wirtschaftlich erfolgreiche Veranstaltergemeinschaft „Radio RPR“ erreicht werden.³ 1999 wurde die „LR Hörfunk Beteiligungsgesellschaft“ auf die „DDVG“⁴ verschmolzen – bei „Radio RPR“ ein Wechsel in der Kommanditistenstellung, der merkwürdigerweise noch Jahre später nicht eingetragen war.⁵ Die Verschmelzungsbilanz der „LR Hörfunk-Beteiligungsgesellschaft“ zum Jahresende 1998 weist Gesamtverbindlichkeiten von 5,1 Millionen DM und einen durch Eigenkapital nicht gedeckten Fehlbetrag von 2,2 Millionen DM aus. Für das Experiment „Linksrheinischer Rundfunk“ musste der SPD-Unternehmensbereich viel Lehrgeld zahlen.

Es sollte nicht das einzige bleiben. Als Dachgesellschaft für bundesweite Aktivitäten der SPD im privaten Hörfunk wurde in Wiesbaden am 12.11.1986 die „Radio 2000 Lokal- Regionalfunk Geschäftsführungsgesellschaft mbH“⁶ gegründet. Doch das angestrebte bundesweite Engagement der „Lokal Regionalfunk“ war nicht zu realisieren. Außer einer bereits Ende 1987 wieder aufgegebenen Beteiligung an dem Berliner Sender „Radio 100“⁷ engagierte sich die Gesellschaft lediglich in Baden-Württemberg. Im Dezember 1987 ging „Radio Neufunkland“ in Reutlingen auf Sendung, die „Radio Neufunkland GmbH“⁸ stand im Alleineigentum der „Lokal Regionalfunk“. Bei zwei etwa zeitgleich gestarteten Sendern konnten nur Minderheitsanteile erworben werden, an der „Radio Regenbogen“ in Heidelberg 8,4 % und am Regionalsender Ulm 17%.⁹ Der SPD-Unternehmensbereich stellte der „LR Lokal Regionalfunk GmbH & Co KG“ für das Engagement im lokalen Hörfunk erhebliche Mittel zur Verfügung. Insgesamt sollen die Privatfunkbeteiligungen der SPD 30 Millionen DM Verluste eingebracht haben.¹⁰ Die SPD habe deshalb die „unprofitablen Beteiligungen verkauft und sich von den verantwortlichen Geschäftsführern getrennt“¹¹.

Binnen eines halben Jahrzehnts ist der SPD-Unternehmensbereich im privaten Hörfunk den ganzen Weg eines Jahrhunderts Parteipresse nochmals gegangen: Alternative unternehmerische Bemühungen als Gegengewicht gegen eine so empfundene „konservative Übermacht“, wirtschaftliche Schwierigkeiten, Schließungen und Veräußerungen, Überführung eines Teils der Engagements in ertragreiche Minderheitenbeteiligungen an der erfolgrei-

chen Konkurrenz. Mit den im Juni 1990 verabschiedeten „Leitlinien zur Medienentwicklung im vereinten Deutschland“ gab die SPD dem praktisch vollzogenen Kurswechsel den offiziellen Segen. Nun hält sie die duale Rundfunkordnung bei aller Verbesserungsfähigkeit im Grundsatz für bewährt. Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier hat das Engagement der SPD im privaten Rundfunk im Frühjahr 2000 mit den Worten knapp zusammengefasst, die SPD habe die in der Zeit des früheren SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz erworbenen Radio-beteiligungen bis auf „Rheinland-Pfälzischer Rundfunk“, „Antenne Niedersachsen“ und „Radio FFH“ wieder abgestoßen.¹² Damit allerdings hat sie die Einflussposition der SPD im privaten Rundfunk deutlich untertrieben.

2. SPD-Anteile im privaten Hörfunk: Rechtslage und Marktstellung in den Ländern

Parteien sind als Veranstalter von privatem Rundfunk in allen Landesmediengesetzen eigentlich eindeutig ausgeschlossen.¹³ Das Bundesverfassungsgericht hat den Ausschluss der Parteien von der Anbieterstellung im privaten Rundfunk ausdrücklich bestätigt, um den Grundsätzen der Staatsferne und der Überparteilichkeit des Rundfunks Geltung zu verschaffen.¹⁴ Politische Parteien von der Veranstaltung von Rundfunk auszuschließen, „ist geradezu geboten, da der Einfluss der Parteien dem des Staats gleichzuordnen ist und Staatsfreiheit auch Parteienfreiheit bedeuten muss“¹⁵. Politische Parteien sind „daher im privaten Rundfunk auf die Ausstrahlung von Wahlwerbung beschränkt“¹⁶. Trotz die-

ser eindeutigen Rechtslage hält die SPD-Presseholding „DDVG“ indirekte Anteile an Privatrundfunk-Anbietern in acht Bundesländern.

In Schleswig-Holstein und Hessen sind auch indirekte Anteile einer Partei an privaten Rundfunk-Anbietern ausdrücklich untersagt. In Schleswig-Holstein gilt dies schon länger, in Hessen wurde die entsprechende Bestimmung im Dezember 2000 neu gefasst. Die neue Rechtslage führte zum Ausscheiden des Rockmusikers und Verlegers Klaus Lage als Kommanditist der „Radio Tele FFH GmbH & Co Betriebs-KG“¹⁷, der seine Einlage treuhändlerisch für die SPD¹⁸ gehalten hatte.

Eine Sonderstellung nimmt der lokale Rundfunk in Nordrhein-Westfalen ein. Zwar schließt auch das Rundfunkgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen „politische Parteien und Wählergruppen“ sowie „Unternehmen und Vereinigungen, die von politischen Parteien oder Wählergruppen abhängig (§17 AktG) sind“ grundsätzlich von einer Zulassung aus.¹⁹ Doch die speziellen Regelungen für das „Zwei-Säulen-Modell“, das zwischen Programmverantwortung und Gewinnerzielung eine klare Grenze ziehen soll²⁰, haben Vorrang. Dem nicht kommerziell ausgerichteten eingetragenen Verein „Veranstaltergemeinschaft“ steht nach dem „Zwei-Säulen-Modell“ in Nordrhein-Westfalen die profitorientierte „Betriebsgesellschaft“ gegenüber. Die „Veranstaltergemeinschaft“ wird als Hörfunk-Anbieterin zugelassen, ist verantwortlich für das Programm und Arbeitgeber der Redakteure. Sie muss mit der „Betriebsgesellschaft“ Wirtschaftsplan, Personalstellen und Werbezeiten jährlich vereinbaren. Die „Betriebsgesellschaft“ ist

privatwirtschaftlich organisiert. Das Gesetz begrenzt eine Beteiligung der örtlichen Presseverlage auf höchstens 75% und der Kommunen auf höchstens 25% der Anteile an der „Betriebsgesellschaft“.

In Nordrhein-Westfalen hält die SPD-Presseholding „DDVG“ indirekt über ihre Anteile an zwei Tageszeitungen sowohl am landesweiten Hörfunksender „Radio NRW“ wie auch an 11 Betriebsgesellschaften der 46 Lokalradios Anteile. An der Verlagsgesellschaft der „Neuen Westfälischen“ aus Bielefeld hält die ihrerseits mehrheitlich im Eigentum der SPD-Presseholding „DDVG“ stehende „Pressedruck GmbH“²¹ eine Beteiligung von 57,5%. Die „Neue Westfälische“ ist bei sechs Lokalradio-Betriebsgesellschaften engagiert, von denen bis auf „Radio Lippe“ alle ihren Sitz in Bielefeld haben: an „Radio Bielefeld“²² mit 71,25%, an „Radio Herford“²³ mit 75%, an „Radio Westfalica“²⁴ im Kreis Minden-Lübbecke mit 48%, an „Radio Lippe“²⁵ mit 4,8%, an „Radio Hochstift“²⁶ in Paderborn mit 75% und an „Radio Gütersloh“²⁷ mit 23,63%. Am Kommanditkapital der „Pressefunk Nordrhein-Westfalen“²⁸, der mit 59% größten Anteilseignerin bei „Radio NRW“²⁹, hält die Verlagsgesellschaft der „Neuen Westfälischen“ einen Anteil von 3,8%. An der Verlagsgesellschaft der „Westfälischen Rundschau“ aus Dortmund hält die ihrerseits im Alleineigentum der SPD-Presseholding „DDVG“ stehende „Westfälische Verlagsgesellschaft“³⁰ einen Anteil von 13,1%. Die „Westfälische Rundschau“ ist bei fünf Lokalradio-Betriebsgesellschaften engagiert: bei „Radio 91.2“³¹ in Dortmund mit 35,4%, bei „Radio Emscher-Lippe“³² in Gelsenkirchen, Gladbeck und Bottrop“

indirekt mit 65%, bei „Radio EN“³³ im Ennepe-Ruhr-Kreis indirekt mit 69%, beim „Lokalradio Herne 90acht“³⁴ mit 75% und bei „Antenne Unna“³⁵ mit 19,4%.

In den Mediengesetzen der anderen Länder werden zwar ebenfalls die Parteien als Privatrundfunk-Anbieter ausgeschlossen, doch fehlen eindeutige Vorgaben für die Beurteilung indirekter Anteile: Nach dem rheinland-pfälzischen Landesrundfunkgesetz bestünde ein Anlass zum Einschreiten erst, wenn eine Partei oder ein ihr gehörendes Unternehmen eine Beteiligung von über 50% an einem privaten Rundfunk-Anbieter hielte. Die Rechtslage in Niedersachsen führt immerhin schon dann zur Unzulässigkeit von Anteilen einer Partei, wenn einer der Gesellschafter eines privaten Rundfunk-Anbieters – unabhängig von der Höhe seines Anteils an der Anbietergemeinschaft – zu mehr als 50% im Eigentum einer Partei oder ihrer Unternehmen steht. Auf der Grundlage der anderen Landesmediengesetze werden die bestehenden indirekten Anteile der SPD-Pressesholding „DDVG“ mit der Argumentation gerechtfertigt, es handle sich um Minderheitsanteile von untergeordneter Bedeutung. Die unterschiedliche Beurteilung der Zulässigkeit indirekter Anteile einer Partei an privaten Rundfunkanbietern führt zu Rechtsunsicherheit. Die Zahl der zwischengeschalteten Beteiligungsstufen als Kriterium der Zulässigkeit von indirekten Parteianteilen erweckt zudem den Eindruck, solche Anteile seien umso erlaubter, je schwerer sie für den Nutzer erkennbar sind. Das aber liefe dem Sinn der Vorschriften, die Parteien als Rundfunkveranstalter ausschließen, gerade zuwider.

Bayern hat die in der Bayerischen Verfassung verankerte Verpflichtung auf eine „öffentlich-rechtliche Trägerschaft“ des Rundfunks durch eine möglichst große Vielfalt privater Hörfunkanbieter unter dem Dach der „Bayerischen Landeszentrale für neue Medien“ umgesetzt. In den lokalen Hörfunksendern des Freistaats haben die örtlichen Tageszeitungen eine starke Position.³⁶ Mit den Beteiligungen der SPD an den oberfränkischen Presseverlagen ist auch eine beachtliche Einflussposition im regionalen Fernsehen und im lokalen Hörfunk verbunden:

- Bei „Radio EINS“³⁷, der Hörfunkstation für Coburg und Umgebung ist die „NF Medien-Anbietergemeinschaft“ mit 25% beteiligt, die im Alleineigentum³⁸ der „Druck- und Verlagsanstalt Neue Presse GmbH“ steht. An der „Neuen Presse“ ist die SPD-Pressesholding „DDVG“ zu 30% beteiligt.
- Gesellschafter bei der „Funkhaus Hof GmbH Radio Euroherz“ ist mit einem Anteil von 66% die „Grenzlandwelle“³⁹, an der die „Frankenpost Verlag GmbH“ gemeinsam mit verbundenen Verlagshäusern zu einem Drittel beteiligt ist. Auch an der „Frankenpost“ ist die SPD indirekt zu 30% beteiligt.
- An „Radio Mainwelle“⁴⁰, der Hörfunkstation für Bayreuth und Umgebung, ist die „Aktuelle Welle“ mit einem Anteil von einem Drittel an Kapital und Sendezeit beteiligt. Die „Aktuelle Welle Programm- und Werbegesellschaft Bayreuth mbH“⁴¹ steht im Alleineigentum des „Nordbayerischen Kurier“⁴², an dem die SPD-Pressesholding indirekt zu 31,5% beteiligt ist.
- Am regionalen Fernsehen „Ober-

franken TV“⁴³ halten über Tochterfirmen die Verlagsgesellschaften der „Frankenpost“ (5,6%), des „Nordbayerischen Kurier“ (5,3%) und der „Neuen Presse“ (5,5%) Anteile.

- Die Verlagsgesellschaften der „Frankenpost“ (1,9%), des „Nordbayerischen Kurier“ (1,7%) und der „Neuen Presse“ (1,1%) sind auch Gesellschafter der „Mediengesellschaft der Bayerischen Tageszeitungen“⁴⁴, die mit knapp einem Viertel der Anteile an „Antenne Bayern“ und am „Privatfernsehen in Bayern“ beteiligt ist.

Die SPD hält damit in Bayern an fünf von 71 privaten Hörfunkanbietern und an zwei von 42 privaten Fernsehangebietern jeweils indirekt Anteile.

Der private Hörfunk in Rheinland-Pfalz wird von dem landesweiten Sender „Radio RPR“ mit den Programmen „Hit-Radio RPR Eins“ und „RPR Zwei“ dominiert. An der „Rheinland-Pfälzischen Rundfunk KG“⁴⁵ ist seit 1989 die „LR Hörfunk“ mit einem Anteil von 1,38 Millionen € beteiligt – dem viertgrößten Anteil nach den Beteiligungen von drei großen Zeitungen des Landes. Durch Firmenverschmelzungen ist der Anteil der „LR Hörfunk GmbH & Co KG“ auf die SPD-Pressesholding „DDVG“ übergegangen.⁴⁶ Über ihre Beteiligung an der „Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co KG“⁴⁷ hält die SPD-Pressesholding „DDVG“ zudem indirekt Anteile an zwei weiteren Kommanditisten von „Radio RPR“: Zu den zehn größten Kommanditisten beim „Rheinland-Pfälzischen Rundfunk“ gehört seit 1989 der „Verlag Blitz Tipp“, bei dem die „Verlagsgesellschaft Madsack“ zu einem Drittel Anteilseigner ist.⁴⁸ Sogar zu den fünf größten Kom-

manditisten beim „Rheinland-Pfälzischen Rundfunk“ gehört seit 1996 die „Teleconsult“⁴⁹, die im Alleineigentum der „Verlagsgesellschaft Madsack“ steht. Die „Verlagsgesellschaft Madsack“, bei der die SPD-Pressesholding „DDVG“ mit 20,38% größter Kommanditist ist, gibt ihre Anteile beim „Rheinland-Pfälzischen Rundfunk“ selbst mit 9,7% an.

In Nordwestdeutschland hält die SPD-Pressesholding „DDVG“ indirekt mehrfach Anteile an den beiden großen landesweiten Hörfunksendern aus Niedersachsen: „Hit Radio Antenne“ und „radio ffn“. Zum Gesellschafterkreis von „Antenne Niedersachsen“⁵⁰ zählen unter anderem die „Beteiligungsgesellschaft Neue Zeitung“, die „RB Rundfunk-Beteiligungs-Gesellschaft“ und die „Mediengesellschaft Mittelstand Niedersachsen“. Die „Beteiligungsgesellschaft Neue Zeitung mbH“⁵¹, steht im Alleineigentum der „Verlagsgesellschaft Madsack“. Von der „RB Rundfunk-Beteiligungs-GmbH“⁵² gehören 51,64% der „Teleconsult“ und damit der „Verlagsgesellschaft Madsack“. Zu den Gesellschaftern der „Mediengesellschaft Mittelstand Niedersachsen GmbH“⁵³ gehört die Firma „Johann Heinrich Meyer, Druckerei und Verlag“⁵⁴, ein altes Unternehmen der sozialdemokratischen Unternehmensgruppe „Konzentration“⁵⁵, das heute der SPD-Pressesholding „DDVG“ zugeordnet wird⁵⁶. Die „Verlagsgesellschaft Madsack“ selbst gibt ihre direkten und indirekten Anteile an „Antenne Niedersachsen“ mit 21,6% an. Kommanditisten bei „Funk & Fernsehen Nordwestdeutschland“⁵⁷ sind unter anderen die „Cuxhavener Nachrichten“⁵⁸, an denen die SPD-Pressesholding „DDVG“ indirekt zu 50% be-

teiltig ist, das „Göttinger Tageblatt“⁵⁹, das zu 99 % der „Verlagsgesellschaft Madsack“ gehört, und die „Verlagsgesellschaft Madsack“⁶⁰ selbst. Nach eigenen Angaben summieren sich die Anteile der „Verlagsgesellschaft Madsack“ an „ffn“ auf 13,7 %.

Außerhalb des Großraums Berlin und Sachsen sind in den neuen Bundesländern nur landesweite Hörfunkanbieter lizenziert worden. Die SPD-Preseholding „DDVG“ hat sich dabei indirekte Anteile an jeweils mindestens einem der Anbieter gesichert – in mehreren Fällen vermittelt über die „Verlagsgesellschaft Madsack“. In Mecklenburg-Vorpommern hält die „Spandolf & Partner Kulturradio GmbH“⁶¹ aus Schwerin, die ihrerseits im Alleineigentum der „Madsack“-Tochter „Teleconsult“ steht, einen Anteil von 2,7 % an „Antenne Mecklenburg-Vorpommern“⁶². In Sachsen-Anhalt hält die „Verlagsgesellschaft Madsack“ mehrfach indirekt Anteile an „Antenne Sachsen-Anhalt“⁶³: über die „HMB Hörfunk- und Medien-Beteiligungs-GmbH in Sachsen-Anhalt“⁶⁴, die im Alleineigentum der „Verlagsgesellschaft Madsack“ steht, und über die „Freundeskreis Radio Brocken Beteiligungs-GmbH“⁶⁵, die zu 65 % der Madsack-Tochter „Teleconsult“ gehört. Nach eigenen Angaben der „Verlagsgesellschaft Madsack“ summieren sich ihre indirekten Anteile an der Betriebsgesellschaft von „Antenne Sachsen-Anhalt“ auf 18,9 %. In Thüringen hält die „DDVG“ mehrfach indirekt Anteile an „Antenne Thüringen“⁶⁶. Eine der beiden größten Kommanditeinlagen von je 16,6 % hat die „Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co KG“ eingebracht, zu deren Anteilseignern die „DDVG“ mit 30 % gehört⁶⁷. Mit 5,5 % ebenfalls zu den größeren Komman-

ditanteilen zählt die Einlage der Madsack-Tochter „Teleconsult“.

In Sachsen sind 12 private Hörfunkstationen zugelassen. Landesweit sendet „Hit-Radio Antenne Sachsen“⁶⁸ mit seinen Studios in Dresden und Leipzig, bei dem die „Verlagsgesellschaft Madsack“ mehrfach indirekt engagiert ist: Vom Stammkapital von rund 1,125 Millionen € hält einen Anteil von 6,5 % die „Spandolf & Partner Kulturradio GmbH“⁶⁹, die ihrerseits der „Madsack“-Tochter „Teleconsult“ gehört. Einen Anteil von 4,5 % hält die „MPD Medien-Produktions- und Distributions-Gesellschaft mbH & Co KG“⁷⁰, deren alleinige Kommanditistin die Betriebsgesellschaft von „Antenne Sachsen-Anhalt“ ist, an der ebenfalls indirekte Beteiligungen der „Verlagsgesellschaft Madsack“ bestehen.

Die großen deutschen Medienunternehmen haben sich im privaten Hörfunk über viele Länder hinweg teilweise fast bundesweit Anteile gesichert:⁷¹

- Der Springer-Konzern hält in 14 Bundesländern unter anderem bei den folgenden Sendern Anteile: „Hit Radio Antenne 1“ (Baden-Württemberg, lokal in Stuttgart), „Antenne Bayern“, „Radio wir von hier“ (Bremen), „Radio Hamburg“, „Hit-Radio FFH“ (Hessen), „Radio 21“, „radio ffn“ (Niedersachsen), „radio NRW (Mantelprogramm)“, „Radio RSH“, „delta-Radio“ und „Radio NORA“ (Schleswig-Holstein) – „Radio RSH“ seinerseits hält Anteile⁷² an „94.3 r.s.2“ (Berlin/Brandenburg), „Fun Fun Radio 95.0“ (Hamburg), „Antenne MV“ (Mecklenburg-Vorpommern), „Rockland Radio“ (Rheinland-Pfalz), „Radio

- PSR“ (Sachsen) und „Radio SAW“ (Sachsen-Anhalt).
- Zu den in der „AVE Gesellschaft für Hörfunkbeteiligungen mbH“ zusammengefassten Anteilen des Holzbrinck-Konzerns in zehn Bundesländern gehören: mehrere Lokalsender in Baden-Württemberg, „Radio Gong 96,3“ (Bayern, lokal in München), „BB Radio“ (Berlin/Brandenburg), „Antenne MV“ (Mecklenburg-Vorpommern), „RPR Eins“, „RPR Zwei“ (beide Rheinland-Pfalz), „Hit-Radio Antenne Niedersachsen“, „Radio 21“ (Niedersachsen), „Hit Radio Antenne Sachsen“, „Hit-Radio Brocken“ (Sachsen-Anhalt) und „Antenne Thüringen“.
 - Der Burda-Konzern ist in neun Bundesländern unter anderem bei folgenden Sendern engagiert: mehrere bayerische Lokalsender und „Antenne Bayern“, „big FM“ (Baden-Württemberg, lokal in Mannheim), „BB Radio“ (Berlin/Brandenburg), „Klassik-Radio“ (Hamburg), „Hit-Radio FFH“ (Hessen), „Ostseewelle“ (Mecklenburg-Vorpommern), „Hit-Radio Antenne Niedersachsen“ und sächsische Lokalsender.
 - Bertelsmann hält mit der „RTL-Gruppe“ in fünf Bundesländern unter anderem bei den folgenden Sendern Anteile: „Antenne Bayern“, „RTL Radio – der Oldiesender“, „104.6 RTL“, „Berliner Rundfunk 91.4“ (Berlin) „radio NRW (Mantelprogramm)“, „Radio Hamburg“, „Klassik-Radio“ (Hamburg), „delta-Radio“ und „Radio NORA“ (Schleswig-Holstein).

In dieser Reihe gebührt der SPD-Preseholding „DDVG“ gemeinsam mit der „Verlagsgesellschaft Madsack“ ein Spitzenplatz: sie kämen mit direkten und

indirekten Anteilen an privaten Hörfunksendern in den acht Bundesländern Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hinter der „Burda Media Holding“ auf Platz vier. Von besonderem Interesse ist dies wegen der engen Verbindung, die der SPD-Unternehmensbereich und die „Verlagsgesellschaft Madsack“ mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk pflegen: Jobst Plog, der Intendant des NDR, war Mitglied im „Treuhandaufsichtsrat“ des SPD-Unternehmensbereichs⁷³ und ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der „Verlagsgesellschaft Madsack“⁷⁴.

Die „Rundfunkfreiheit“ schützt als „dienende Freiheit“⁷⁵ die Anbieter um der Freiheit der Zuhörer und Zuschauer willen, sich umfassend informieren zu können. Die „im Rahmen der Gesetze“ garantierte „Freiheit der Berichterstattung durch den Rundfunk“ verpflichtet die Gesetzgeber⁷⁶, in umfassender, jede Vermittlung von Informationen und Meinungen einschließender Weise die freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung zu sichern. Die Freiheit der Meinungsbildung muss vor staatlicher Reglementierung geschützt, der Vielfalt der bestehenden Meinungen in möglichster Breite und Vollständigkeit eine Ausdrucksmöglichkeit im Rundfunk gesichert und die Rundfunkveranstalter zu „sachgemäßer, umfassender und wahrheitsgemäßer Information verpflichtet“ werden. Das klassische Argument gegen einen dem freien Spiel der Kräfte überlassenen Rundfunk ist die von der Knappheit der Frequenzen und dem für den Rundfunk erforderlichen hohen Finanzaufwand erzwungene

Konzentration auf wenige Sender. Diese Argumente sind durch die technische Entwicklung schrittweise entkräftet worden. Dennoch bleiben gesetzliche Vorkehrungen zur Sicherheit der Meinungsvielfalt und der Unabhängigkeit der öffentlichen Meinungsbildung erforderlich: Zu groß sind die Gefahren der Konzentration von Meinungsmacht und des Missbrauchs durch einseitige Interessen.⁷⁷

Die Unterscheidung zwischen „erheblichen“ und „unerheblichen“ Anteilen einer Partei an privaten Rundfunk-Anbietern schließt an das Wettbewerbsrecht an. Doch Wettbewerbsprinzipien sind auf den Rundfunk nur eingeschränkt übertragbar. Zur Sicherung der Vielfalt im Rundfunk hält das Bundesverfassungsgericht Sonderregelungen für erforderlich. Deren wichtigste ist die „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die „Bestandsgarantie“ rechtfertigt sich aus der Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen Sender, die „Grundversorgung“ zu gewährleisten und im Publikum nachgefragte Programmformen auch dann zu senden, wenn sich Gewinne nicht erzielen lassen.⁷⁸ Das Bundesverfassungsgericht hat dabei nicht aus tatsächlichen Entwicklungen auf die Notwendigkeit der „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschlossen, sondern diese mit dem zu beherrschenden Risiko⁷⁹ und abstrakten Überlegungen zur Struktur der Wettbewerbsbedingungen begründet. Der Prozess der öffentlichen Kommunikation hat Vorrang gegenüber den wirtschaftlichen Interessen Einzelner, er ist auch vor abstrakten und nicht nur vor konkreten Gefährdungen zu schützen. Entsprechende Erwägungen

sind bei der Beurteilung der Zulässigkeit indirekter Parteibeteiligungen anzustellen: Auch diese können untersagt werden, um eine abstrakte Gefährdung der Informationsfreiheit der Hörer auszuschließen.

3. Anteile einer Partei am Privatrundfunk und Chancengleichheit der Parteien

Die Grauzone indirekten Anteilseigentums von Parteien an privaten Rundfunkanbietern ist verfassungsrechtlich fragwürdig.

- Die parteipolitische Einseitigkeit eines Rundfunkprogramms kann durch laufende Programmkontrolle praktisch nicht wirksam ausgeschlossen werden. Umso bedeutsamer sind vorsorgliche Regelungen für die innere Struktur der Rundfunkanbieter, die einen parteipolitischen Einfluss auf die Programmgestaltung so weit als möglich erschweren.
- Wenn eine Partei bisher darauf verzichtet haben sollte, Beteiligungen an privaten Rundfunkanbietern für eine Einflussnahme auf das Programm zu nutzen, so ist das kein Argument für eine Zulässigkeit solcher Anteile. Denn entscheidend sind nicht das – im Übrigen jederzeit änderbare – tatsächliche Verhalten betroffener Parteien, sondern grundsätzliche Überlegungen zur Struktur der Wettbewerbsbedingungen im privaten Rundfunk. Es geht darum, auch gegen abstrakte Gefährdungen ausreichend Vorsorge zu treffen.
- Die Gefahren des Missbrauchs von Meinungsmacht sind beim Anteils-

eigentum von Parteien an privaten Rundfunksendern besonders zu beachten. Die freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung kann nur geschützt werden, wenn alle Rundfunkanbieter von parteipolitischer Einflussnahme unabhängig sind. Die notwendige Glaubwürdigkeit der Programme, die Voraussetzung ihrer Eignung als Grundlage der Meinungsbildung ist, wird auch durch kleine und indirekte Anteile einer Partei an einem privaten Rundfunk-Anbieter belastet.

- Im Rundfunkstaatsvertrag wird zur Verhinderung einseitiger Meinungsmacht nicht mehr auf beherrschende wirtschaftliche Beteiligungen, sondern auf erreichte Zuschaueranteile eines Unternehmens auch bei Minderheitsanteilen abgestellt. Dieser Gedanke muss auf Parteien als Anteilseigner an Rundfunkanbietern noch strenger durchgeführt werden: Denn für am wirtschaftlichen Erfolg interessierte Medienunternehmen steigert eine Beeinflussung der Mediennutzer den Erfolg nicht. Bei Parteien dagegen kann nicht ausgeschlossen werden, dass ihnen die Beeinflussung des Publikums wichtiger ist als ein durch bessere Berücksichtigung von Publikumswünschen erzielbarer wirtschaftlicher Erfolg.

Überparteilichkeit zur Fiktion und einen Wettbewerb von Programmen unterschiedlicher Ausrichtung zum einzig Erfolg versprechenden Weg der Sicherung der Informationsfreiheit zu erklären⁸⁰, befreit nicht von der in der gegebenen dualen Rundfunkordnung gestellten Aufgabe, die Staats- und damit auch Parteifreiheit der Rundfunkprogramme auch

bei den privaten Anbietern zu sichern.

Als einzige Partei hält die SPD Anteile an privaten Rundfunksendern. Sie hätte sich finanziell nicht so stark engagiert, wenn sie nicht von der Bedeutung überzeugt wäre, die den Rundfunkprogrammen „in der Demokratie im Kampf um politische Macht auf Zeit zukommt“⁸¹. Die private Konkurrenz und der sinkende Marktanteil der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben die Parteien Kontroll- und Einflusschancen verlieren lassen.⁸² Die indirekten Anteile der SPD an privaten Rundfunkanbietern sind auch als Versuch zu verstehen, diesem Trend entgegenzuwirken.

Schwerpunkt der Anteile der SPD im privaten Rundfunk ist der Hörfunk. Obwohl sich die Anteile überwiegend indirekt aus den Anteilen an Zeitungsverlagen ergeben, drückt sich darin nicht nur die Schwerpunktsetzung der Zeitungsverleger aus.⁸³ Denn das Radio bietet, auch wenn es nicht mehr wie in den 50er-Jahren der „Hegemon der häuslichen Freizeit“⁸⁴ ist, interessante Einflusspotenziale. In der Konkurrenz mit dem neuen Leitmedium Fernsehen hat der Hörfunk sich als meistgenutztes Medium behauptet.⁸⁵ Die zunehmend präzise Zielgruppenansprache der Hörfunkprogramme verschafft aber auch den regelmäßig zur Programmfolge gehörenden aktuellen Nachrichten gute Aufmerksamkeit.⁸⁶ Der Hörfunk kann mit weit weniger Aufwand als das Fernsehen das Publikum in das Programm einbeziehen und vielfältige lokale Themen aufgreifen. Kritik und Kontrolle fallen bei der „flüchtigen“ Informationsübermittlung durch Worte noch schwerer als bei den anderen

Medien: Hörfunkstationen ziehen anscheinend weder bei einseitiger Auswahl der Interview-Partner und der gesendeten Original-Töne nennenswerte Publikums-Kritik auf sich⁸⁷ noch bei deutlich unterschiedlichen Akzentsetzungen in der Berichterstattung über vielbeachtete lokale Ereignisse⁸⁸. Vom lokalen Rundfunk werden Menschen gut erreicht, die eher selten eine Zeitung lesen.⁸⁹ „Da die meisten Programme regelmäßig Nachrichten ausstrahlen und zudem selten umgeschaltet wird, erreichen die Informationsangebote des Hörfunks auch solche Bevölkerungsgruppen vergleichsweise gut, die insgesamt wenig politische Informationen nutzen – insbesondere Jüngere“.⁹⁰

Unter dem Blickwinkel des Rundfunkrechts ist angesichts dieser Sachverhalte jede Beteiligung einer Partei an privaten Rundfunkanbietern ein Problem. Die Anteile ausschließlich der SPD sind darüber hinaus auch unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit der Parteien fragwürdig. Einflusspotenziale in den Medien sind im Wettbewerb der Parteien nicht weniger bedeutsam als Finanzmittel. Eigentumsanteile an Rundfunkunternehmen sind eine Chance für eine Partei, sich das eine wie das andere leichter als die Wettbewerber beschaffen zu können. Die aus dem erforderlichen technischen und wirtschaftlichen Aufwand und der bisherigen Lizenzierungspraxis folgenden Marktzutrittsschranken⁹¹ schließen die Möglichkeit aus, den Vorsprung der SPD durch ein entsprechendes Engagement anderer Parteien zu neutralisieren.

Die von der Mehrzahl der Landesrundfunkgesetze offen gelassene Möglich-

keit indirekter Anteile einer Partei an privaten Rundfunkanbietern nutzt nur der SPD – und konnte von vorneherein auch nur der SPD nutzen. Keine andere Partei hält Beteiligungen an Presseverlagen oder hätte durch Einbeziehung von Anteilen an privaten Rundfunkanbietern in den Verbund erfolgreicher Unternehmensbeteiligungen die Anlaufverluste teilweise decken oder wenigstens steuermindernd einsetzen können. Die dem Wortlaut nach für alle Parteien gleichen Regelungen wirken sich für die SPD viel günstiger aus als für die anderen Parteien. Nur der SPD wird damit der Zugang zu Einflusspotenzialen im privaten Rundfunk und zu einer weiteren Quelle für Finanzierungsbeiträge geöffnet. Die ungleiche Ausgangslage, dass nur eine Partei Verlagsbeteiligungen hält, hätten die Gesetzgeber der Landesrundfunkgesetze nicht ausgleichen können, aber berücksichtigen müssen. Stattdessen wurde die mit den Pressebeteiligungen der SPD gegebene Ungleichheit der Wettbewerbsbedingungen durch die Zulässigkeit indirekter Anteile einer Partei an privaten Rundfunksendern noch verschärft. Der Hinweis auf die Einflussmöglichkeiten aller Parteien beziehungsweise ihrer Fraktionen in den Landtagen im Rundfunk durch die Bestellung von Rundfunkratsmitgliedern oder Vertretern in den Aufsichtsgremien der Landesmedienanstalten tut in diesem Zusammenhang nichts zur Sache: diese Möglichkeit haben die Parteien entsprechend ihrem in Wahlergebnissen gemessenen Rückhalt bei den Bürgern alle in gleicher Weise. Stellungen in den Rundfunkräten und den Aufsichtsgremien der Landesmedienanstalten vergeben letztlich die Wähler. Sie sind Ergebnis des demokratischen Wettbewerbs und verfälschen diesen

nicht. Eine zusätzlich für eine Partei gegebene direkte oder indirekte Gesellschafterstellung bei privaten Rundfunksendern verletzt dagegen die Chancengleichheit der Parteien.

Alle Länder haben sich entschlossen, direkte Anteile von Parteien an Rundfunkanbietern auch dann auszuschließen, wenn diese verschwindend gering sind. Wenn das richtig ist – und

dafür spricht viel – dann ist es inkonsequent, nicht auch indirekte Anteile von Parteien an Rundfunkanbietern zu untersagen. Nordrhein-Westfalen versucht, dafür mit der Trennung von Betriebs- und Programmverantwortung zu sorgen. Hessen und Schleswig-Holstein haben auch indirekte Parteibeteiligungen verboten. Die Landesmedien- und Landesrundfunkgesetze der anderen Länder leiden an einem inneren Widerspruch.

Anmerkungen

- ¹ Amtsgericht Mainz, HRB 3120.
- ² Ressmann, Wolfgang: Strukturprobleme sozialdemokratischer Medienunternehmen, Wiesbaden 1991, S. 263.
- ³ Ebd., S. 285.
- ⁴ Amtsgericht Hamburg, HRB 14599.
- ⁵ Amtsgericht Ludwigshafen, HRA 3373.
- ⁶ Amtsgericht Wiesbaden, HRB 6651.
- ⁷ Ressmann, W., Strukturprobleme, S. 284.
- ⁸ Amtsgericht Reutlingen, HRB 1916.
- ⁹ Röper, Horst: Ende des Schattendaseins?, in: Journalist Nr.2/1989, S. 8ff., S. 15.
- ¹⁰ „Angebote liegen vor“, Focus Nr.28/1996 vom 8.7.1996, S. 41.
- ¹¹ Wettig-Danielmeier, Inge, Gesprächsbericht, in: Medien-Engagement im Schussfeld, in: FAZ vom 6.7.1996.
- ¹² SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier, Interview, in: Die Welt vom 15.3.2000.
- ¹³ Hesse, Albrecht: Rundfunkrecht, o.O. o.J., S. 183.
- ¹⁴ BVerfGE 73, S. 118ff., S. 190.
- ¹⁵ Degenhart, Christoph im „Bonner Kommentar zum Grundgesetz“, Heidelberg 1993, RdNr. 725 zu Art. 5.
- ¹⁶ Hesse, A., Rundfunkrecht, S. 184.
- ¹⁷ Amtsgericht Frankfurt/Main, HRA 26092.
- ¹⁸ „SPD – Beteiligungstrick“, Focus Nr.9/2002 vom 25.2.2002, S. 12.
- ¹⁹ §5, Abs.2, Nrn.4,6 des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.4.1998, GV.NW.1998, S. 148.
- ²⁰ Widlok, Peter: Hörfunkanbieter und Hörfunkprogramme in Deutschland, in: Otfried Jarren (Hrsg.), Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S. 135ff., S. 141.
- ²¹ Amtsgericht Bielefeld, HRB 7126.
- ²² Amtsgericht Bielefeld, HRA 13041 und

- HRB 33398.
- ²³ Amtsgericht Herford, HRA 1955 und HRB 1721.
- ²⁴ Amtsgericht Minden, HRA 1791 und HRB 1423.
- ²⁵ Amtsgericht Detmold, HRA 2223 und HRB 1598.
- ²⁶ Amtsgericht Paderborn, HRA 1822 und HRB 1824.
- ²⁷ Amtsgericht Gütersloh, HRA 3725 und HRB 2488.
- ²⁸ Amtsgericht Düsseldorf, HRA 10818 und HRB 23972.
- ²⁹ Amtsgericht Oberhausen, HRB 1998.
- ³⁰ Amtsgericht Hamburg, HRB 81559, Akten, Gesellschafterliste.
- ³¹ Amtsgericht Dortmund, HRA 12778 und HRB 9516.
- ³² Amtsgericht Gelsenkirchen-Buer, HRA 1149 und HRB 1831.
- ³³ Amtsgericht Schwelm, HRA 1603 und HRB 1172.
- ³⁴ Amtsgericht Herne, HRA 741 und HRB 616.
- ³⁵ Amtsgericht Dortmund, HRA 12756 und HRB 9212.
- ³⁶ Böckelmann, Frank/Hesse, Kurt: Wem gehört der private Rundfunk, Konstanz 1996, S. 49.
- ³⁷ Amtsgericht Coburg, HRA 3311 und HRB 1342.
- ³⁸ Amtsgericht Coburg, HRB 1188.
- ³⁹ Amtsgericht Hof, HRA 2667 und HRB 1222.
- ⁴⁰ Amtsgericht Bayreuth, HRA 2202.
- ⁴¹ Amtsgericht Bayreuth, HRB 1186.
- ⁴² Amtsgericht Bayreuth, HRA 734.
- ⁴³ Amtsgericht Hof, HRA 3270 und HRB 2394.
- ⁴⁴ Amtsgericht München, HRA 62047.
- ⁴⁵ Amtsgericht Ludwigshafen, HRA 3373.

- 46 Amtsgericht Mainz, HRA 2700 und HRB 3120.
- 47 Amtsgericht Hannover, HRA 23210, RA Bl.8.
- 48 Amtsgericht Offenbach, HRA 31996 und HRB 34779.
- 49 Amtsgericht Hannover, HRB 59691.
- 50 Amtsgericht Hannover, HRA 24832 und HRB 51095.
- 51 Amtsgericht Hannover, HRB 55709.
- 52 Amtsgericht Hannover, HRB 50886.
- 53 Amtsgericht Hameln, HRB 2514, Akten Bl.69.
- 54 Amtsgericht Braunschweig, HRA 6436.
- 55 Wewer, Göttrik: Sozialdemokratische Wirtschaftsbetriebe, Opladen 1987, S. 48.
- 56 „Für die Brieftasche: Sozis Welt“, in: text-intern, Ausgabe 97/2000 vom 6.12.2000, S. 7ff., S. 14.
- 57 Amtsgericht Hannover, HRA 25789 und HRB 56992.
- 58 Amtsgericht Cuxhaven, HRA 588 und HRB 1143.
- 59 Amtsgericht Göttingen, HRA 1575 und Amtsgericht Hannover, HRB 55709.
- 60 Amtsgericht Hannover, HRA 23210 und HRB 5510.
- 61 Amtsgericht Schwerin, HRB 1697.
- 62 Amtsgericht Schwerin, HRA 899 und HRB 3814.
- 63 Amtsgericht Halle-Saalkreis, HRA 1230 und HRB 8164.
- 64 Amtsgericht Halle-Saalkreis, HRB 11681.
- 65 Amtsgericht Halle-Saalkreis, HRB 8984.
- 66 Amtsgericht Erfurt, HRA 2363 und HRB 11559.
- 67 Amtsgericht Meiningen, HRA 961.
- 68 Amtsgericht Dresden, HRB 18437.
- 69 Amtsgericht Schwerin, HRB 1697.
- 70 Amtsgericht Halle-Saalkreis, HRA 1496.
- 71 Breunig, Christian: Radiomarkt in Deutschland: Entwicklung und Perspektiven, in: Media Perspektiven Nr.9/2001, S. 450ff., S. 460.
- 72 Röper, Horst: Formationen deutscher Medienmultis 1999/2000 – Entwicklungen und Strategien der größten deutschen Medienunternehmen, in: Media Perspektiven Nr.1/2001, S. 2ff., S. 18.
- 73 DDVG-Geschäftsbericht 2000, vorgestellt auf der Bilanzpressekonferenz am 9.1.2002, dort verteilt, S. 25.
- 74 Amtsgericht Hannover, HRA 23210, Akten, Konzernlagebericht und Konzernabschluss vom 31.12.2000, Konzernanhang.
- 75 Hesse, A., Rundfunkrecht, S. 65.
- 76 Herzog, Roman: Kommentierung zu Art.5 Grundgesetz, in: Roman Herzog/Rupert Scholz et.al. (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, München 38./2001, RdNr.216.
- 77 BVerfGE 12, S. 205ff./31, S. 314ff./35, S. 202ff./57, S. 295ff./73, S. 118ff.
- 78 Mahrenholz, Ernst Gottfried: Grundversorgung und Programmfreiheit, in: Heinz-Dieter Assmann et.al. (Hrsg.), Wirtschafts- und Medienrecht in der offenen Demokratie, Heidelberg 1997, S. 251ff., S. 269.
- 79 Brinkmann, Thomas: Probleme der Marktregulierung des Rundfunks in der dualen Ordnung, in: Heinz-Dieter Assmann et.al. (Hrsg.), Wirtschafts- und Medienrecht in der offenen Demokratie, Heidelberg 1997, S. 153ff., S. 166.
- 80 Klein, Hans H.: Parteien – Presse – Rundfunk, in: Max-Emanuel Geis/Dieter Lorenz (Hrsg.), Staat – Kirche – Verwaltung, München 2001, S. 193ff., S. 203, S. 204.
- 81 Mestmäcker, Ernst-Joachim: Meinungsfreiheit und Medienwettbewerb, in: ders., Recht in der offenen Gesellschaft – Hamburger Beiträge zum deutschen, europäischen und internationalen Wirtschafts- und Medienrecht, Baden-Baden 1993, S. 513ff., S. 514.
- 82 Poguntke, Thomas: Parteiorganisation im Wandel – gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 57.
- 83 Steinmetz, Rüdiger: Initiativen und Durchsetzung privat-kommerziellen Rundfunks, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 167ff., S. 168f.
- 84 Schildt, Axel: Hegemon der häuslichen Freizeit: Rundfunk in den 50er-Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek, Modernisierung im Wiederaufbau – Die westdeutsche Gesellschaft der 50er-Jahre, Bonn 1993, S. 458ff., S. 464.
- 85 Klingler, Walter/Müller, Dieter K.: MA 2001 Radio: Kontinuität bei Methode und Ergebnissen, in: Media Perspektiven Nr.9/2001, S. 434ff., S. 445.
- 86 Klingler, Walter/Windgasse, Thomas: Der Stellenwert des Hörfunks als Informationsquelle in den 90er-Jahren, in: Michael Jäckel/Peter Winterhoff-Spurk (Hrsg.), Politik und Medien – Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation, Berlin 1994, S. 103ff., S. 121.
- 87 Hesse, Kurt R.: Das politische Informationsangebot im Hörfunk: Ergebnisse von Programm-Inhaltsanalysen, in: Otfried Jaren (Hrsg.), Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S. 149ff., S. 152.
- 88 Weiß, Ralph: Von ‚Lichterketten‘ zum ‚Bürgerkrieg‘. Wie Lokalradios den kommunalen Unfrieden öffentlich machen, in: Rundfunk und Fernsehen Nr.2/1994, S. 149ff., S. 168.

⁸⁹ Wilke, Jürgen: Lokal, regional, national, international – zu Angebot und Nutzung der Tageszeitung, in: Michael Jäckel/Peter Winterhoff-Spurk (Hrsg.), Politik und Medien – Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation, Berlin 1994, S. 89ff., S. 100.

⁹⁰ Hasebrink, Uwe: Hörfunk – ein politisches Informationsmedium? Ein Überblick über Forschungsergebnisse zur Hörfunknutzung, in: Otfried Jarren (Hrsg.), Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S. 157ff., S. 170.

⁹¹ Breunig, C., Radiomarkt, S. 456.

Polnische EUngewissheiten: Mangel an Sachpolitik, Überschuss an Emotionen

Marcin Lipnicki

1. Die Laokoon-Gruppe

Der Nestor der deutschen Politikwissenschaft, Prof. Arnulf Baring, rät den Beitrittskandidaten, während der Verhandlungsphase mit der EU über eigene Schwächen eher im eigenen Kreis zu diskutieren, als seine Probleme öffentlich zu präsentieren. Rein diplomatisch gesehen ist das sehr vernünftig. Wenn aber die EU-Osterweiterung ohnehin „für Günther Verheugen zu seinem Lebenswerk wurde, für welches er bereit ist, den Sachverhalt zu verdrehen“¹, besteht eine Gefahr, dass der folgende Aufsatz etwas Böses tut, offenkundig nicht.

Sieben Monate vor dem Ende September 2002 von Premierminister Leszek Miller offiziell „nur vorgeschlagenen“ Termin des Europa-Referendums², erreicht die Präsenz der europäischen Themen in Polen ihren sichtbaren Höhepunkt. Die Integration hat den höchsten Rang in der Politik der Regierung des Sozialdemokratischen Bündnisses der Demokratischen Linken SLD und – etwas zurückhaltender – bei seinem kleineren Koalitionspartner, der Bauernpartei PSL. Die Koalition hat bereits eine eigene Europa-

Informationskampagne initiiert. Auch die Chefredakteure der einflussreichsten Medien haben sich darauf verständigt, eine gemeinsame Informationspolitik zu betreiben. Diese Maßnahmen bedeuten aber nicht, dass in Polen bisher eine fachliche, gesamtgesellschaftliche und offene Debatte verschiedener Optionen stattfand.

Diese mag jedoch innerhalb einer pragmatischen, „eurorealistischen“ Mitte zu Stande kommen. Der Pragmatismus soll dabei als das Bewusstsein verstanden werden, dass der angestrebte EU-Beitritt umso lohnender wäre, je stärker die wirtschaftliche – und damit: politische – Position Polens ist. Und auch, je mehr jeder mündige Bürger sich im Klaren darüber wäre, in welchem Wirbel von Ereignissen er sich befindet, und auf der Grundlage dieser Erkenntnis fähig ist, unabhängige Entscheidungen frei zu treffen. Auch die Notwendigkeit der eigenen Leistung und Initiative sollte dabei nicht vergessen werden.³ Ein vertiefendes Bedenken des Pro und Kontra der Integration – darunter auch der eigenen Schwächen, Möglichkeiten und des realen Könnens, scheint eine dringende Herausforderung der Zeit zu sein.

Aber an der Weichsel bleibt der Einfluss jener zuvor umschriebenen Mitte relativ gering. Ein Teil der politischen Klasse erweist sich leider unfähig einen regen Meinungs austausch mit der Gesellschaft zu führen. Die Wähler werden noch allzu oft nicht als mündige Bürger, sondern als eine lediglich für das konkrete Wahlergebnis benötigte Mehrheit betrachtet. Dieses Verhalten ist auch in der Europa-Debatte deutlich zu beobachten und spiegelt die negativen Tendenzen des ganzen politischen Lebens in Polen wider. Diese Tendenzen haben ihren Ursprung überwiegend im offenen Konflikt des „Ancien Régime“ mit seiner eigenen Gesellschaft und im dazu passenden Mangel an einer Tradition des Dialoges.

Dieses Defizit führte in Polen zur spürbaren Entfremdung zwischen Politikern und ihren Interessen einerseits und den Wählern andererseits. Neben dem „politischen Kapitalismus“⁴, gab es eine langjährige (insbesondere bei der so genannten politischen Rechten) sichtbare qualitative Armut in der Programmatik, vor allem im wirtschaftlichen Bereich (Verweigern der notwendigen Reformen und Ausklammerung wichtiger Wirtschaftsbereiche). Andererseits wurden alle wesentlichen Debatten auf Ersatzthemen oder deren Verflachung reduziert. Dadurch ist zu erklären, dass die öffentlichen Debatten an der Weichsel so selten stattfinden und warum unter diesen Umständen pragmatisches Handeln selten war.

Eine Folge des Egoismus der Politiker ist ein verbreitetes Enttäuschungsgefühl und eine enorm gestiegene Welle populistischer Agitation, die seit der letzten Wahl die opportunistische, bis in ihre Wurzel hinein in Wirklichkeit eta-

tistische „Selbstverteidigungs“-Partei repräsentiert – doch nicht nur sie.

Eigene dauerhafte Angst vor radikalen Reformen (vor allem des Steuer- und Arbeitsrechts) und eigene Versäumnisse ließen den Beitritt Polens zur EU als einzig mögliches Heilmittel gegen die einheimischen Probleme (wie Finanzkrise und Arbeitslosigkeit) aussehen. Der Mangel an einer pragmatischen Debatte eröffnete wiederum den Weg zu Manipulationen und idealistischen Vorstellungen. Die Europäische Union wird als ein Sack betrachtet, den man mit vielen unbegründeten Hoffnungen und Erwartungen füllen kann. Die regierende Koalition rechnet offiziell mit der „europäischen Solidarität“, die einer ihrer führenden Vertreter (darüber hinaus polnischer Gesandter im Europäischen Verfassungskonvent), Jozef Oleksy, als „Zuschüsse von Milliarden Euro“ versteht⁵. Damit riskiert man aber künftige Enttäuschung, da das mit den verschiedensten Mitteln geschönte Bild der Union, kaum dem wahren Charakter der heutigen Gemeinschaft und den künftigen Aufgaben Polens entsprechen wird.⁶ Die Stimme der polnischen „eisernen Lady“, Prof. Zyta Gilowska (Abgeordnete der EVP-nahen „Bürgerplattform“), die mehrmals vor allzu großen finanziellen Erwartungen warnte, ist im Parlament ein deutliches Unikum. Stark vertreten ist vielmehr die Vorliebe für den Interventionismus.

Diese passive (also abwartende) Europapolitik verkörpert das heutige Vorgehen des SLD und desjenigen linken Milieus, das dem ideologischen Mainstream in der heutigen EU nahe steht. Diese Verhaltensweise wurde schon lange deutlich, sobald der Mangel an eigenen wirtschaftlichen Konzepten klar

war. An einer Diskussion haben auch diejenigen Vertreter der politischen Mitte und Rechten kein Interesse, die in der letzten Dekade wenig für die Modernisierung der Wirtschaft und des Staates getan haben. Beide Gruppen sind daher eher daran interessiert, die polnische Quasi-Debatte nicht auf die Sachpolitik, sondern vielmehr auf simple Emotionen (vor allem finanzieller Art) zu bringen. Es besteht das Risiko, dass eine flüchtige Europa-Kampagne eine vertiefende Debatte ersetzt.⁷ Auffallend ist vor allem die Neigung, die Diskussion auf einen Streit zwischen den erklärten Anhängern des Europa-beitrittes und den Gruppen, die da skeptischer sind und die man dann leicht als extreme bezeichnet, zu bringen. Kein Wunder also, dass man öfters eher mit leeren Stichworten, idealistischen Vorstellungen und absurden Abschreckungsfloskeln⁸ als mit fachlichen Argumenten zu tun hat. Viele Probleme, die schnell eine Lösung brauchen, werden damit verdeckt.

Der liberal-konservative Publizist Rafal Ziemkiewicz ist überzeugt, dass sich in der Qualität der politischen Klasse der heutige Zustand der polnischen Gesellschaft widerspiegelt. Wenn vom großen Beitrag, den man leisten müsste, um das Wirtschaftsniveau der Länder der Union erreichen zu können, selten die Rede ist, scheint dies vielen Polen ganz und gar zu entsprechen. Ähnlich wie in den neuen Bundesländern gibt es an der Weichsel eine fest verwurzelte Gewohnheit, an staatlichem Interventionismus und an der Abneigung gegen die Notwendigkeit des eigenen Einsatzes.⁹ Auch die Art von Halb-Kapitalismus, die ihnen bisher von den Machthabern serviert wurde, erweckt wenig Vertrauen und En-

thusiasmus darin, dass sich der Einsatz für Europa ganz ohne Steuerbetrug auszahlt. Der enttäuschte und sich auf die laufenden Alltagsorgen konzentrierende Pole sieht auch keinen Zweck und Grund, sich an der Europa-Diskussion zu beteiligen. Manche Machthaber und Gesellschaftsschichten scheinen zurzeit – vergleichbar mit der berühmten Laokoongruppe aus hellenistischer Bildhauerschule – vom Erbe unserer Vergangenheit gefesselt zu sein. Dies stimmt nicht optimistisch.

2. Insider, Außenseiter, Wähler und Nichtwähler

Da in der EU zahlreiche Interessen verschiedener Gruppen zusammentreffen, liegen auch in Polen zur Unterstützung des Beitritts verschiedene, oft voneinander unabhängige Gründe und Interessen zu Grunde:

- Erklärte Euro-Enthusiasten sind bereit, im Referendum schon heute für die Osterweiterung zu stimmen. Zu ihren Vorteilen zählen sie u. a. den erwarteten wirtschaftlich-sozialen Aufschwung, Teilnahme am Gemeinsamen Markt, Mitbestimmungsrecht in der EU und Zugang zu den Strukturfonds und Direktzahlungen. Ferner sind sie der Meinung, dass Warschau nur durch die EU-Bindung das Risiko eines politischen Chaos und der Marginalisierung vermeide. Das Milieu zeichnet sich durch eine hohe Akzeptanz des heutigen Charakters der Union und nicht selten sogar durch eine Idealisierungstendenz aus (besonders bei den Publizisten gibt es Versuche, eigene Träume und „wishful thinking“ als Fakten darzustellen). Sicht-

- bar ist die Bereitschaft (gewisse Versuche gibt es schon), falls das Referendum scheitert, diese Entscheidung auch auf einem anderen Wege durchzusetzen (z. B. durch eine Abstimmung im Parlament). Dieser Schritt ist zwar rechtlich möglich, es ist aber in dem Fall mit einer negativen Reaktion seitens der Öffentlichkeit zu rechnen. Die Gruppe, die so denkt, erweckt übermäßige Erwartungen und vermeidet einen Austausch von Argumenten am konsequentesten, wobei offenkundig die vorher schon angesprochenen Versäumnisse und gewisse latente Sympathien dahinter stecken.
- Gemäßigte Enthusiasten sollten eher als „Euro-Realisten“ bezeichnet werden. Es sind wiederum Wähler, die sich zwar bereit erklären, den Beitritts-Prozess zu unterstützen und am Beitrittsreferendum teilzunehmen, die aber mit großem Engagement, zurückhaltend und kritisch den Verlauf der Verhandlungen und dazugehörigen Entwicklungen betrachten. Vor allem diese Gruppe diskutiert über die politisch-wirtschaftliche Zukunft der EU und verschiedene Aspekte der Mitgliedschaft Polens (wie die Notwendigkeit der Entrichtung des ganzen Mitgliedsbeitrages von Anfang an, den dann ausbrechenden Kampf um Absatzmärkte, den unbeschränkten An- und Verkauf von Grundstücken). Man macht sich Gedanken darüber, wie das harte Interessenspiel der stärkeren Wirtschaften der EU-Mitglieder gegenüber Polen wirklich aussehen wird. Erwünscht sind harte (und offene!) Verhandlungen. Diese Denkrichtung wurde aber in die Defensive gedrängt.
 - Euro-Skeptiker ist man an der Weichsel aus vielen Gründen, aber alle diese Richtungen verbindet die Überzeugung, dass sich nach dem Euro-pabeitritt die Lebensbedingungen in Polen verschlechtern werden. Diese „Denkschule“ ist sehr inhomogen. Einerseits werden oft nur flache Emotionen und keine entwickelten Konzepte den „harten“ Enthusiasten entgegengesetzt. Latente Ängste vor dem Westen (und vor Deutschland), wie auch vor dem „Liberalismus“ (jedoch ohne eine vertiefende Definition) kommen zum Vorschein. Die Integration heißt für diese „Denkschule“ den Ausverkauf von Grundstücken und Immobilien an die Fremden, ungerecht niedrige Zuschüsse im landwirtschaftlichen Bereich und die Überschwemmung Polens mit EU-Produkten. Derartige Stimmen werden gerne von den Enthusiasten als einzige skeptische Gegenargumente zitiert, wobei man die anderen wie Ängste um den Verlust der Souveränität und der christlichen Identität, hohe Integrationskosten, scharfe Kritik am europäischen Protektionismus, d. h. an der absurden Landwirtschaftspolitik Brüssels oder die Gefahr einer ungünstigen geopolitischen Konstellation öfters ganz verschweigt.
 - Die Nichtwähler bilden in Polen eine ziemlich starke Gruppe (um 20%). Diese Tendenz verstärkt gegenwärtig auch die zunehmende Enttäuschung gegenüber der politischen Klasse. Die Vertreter dieser Gruppe interessieren sich für die EU nicht und planen keine Teilnahme am Beitrittsreferendum, (ähnlich wie auch früher an den Kommunal-, bzw. Parlamentswahlen).

3. Zu den Parteien

Als führende europa-enthusiastische Kraft gilt in erster Linie die regierende SLD. Der laut bekundete Enthusiasmus der Linken scheint stark vom heutigen Charakter der Gemeinschaft geprägt zu sein. 77% der Wählerschaft und Mitglieder der SLD unterstützen den Europabeitritt Polens, wobei nur 16% dagegen sind.¹⁰ Die Realisten wiederum sind vor allem in den Gruppierungen des politischen Zentrums und der parlamentarischen Rechten präsent. Bei der zweiten parlamentarischen Kraft, der EVP-nahen Bürgerplattform (PO) sind es 82% (gegen 12% Ablehnung). Der stellvertretende Vorsitzende des Parlamentes, Donald Tusk, eine der führenden PO-Persönlichkeiten, teilte mir 2001 in einem Interview seine Europastrategie mit: „PO ist im Bezug auf den freien Markt euroskeptisch. Wir sollen (in der EU) Brüssel vom Sozialismus befreien“, was an sich eine seltene Auffassung in Polen ist. Wenige berücksichtigen, dass auch die Union selbst einer inneren Reform bedarf, die sie zurück auf die Wurzeln der 50er-Jahre führen und den herrschenden Etatismus und Interventionismus deutlich reduzieren soll.¹¹ Bei „Recht und Gerechtigkeit“ (poln.: PiS die Partei setzt sich insbesondere für die Verschärfung des Strafrechtes ein) sind es 72% (19%). Offene Gegner der Integration unter den parlamentarischen Gruppierungen sind: die „Selbstverteidigung“ (Samoobrona) 32% (62%) und Liga der Polnischen Familien (LPR) 31% (60%). Die erstere ist eine mehr populistische Konkurrenz für die Bauernpartei PSL 49% (40%), die Liga wiederum eine nationalgesinnte Partei. Beide verbindet in erster Linie ihre strikte Ablehnung der liberalen Wirt-

schaft, ihre antiwestliche Einstellung (vermutlich stecken dahinter latente Sympathien für Russland). Im Gegensatz zu den beiden kritisiert die kleine außerparlamentarische Union für Realpolitik (UPR) die heutige EU vor allem aus der liberalen und angelsächsischen Sicht und steht dem Euro-Skeptizismus Margaret Thatchers nahe. Zwar erklärte sich die Samoobrona am 24. Juli 2002 (während einer Europa-Diskussion im polnischen Parlament) unerwartet bereit, die Integration zu unterstützen, dieser Schritt soll aber eher als noch ein Zeichen ihres konsequenten Opportunismus und des Strebens, sich salonfähig zu machen, betrachtet werden. Der politische Opportunismus wurde auch zum Grundsatz der Strategie der Bauernpartei PSL, eigentlich einer Bauerngewerkschaft. Nach der Parlamentswahl von 2001 hat die PSL ihre früheren Vorbehalte gegenüber der polnischen EU-Politik teilweise zurückgezogen, obwohl nicht ganz aufgegeben. Dieser Schritt ermöglichte ihr die Bildung der Koalition mit der SLD. Die Direktzahlungen könnten vermutlich den größten landwirtschaftlichen Betrieben zufallen, von denen sich viele in den Händen prominenter PSL-Politiker befinden.

4. Christliche und klerikale Auffassungen

Der Vorsitzende der polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Jozef Glemp, ist der Meinung, dass z. Zt. im Episkopat „keine Meinungsverschiedenheiten bezüglich der katholischen Auffassung der Europafrage, ähnlich wie diese auch der Heilige Stuhl sieht, auftreten“. Die Kirche geht davon aus, dass Polen niemals aufgehört hat, ein europäisches

Land zu sein. Die wirtschaftlich-finanziellen Fragen sind für die Kirche dabei eher sekundär, primär wiederum, dass in Europa das christliche Erbe anerkannt wird. Kardinal Glemp beunruhigen der Laizismus der EuroLinken, die Manipulationen an der europäischen Charta der Grundrechte oder der breit kommentierte „unverbindliche Beschluss“ des Europäischen Parlamentes vom 3. Juli 2002, der die EU-Staaten, insbesondere Irland, zur Legalisierung der Abtreibung aufrief. Der Kirche wurde auch kein Beobachterstatus bei dem Europäischen Verfassungskonvent zuerkannt. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz spricht sich dafür aus, dass „sich eine künftige europäische Verfassung auf die christlichen Prinzipien, die von den Gründern der Europäischen Gemeinschaft formuliert wurden, beziehen soll. Sonst wird es der EU nicht gelingen, eine feste und dauerhafte Struktur aufzubauen“. Erzbischof Henryk Muszynski vom Ausschuss der Europäischen Episkopate (COMECE) beruhigt wiederum, dass jeder Mitgliedsstaat über die rechtlichen Mittel verfügt, ethische Fragen zu regeln. Die Institutionen der EU dürften darauf keinen Einfluss nehmen.

Kardinal Glemp hält es für wichtig, dass „die Union ihren jetzigen Charakter präziser definiert, weil dieser sich heute für viele Europäer als unklar erweist“¹². Gewisse Anzeichen für eine Opposition gegenüber dieser euro-realistischen Stellung des Episkopats sind insbesondere in nationalen und euro-skeptischen Kreisen sichtbar.¹³

Der Kirche scheint auch bewusst zu sein, dass die Regierung sie in ein böses Spiel hineinzuziehen versucht. Das Ziel dieser Strategie wäre, die katholi-

schen Christen für die Referendumsmehrheit zu gewinnen. Dagegen könnten die Sozialdemokraten alle ethischen Unterschiede, die sie von der Kirche trennen, für eine gewisse Dauer dämpfen. Es steht aber außer allem Zweifel, dass dann gleich nach dem Sieg im Referendum diese Konfliktfelder (wie Abtreibung) erneut als ein „Ersatzthema“ ans Tageslicht treten würden. Insbesondere dann, weil mit einem Erfolg der Wirtschaftspolitik eher nicht zu rechnen sein wird. Diese Stellung der Kirche wird übrigens in den Medien verzerrt wiedergegeben. Einige Bischöfe versuchen, den EU-Beitritt Polens als eine „christliche Pflicht“ darzustellen.¹⁴

5. Zwischen Hoffnungen, Versäumnissen und alten Gewohnheiten

Alle Mängel der polnischen Debatte nur auf die regierende Sozialdemokratie zurückzuführen, wäre eine zu große Vereinfachung. Auch die SLD hat bisher nicht gezeigt, dass sie eine Vertiefung der Diskussion anstrebt. Sichtbar ist die bereits erwähnte Absicht, die Bürger nur auf potemkinsche Dörfer der geschilderten Visionen zu verweisen und diesen, die latenten Ängste derjenigen Euro-Skeptiker, die sich ins bequeme Schwarz-Weiß-Schema pressen lassen, gegenüber zu stellen. Kritische Stimmen führt man also auf populistische Quasi-Lösungen bei Samoobrona, nationalistische Postulate auf die LPR, bzw. (seltener) auf finanzielle Forderungen des eigenen Koalitionärs PSL zurück. Diese Art der Information hinterlässt einen ungünstigen Eindruck, als ob die polnische Europadebatte nur zwischen verantwortlichen Fachleuten und verantwor-

tungslosen Populisten und Demagogen, etwa den „Nörglern“, stattfinden würde. Diese Art von Public Relations erlaubt dem Premierminister, die Argumente durch Emotionen und Versprechen u.a. finanzieller Art zu ersetzen und dadurch die Schlüsselfragen nach Zielsetzung, Verlauf und Ergebnissen des Integrationsprozesses zu vermeiden.

Diese Einstellung ist besonders sichtbar in der Strategie des Büros des Regierungsbevollmächtigten für Europäische Information, das von Slawomir Wiatr (dem Sohn eines vor der Wende führenden marxistischen Soziologen) geleitet wird. Ende August 2002 musste Wiatr zugeben, dass er vor 1989 für den Geheimdienst gearbeitet hatte. Die parlamentarische Opposition reagierte daraufhin mit einem Zetermordio und forderte – bisher vergeblich – seinen Rücktritt. Dieser Fall erweckte aber endlich öffentliche Fragen nach der Glaubwürdigkeit der Außenpolitik Polens. Und darum geht es doch.

Offensichtlich betrachtet die SLD das Beitrittsverfahren als einen Teil ihrer eigenen politischen Strategie. Ein Erfolg des Referendums könnte ihre Popularität eine längere Zeit lang sichern. Die Sozialdemokratie hofft auch, dass sie durch den schnellen Beitritt den künftigen Charakter der EU mit den anderen, jetzt noch regierenden Parteien der Eurolinken mitgestalten kann. Das andere Motiv ist allenfalls der desolat gewordene Zustand des polnischen Haushaltes und der Wirtschaft (Rezession und ein sehr hohes, um 18% liegendes, Niveau der Arbeitslosigkeit, teilweise eine der Folgen der Politik der vorigen Koalition). Es herrscht aber in den liberal eingestellten Wirtschaftskreisen

die Meinung, dass mutige Reformen von dieser Regierung nach einem Jahr Amtszeit Millers und vom neuen Finanzminister Grzegorz Kolodko mit großer Wahrscheinlichkeit kaum mehr zu erwarten sind. Es taucht also noch die wichtige Frage auf, ob die Regierung Millers ein alternatives Konzept der Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickeln könnte, falls es zu der EU-Osterweiterung nicht käme. Eine Verzögerung ist durchaus möglich, wenn Polen nicht rechtzeitig einige Verhandlungskapitel (wie z.B. die zwei letzten: Wettbewerbspolitik und Finanzen) abschließt.

Der amerikanische Nobelpreisträger, der liberale Ökonom, Prof. Milton Friedman riet 1990 in Warschau von der direkten Übernahme heutiger Standards der hoch entwickelten Wirtschaften der EU-Länder ab und empfahl dafür die Standards aus der frühen EWG. Jetzt liegen die daraus resultierenden Schwierigkeiten den langfristigen Übergangszeiten, die man so massiv fordert, zu Grunde.

Noch ein Anzeichen für die Kluft zwischen Wählern und Machthabern ist die Tatsache, dass die polnische Öffentlichkeit bereits einige Male erst nach dem Ende der einen oder anderen Phase der Gesprächsrunden in Brüssel über deren Ergebnisse offiziell informiert wurde. Die parlamentarische Opposition weist darauf hin, dass es der polnischen Verhandlungskommission, trotz ihres Handlungsspielraumes, vermutlich der großen Eile wegen, passiert ist, eine eindeutig ungünstige Lösung anzunehmen (z. B. den 22-prozentigen MwSt-Satz im Bauwesen). Daher kann man feststellen, dass der Regierung offensichtlich vor allem daran

liegt, die Beitrittsverhandlungen möglichst schnell abzuschließen, anstatt bedächtig an ihrer Qualität zu arbeiten.

Die Angst vor notwendigen Umstrukturierungen ist aber nicht ausschließlich eine polnische „spécialité de la maison“. Falls es zu keiner Änderung der Wirtschaftspolitik Gerhard Schröders kommt, steht auch in Deutschland eine Rezession in Sicht. Das kann sich auf den Zustand der europäischen Finanzen auswirken. Es ist zu befürchten, dass der polnische Premierminister, der den SPD-Wahlsieg vom 22. September 2002 mit Zufriedenheit begrüßt hat, auf diese ernsthafte Gefahr nicht vorbereitet ist. Darüber hinaus hat die SPD Verhandlungen bisher kaum erleichtert, obwohl Günther Verheugen Polen in manchen Fragen hold ist. Doch für die Haltung der SPD mag es mehr andere Ursachen geben.

6. Heikle Fragen?

In der polnischen Debatte sind noch weitere Fragen vorhanden, die aber selten auftauchen, bzw. nur gelegentlich in einzelnen Presseartikeln von Fachexperten erwähnt wurden. Da diese aber vor dem EU-Referendum einer eindeutigen Antwort bedürfen, ist die postulierte Mitte zwischen Enthusiasmus und Skeptizismus hierfür unentbehrlich. Ob folgende Themenkomplexe öffentlich erörtert werden, bleibt z. Zt. fraglich:

- Wird Polen ein Nettozahler sein? Gering ist die Hoffnung der Ökonomen, dass es Warschau gelingt, alle von Brüssel zur Verfügung gestellten Finanzmittel tatsächlich verwenden zu können, besonders dann, wenn

ein Mitgliedsstaat bis zu 25 % der Kosten jedes Projektes selbst übernehmen muss. In den ersten Jahren ihrer EU-Mitgliedschaft ist das Spanien, Portugal und Griechenland auch nicht gelungen. z. Zt. wird in Polen nur 1/7 der zuerkannten Fonds verwendet.

- In welchem Ausmaß werden die Steuersätze, Preise und Löhne nach dem EU-Beitritt erhöht werden müssen? Man soll dabei aber beachten, dass ein Haushaltsdefizit von 38,7 Mrd. Zloty (um 9,7 Mrd. €) für das nächste Jahr (2003) schon eingeplant ist.
- Kommt Polen allen EU-Verbindlichkeiten nach, wenn das aber in der NATO seit drei Jahren nicht der Fall ist?
- Die wirtschaftlichen Probleme der neuen Bundesländer wurden innerhalb der letzten 12 Jahre – trotz reicher Zuschüsse – nicht ganz bewältigt. Kann ein ähnliches System von Zuschüssen ähnlich schleppende Folgen auch in Polen haben?
- Eine geopolitische Frage: Inwieweit können sich künftig die EU-Länder politisch und militärisch von den USA distanzieren? Im geopolitischen Interesse Mittel- und Osteuropas liegen eher gute Beziehungen zu Amerika. Beunruhigend sind wiederum die französischen „Weltmacht“-Ressentiments oder die neue, pazifistische Wende in der deutschen Außenpolitik.

7. Fazit

Die komplizierten Herausforderungen und Folgen, die der angestrebte Beitritt bringt, sind auf Dauer für die Zukunft des Landes entscheidend. Daher wird

eine klare Information benötigt, damit jeder mündige Bürger, die kommende wesentliche Entscheidung über „ja“ oder „nein“ mit vollem Bewusstsein treffen kann. Daher liegt es im Interesse aller, insbesondere derjenigen, die den Europa-Beitritt zwar wollen, aber kritisch bleiben können und derjenigen, die es vernünftig begründen können, warum sie die EU-Mitgliedschaft ablehnen, diese Debatte im Einzelnen auszuführen. Die Chance dafür ist noch vorhanden. Flacher Enthusiasmus und Skeptizismus sind bisher noch nicht entscheidend geworden.

Falls die Osterweiterung im Jahre 2004 erfolgt, ist Polen heutzutage auf dem besten Wege, in der Union als ein

schwaches Land am Rande der Gemeinschaft anzukommen. Es wird ohne Durchsetzungsmöglichkeit sein, die anderen EU-Mitglieder beim Beseitigen des EU-Sozialismus und bei der Verhinderung der Errichtung eines Superstaates zu unterstützen. Dieses Durchsetzungsvermögen kann nur eine freie und starke Wirtschaft sichern.

Die Ergebnisse aller hiesigen Versäumnisse werden spürbar, wenn unsere Erwartungen und die Realität nicht konkretisiert werden. Diese Wende in der Denkweise kann aber nur von uns selbst ausgehen. Für die Entwicklung des pragmatischen Denkens hat die EU bisher nämlich keine Strukturfonds zur Verfügung gestellt.

Anmerkungen

¹ Polnische Newsweek vom 14.7.2002.

² Dieses soll voraussichtlich am 11. Mai 2003 stattfinden.

³ Marek Kaduczak, einer der Wirtschaftsexperten des Adam-Smith-Zentrums, erinnert daran, dass „die Mittel der EU kein Schlüssel zum Erfolg Polens sind (...) Autoren des Wirtschaftswunders können nur die Polen selbst sein“. In der konservativen Tageszeitung *Zycie* vom 6.5.2002.

⁴ Mit diesem Begriff bezeichnet man in der polnischen Publizistik eine Nutzung des politischen Einflusses zu Gunsten eigener finanzieller Interessen, wobei man die Verbreitung der wirtschaftlichen Freiheit verhindert.

⁵ So die liberal-konservative Tageszeitung *Rzeczpospolita* vom 13.7.2002.

⁶ Im Artikel „Auch vor dem Referendum soll man die Wahrheit sagen“ warnen davor Andrzej Godlewski und Andrzej Szoszkiewicz, Journalisten, die sich mit der europäischen Thematik befassen. *Rzeczpospolita* vom 22.4.2002.

⁷ Ebd.

⁸ Zu diesen gehört u.a. die Meinung, dass Polen – falls der EU-Beitritt scheitert – zu einem „zweiten Weißrussland“ wird. Zwar wurden in der polnischen Politik nach 1989 viele Fehler begangen, aber diese Gefahr kam nie vor (ausgenommen

die Programmatik der Bauernpartei, die heute eine Regierungspartei ist). Man vergisst vielmehr, dass Weißrussland und Polen der Mangel an einem Reprivatisierungsgesetz verbindet. Die polnische Gesetzgebung lag aber immer in den Händen des hiesigen Parlamentes und des Präsidenten, nicht der EU. Übertrieben ist die Angst, dass die Osterweiterung 2004 die einzige Chance für Polen ist, ein Mitglied der Union zu werden. Ein Land des wirtschaftlichen Aufschwungs hat immer eine Chance. Die euro-realistische Opposition könnte es sogar bedingt akzeptieren, das Referendum in wenigen Jahren zu wiederholen. Wiederum einige skeptische Kreise vergleichen die Europäische Union mit der UdSSR. Die Begründung für einen solchen Vergleich könnte in diesem Fall nur eine Art unkritische „Anbetung“ sein, die einige polnische Enthusiasten in ihren Medien praktizieren. Wenn die Generation von 1968 ihren jetzigen Einfluss auf die Gemeinschaft verliert, verliert auch diese Analogie irgendeinen Sinn.

⁹ Trotz des historischen Erbes haben die Wähler schon zweimal (1994 und 2001) der SLD ihr Vertrauen geschenkt. Aus dieser Gruppierung entstammt der Staatspräsident Aleksander Kwasniewski (seit

1995 im Amt), der populärste Politiker in Polen. Die SLD-Wahlerfolge begünstigten auch die erwähnte mehrjährige „programmatische Amnesie“ der Opposition.

¹⁰ Alle Angaben nach Rzeczpospolita vom 29./30.06.2002.

¹¹ Zu diesen Ausnahmen gehören u.a. der polnische Liberale Andrzej Olechowski (Außen- und Finanzminister a.D.) (liberale Wochenzeitung Wprost vom 2.6.2002), Prof. Jan Winiecki von der Viadri-

na-Universität (Wprost vom 1.10.2000).

¹² Alle Zitate aus dem Interview in Rzeczpospolita vom 30.11.2001.

¹³ Es handelt sich in erster Linie um das „Radio Maryja“-Milieu. Der Direktor dieses national und europaskeptisch gesinnten Rundfunks, Pater Tadeusz Rydzyk, hat sich in manchen Fragen vom polnischen Episkopat unabhängig gemacht.

¹⁴ Der Autor bereitet z. Zt. einen Artikel zu diesem Thema vor.

Das aktuelle Buch

Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Konzeptionen – Akteure – Regionen, herausgegeben von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2002, 416 Seiten.

Aus der Perspektive des demokratischen Westens hat der Begriff der „Sicherheit“ in der internationalen Politik in kaum mehr als einem Jahrzehnt mehrere dramatische Wandlungen erfahren. Während des Kalten Krieges, in dem sich zwei militärische Blöcke in machtpolitischer und ideologischer Konfrontation gegenüberstanden, war Sicherheit eindimensional militärisch definiert, sollte nukleare Abschreckung die Eskalation von Konflikten verhindern. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ging die Entwicklung eines „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ einher, der einen ambivalenten Charakter besaß: Einerseits wich die Drohverzierung eines Nuklearkrieges nach dem Zerfall der Sowjetunion der Beachtung und Förderung der potenziell konfliktlösenden Prozesse der Demokratisierung, Zivilisierung, Institutionalisierung, Regionalisierung etc. Andererseits folgte dem Ende des Kalten Krieges keine Ära weltweiter konfliktfreier Harmonie, sondern das einstige Szenario eines intendierten Angriffs des Warschauer Paktes wich der Vorstellung eines neuen, diffusen Bündels von Risiken und Bedrohungen: nukleare und konventionelle Proliferation, ethnische Konflikte, lokale Krisen und Kriege, Flucht, Vertreibung, Migration, internationale organisierte Kriminalität etc. Diesen neuen Herausforderungen konnte nicht mehr durch Abschreckung begegnet, sondern „Prävention“ sollte gezielt gefördert werden.

Mit den mörderischen Attacken gegen New York und Washington am 11. September 2001 stellt sich die Frage nach den Bedrohungen der internationalen Sicherheit wiederum neu. Fest steht, dass Prävention die Anschläge nicht vereiteln konnte und dass selbst ein hochgradig effektives Raketenabwehrsystem, das die USA zum Schutz ihrer nationalen Sicherheit projiziert haben, keinen Schutz vor Terrorangriffen mit zivilen Verkehrsflugzeugen böte. Gegen religiös-fundamentalistischen Terrorismus kann auch eine Strategie der Abschreckung nur wenig ausrichten, weil er,

so der Herausgeber des Sammelbandes „Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts“, Mir A. Ferdowsi, „nicht über ein eigenes Territorium verfügt, gegen das sich militärische Gegenmaßnahmen richten könnten und weil Selbstmordattentäter vom Kaliber des 11. September-Anschlags und ihre Unterstützer ohnehin keinerlei Rücksicht auf das eigene Überleben nehmen“.

Ferdowsis Ausgangshypothese, die in dem bescheiden „Einführung“ genannten, tatsächlich jedoch die Synthese der wichtigsten Gedanken und Anregungen des fassettenreichen Sammelbandes verkörpernden ersten Kapitel vorgestellt wird, relativiert die These, dass nach den Anschlägen des 11. September die Welt „nicht mehr so sein werde, wie sie war“ ebenso wie die Hoffnung auf die „Chance eines weltpolitischen Neuanfangs“. Der 11. September wird hier vor allem als „alarmierender Weckruf“ interpretiert, sich „der Beseitigung jener Strukturen zu widmen, die einen fruchtbaren Nährboden für

die Entstehung und das Anwachsen des Terrorismus bilden, weil dieser nicht nachhaltig durch militärische Mittel bekämpft werden kann“. Konsequenterweise widmen sich die sechs Beiträge des ersten Hauptteiles („Konzeptionen“) den wichtigsten Konzeptionen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des internationalen Systems. Neben diesbezüglichen Möglichkeiten und Chancen zeigen diese Analysen aus der Feder von Werner Link („Hegemonie und Gleichgewicht der Macht“), Peter J. Opitz („Kollektive Sicherheit“), Franz Nuscheler („Global Governance“), Harald Müller („Institutionalismus und Regime“), Bernhard Zangl („Humanitäre Intervention“) und Volker Matthies („Krisenprävention und Friedenskonsolidierung“) aber auch die damit verbundenen Hindernisse, die es zu beseitigen gilt.

Im Sinne eines „klassischen“ Lehrbuches folgt den Konzeptionen das Kapitel mit den Akteuren, wobei sich der Band auf die USA, Europa, Russland, die Volksrepublik China und Japan beschränkt. Die Fokussierung auf verschiedene Dimensionen der Sicherheit in den Beiträgen von Peter Rudolf, Josef Janning, Hannes Adomeit, Peter J. Opitz und Hanns W. Maull zeigt sehr deutlich die Unterschiede zwischen traditionellen Sicherheitskonzeptionen und Zivilmächts-Ansätzen.



Über einzelne Akteure hinaus geht der dritte Teil des Bandes, der sich mit der Frage der Rolle internationaler bzw. regionaler Organisationen in der internationalen Sicherheitspolitik befasst. Dass sich NATO, ASEAN, OAS und OAU in einer diesbezüglichen Übergangsphase mit nur teilweise kalkulierbarem Ausgang befinden, zeigen die Beiträge von Matthias Dembinski, Susanne Feske, Sabine Kurtenbach und Volker Matthies, deren perspektivisch ausgerichteten Aufsatztiteln jeweils ein Fragezeichen nachgestellt ist. Lediglich Peter Schlotter („OSZE – Von ‘Kollektiver Sicherheit’ zum ‘Dienstleistungsbetrieb’“) verzichtet darauf.

Im Schlusskapitel untersuchen Volker Perthes („Naher und Mittlerer Osten – Unvollständige Regimebildung und die Suche nach regionaler Identität“), Uwe Halbach („Der Kaspische Raum – Zwischen ‘Great Game’ und Seidenstraße“), Joachim Betz („Südasiens – Großregion ohne Regionalismus“) und Marie-Janine Calic („Südosteuropa – Vom Sukzessionskrieg zur Stabilität“) vor dem Hintergrund der übergeordneten Fragestellung des Bandes die diesbezüglichen Herausforderungen in einigen ausgewählten Regionen.

Versucht man die Quintessenz aus dem breit gefächerten Problemspektrum, das die einzelnen Beiträge dieses beachtlichen Bandes in ihrer Gesamtheit vor Augen führen, in Form eines Fazits zu kondensieren, so stößt man auf dreierlei, wie Herausgeber Mir A. Ferdowsi in seiner synoptischen Zusammenschau präzise herausgearbeitet hat. Zum einen bestätigt sich der ernüchternde Eindruck, „dass kurz bis mittelfristig wenig Hoffnung auf eine grundlegende Transformation der internationalen Politik in Richtung auf eine stabile Sicherheits- und Friedensordnung besteht, die diesen Namen auch verdient. Zum anderen, dass es den weltpolitischen Akteure an politischem Willen fehlt, die

vielfach ‘tickenden Zeitbomben’ entschlossen zu entschärfen. Drittens schließlich, dass es angesichts der Vielfalt der Probleme zwar keine einfachen Antworten zu ihrer Lösung gibt, jedoch zu deren Linderung auf Grund der Fülle der vorliegenden Konzeptionen das Rad nicht neu erfunden werden muss“.

Insgesamt verkörpert der Band, dessen einzelne Beiträge von sowohl fachlich bestens ausgewiesenen als auch didaktisch versierten Autorinnen und Autoren stammen, den Charakter einer Einführung in die vielfältigen Herausforderungen gegenwärtiger und zukünftiger Sicherheitspolitik. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit den Band ediert und in ihr Programm aufgenommen hat, um auch breiten, politisch interessierten Kreisen die Möglichkeit zu verschaffen, in der verwirrenden Vielfalt von Akteuren, Prozessen und Strukturen der internationalen Sicherheitspolitik Orientierung als Voraussetzung der Meinungsbildung zu gewinnen.

Andererseits, das zeigen neben der bereits erwähnten „Lehrbuch-Struktur“ erstens die mit großer Sorgfalt erstellten weiterführenden Literaturhinweise nach allen einzelnen Aufsätzen, das zeigt zweitens die politikwissenschaftlich-theoretische Fundierung insbesondere der Beiträge des ersten Hauptteiles („Konzeptionen“), und das zeigt drittens der Titel „Sicherheit und Frieden“, der neben der Charakterisierung politischer Zielvorstellungen gleichzeitig die unterschiedlichen Maximalpositionen der Theorierichtungen des „Realismus“ (Sicherheit) und des „Idealismus“ (Frieden) bezeichnet, besitzt der Band auch den Charakter einer politikwissenschaftlichen Grundlagenstudie und stellt auch für einschlägige Fachkreise eine wertvolle Informationsquelle dar.

Reinhard C. Meier-Walser

Buchbesprechungen

DeConde, Alexander/Burns, Richard Dean/Logevall, Fredrik: Encyclopedia of American Foreign Policy. New York u.a.: Charles Scribner's Sons 2002, 3 Bde., 1887 Seiten, \$ 400.00.

An Publikationen zur US-amerikanischen Außenpolitik herrscht kein Mangel. Im Gegenteil: Geradezu unübersichtlich ist die Vielzahl von Monografien, Sammelbänden und Konferenzdokumentationen – von Fachaufsätzen ganz zu schweigen – denen sich die an den Außenbeziehungen der USA interessierte Leserschaft gegenüber sieht. Dass das hier anzuzeigende, immerhin drei Bände mit insgesamt fast 2000 Seiten umfassende Werk von DeConde, Burns und Logevall dennoch als wertvolle Bereicherung des bereits vorliegenden einschlägigen Schrifttums gelten kann, hängt mit dem einzigartigen Charakter der „Encyclopedia of American Foreign Policy“ zusammen. Anders als Handwörterbücher herkömmlichen Zuschnitts, die oftmals lediglich in einigen wenigen Worten Auskunft zu geben versuchen über nahezu alle mit dem Gesamtsubjekt assoziierbaren Stichworte, setzt sich die von DeConde, Burns und Logevall herausgegebene Enzyklopädie aus rund 120 Aufsätzen (in der Größenordnung von je ca. 10–20 Seiten) aus der Feder von Experten vornehmlich sozialwissenschaftlicher Provenienz zusammen.

Eine derartige Konzeption erlaubt den Autoren, ihr jeweiliges Thema mit der gebotenen Ausführlichkeit als abgeschlossene Einzeluntersuchung zu bearbeiten, was die Lesbarkeit und den Informationswert erhöht und der Qualität der Publikation insgesamt gut tut. Allerdings lassen sich in einer Aufsatzsammlung scharfe thematische Abgrenzungen der einzelnen Beiträge zwangsläufig nicht immer erreichen. Die Überschneidungen sind jedoch vor allem deshalb nicht störend, weil das Werk eben nicht zur „Cover-to-cover“-Lektüre, sondern zum Nachschlagen bzw. zur Einarbeitung in ausgewählte Aspekte der US-amerikanischen Außenpolitik gedacht ist.

Die Autoren, darunter zahlreiche bekannte Namen wie z. B. Inis L. Claude Jr., Vojtech Mastny oder J. David Singer, behandeln in ihren Beiträgen, von denen einige eher historisch-chronologisierend, andere theoriegestützt-systematisch aufgebaut sind, die grundlegenden Ideen, Konzepte, Kontroversen und Veränderungen der US-amerikanischen Außenpolitik seit der Gründung der Ver-

einigten Staaten. Stichworte liefern z. B. „klassische“ Bereiche wie „Alliances, Coalitions, and Ententes“; „Balance of Power“; „Decision Making“; „Freedom of the Seas“; „Open Door Policy“; „Nuclear Strategy and Diplomacy“; „Realisms and Idealism“; „The Vietnam War and its Impact“; aber auch neue Themen wie „Environmental Diplomacy“; „Gender“; „Globalization“; „Humanitarian Intervention and Relief“; „Outer Space“ etc.

Sollte bei der Lektüre einzelner Aufsätze das Interesse an zusätzlicher Vertiefung geweckt werden, so dienen die weiterführenden Literaturhinweise als nützliche Hilfestellung. Abgerundet wird die Encyclopedia of American Foreign Policy durch eine die Zeitspanne von 1607–2001 umfassende Chronologie und ein dem Typus eines Standardwerkes angemessenes detailliertes Sach- und Personenregister.

Reinhard C. Meier-Walser

Becker, Winfried/Buchstab, Günter/Doering-Manteuffel, Anselm/Morse, Rudolf: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn: Schöningh Verlag, 2002, € 50,00.

In Zeiten, in denen den Parteien immer mehr Profillosigkeit und mangelnde Unterscheidbarkeit vorgeworfen wird, kann es nicht schaden, sich vor Augen zu halten, woher diese Parteien kommen. Gerade die modernen christdemokratischen Parteien sind in den letzten Jahren von der Wissenschaft ja ohnehin nicht so intensiv bearbeitet worden wie etwa die Sozialdemokraten oder sogar Kleinparteien wie die Grünen. Die Mediendemokratie unserer Tage verführt erst recht zu noch mehr stromlinienförmiger Anpassung an einen Mainstream politischer Kommunikation – und gleicht die politischen Akteure immer mehr aneinander an. Ist in dieser Zeit ein Projekt, wie es unter Federführung der Konrad-Adenauer-Stiftung von den Herausgebern vorgelegt wurde, ein Anachronismus oder eine überfällige Bestandsaufnahme der christlich-demokratischen Politik der jüngsten Geschichte?

Um es vorweg zu nehmen: Den Verantwortlichen ist ein wichtiges und beachtliches Opus gelungen. Auch wer sich selbst nicht dem geistigen Hintergrund der Christdemokratie zuordnet wird dieses Buch mit großem Gewinn

zur Hand nehmen. Es ist sowohl für die Hintergrundinformation zu biografischen und institutionellen Fragen gut geeignet und damit ein wertvolles Hilfsmittel der politischen Bildung. Genauso wichtig ist es sicher auch als Selbstvergewisserung von Anhängern und Sympathisanten christdemokratischer Politik, um sich rasch über Detailfragen und größere Zusammenhänge informieren zu können. Es bietet zugleich eine umfassende Dokumentation des Forschungsstandes zu zentralen Fragen der Geschichte und politischen Wirkung christdemokratischer Akteure, Parteien und Verbände. Einen Großteil seiner Wirkung erzielt das Werk durch seine originelle Konzeption; es soll, so die Herausgeber, nicht eine neue Enzyklopädie sein, sondern im Mittelpunkt sollen „Themen, Personen und Daten der Entwicklung der Christlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“ stehen, „die in ihren historischen Voraussetzungen und Dimensionen dargestellt und eingeordnet werden“ (S.7). Und dies in der Tat sehr professionell und aufwändig, ohne den Raum eines Bandes zu überschreiten. Es beginnt mit einer sehr nützlichen Abhandlung zur Begriffsgeschichte von Winfried Becker. Es folgen hervorragende historische Überblicke für die Zeit von 1870 bis 2000 (von Winfried Becker, Rudolf Morsey, Brigitte Kaff, Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann, Horst Möller und Karl Schmitt) sowie ein Beitrag zur CDU in der DDR von Manfred Agethen. Nach zwei Zeittafeln findet der Leser das umfangreiche biografische Lexikon sowie ein Sachlexikon. Im Anhang abgedruckt sind erfreulich viele nützliche Daten und hilfreiche Register - an der Benutzerfreundlichkeit wurde dankenswerterweise nicht gespart.

Der Mut der Herausgeber zur Wahl dieser originellen Konzeption hat sich gelohnt. Mit dieser Mischung ist sowohl unter Gesichtspunkten der Systematik wie auch der Aktualität das Optimum herausgekommen. Sicher wird es immer Spezialisten geben, die ein Stichwort oder einen Namen vermissen, aber zur in diesem Band gebotenen Möglichkeit der raschen Information über wichtige Personen und Entwicklungen in der Geschichte der deutschen Christdemokratie auf Höhe der Forschung gibt es keine Alternative. Der Band ist mehr als ein Nachschlagewerk: er bietet eine Standortbeschreibung auf hohem Niveau und zugleich Orientierung für Wissenschaftler, Journalisten und politisch interessierte Menschen. Leider wird ja heute nicht nur in der schulischen politischen Bildung, sondern auch bei den Unionsparteien und deren Umfeld immer weniger über die Geschichte der Christdemokratie in Deutschland der letzten Jahr-

zehnte gelehrt. Gerade für Jugendliche kann ein solches Buch eine hilfreiche Informationsquelle sein. Karl Schmitt hebt in seinem Beitrag über die Union in den 90er-Jahren hervor, dass es bei den wahlentscheidenden Schichten der politischen Mitte immer mehr auf „gläubwürdiges Führungspersonal und sachkompetente Lösungsstrategien“ (S.108) ankomme. Dieses Lexikon macht deutlich, was in der Geschichte der Unionsparteien vorhanden war und ist. Das Wissen um diese Geschichte ist ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Zukunft der Union.

Gerhard Hirscher

Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten – Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland – DJI-Jugendsurvey 2 (1997), Leverkusen: Leske & Budrich, 2000, ISBN 3-8100-2558-5, 479 Seiten, € 20,50.

„Die unzufriedenen Demokraten“ in den alten und neuen Bundesländern halten zwar in der großen Mehrzahl an der Idee der Demokratie fest, stehen aber dem politischen System und seinen derzeitigen Akteuren mit Skepsis, Distanz und Unzufriedenheit gegenüber. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt Anthony Giddens (Direktor an der bekannten London School of Economics) in seinen fünf „Reith Lectures“ über „Die entfesselte Welt“ (Suhrkamp Frankfurt 2001). A. Giddens spricht vom „Paradox der Demokratie“. Dieses Paradox besteht in der „globalisierten Welt“ darin, dass die Demokratisierung zwar weiter zunimmt, gleichzeitig breitet sich aber insbesondere bei jungen Menschen zunehmende Enttäuschung über die Handhabung der demokratischen Spielregeln, Verfahren und Praktiken aus. A. Giddens fordert daher, dass gerade in der westlichen Welt dringend eine „Demokratisierung der Demokratie“ erfolgen müsse. Eine solche Konsequenz ergibt sich auch aus den Ergebnissen des zweiten Jugendsurvey. Diese Untersuchung ist im Jahre 1997 vom Deutschen Jugendinstitut (DJI-München) durchgeführt worden. In Verbindung mit einer zusammenfassenden Würdigung dieser quantitativ-empirischen Untersuchung können nur einige Kerngedanken erwähnt werden. Somit kann weder Systematik noch Vollständigkeit beansprucht werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind sowohl für Bildungs- und Sozialpolitiker wie für Pädagogen und Psychologen von großem Interesse. Darüber hinaus machen die Resultate Politiker auf Defizite aufmerksam und signalisieren an verschiede-

nen Stellen den dringend erforderlichen Handlungsbedarf. Ebenso interessant und wichtig sind die Entwicklungslinien und Prozesse, die analysiert und diagnostiziert werden.

Die Herausgeber haben bereits in der Einleitung sowohl die forschungsleitenden Perspektiven als auch den Aufbau der Studie dargestellt. Stichworte der insgesamt elf Kapitel sind: Die sozioökonomische Situation der 16- bis 29-Jährigen und die verschiedenen Lebensformen, die Identifikation mit dem Teil Deutschlands, in welchem die jungen Menschen leben, die Wertvorstellungen und sinngebenden Lebenshorizonte, die grundlegenden politischen Ordnungsvorstellungen, die Einstellung zu Deutschland und zur Europäischen Union, die politischen Orientierungen, das Vertrauen in staatliche Institutionen und Partizipationsbereitschaften, die Entwicklungstrends im Verhältnis der 16- bis 29-Jährigen zur Politik. Abschließend werden noch einige Antworten auf folgende Fragen gegeben: Ist bei den politischen Einstellungen und Orientierungen im Zeitverlauf (1992–1997) eine Annäherung oder ein Auseinanderdriften zwischen den alten und neuen Bundesländern zu erkennen? Gibt es geschlechtsspezifische Zugänge zur Politik? Welche Bedeutung haben Aspekte sozialer Ungleichheit für die politischen Einstellungen junger Menschen?

Verallgemeinernd und zugleich vergrößernd kann Folgendes festgestellt werden: In noch stärkerem Maße als die westdeutschen Altersgenossen lassen die ostdeutschen 16- bis 29-Jährigen eine Haltung „unzufriedener Demokraten“ erkennen. Die „West-Ost-Unterschiede“ in den politischen Orientierungen sind im Vergleich zwischen 1992 und 1997 noch größer geworden.

Im Westen ist etwa die Hälfte und im Osten knapp zwei Drittel der Jugendlichen weder Mitglied in traditionellen Organisationen oder politischen Parteien noch in Vereinen oder Verbänden. Es besteht eine zunehmende Tendenz zum „Rückzug ins Private“. Ein ausgeprägter Nationalismus geht bei jungen Menschen sowohl mit einer fremdenfeindlichen Orientierung einher als auch mit dem Wunsch nach einer starken Hand, die wieder Ordnung schafft. Fremdenfeindlichkeit hat keineswegs nur eine Ursache. Vielmehr muss ein ganzes Bündel von Bedingungen zusammenkommen, um fremdenfeindliche Orientierungen zu entwickeln: Gefühle von Verunsicherung und Orientierungslosigkeit, fehlende persönliche Kontakte zu Migranten, eine niedrige oder mittelmäßige Schulbildung und vor allem eine konventionelle Wertorientierung, der die pro-

soziale Komponente fehlt. Bei den jungen Ausländern in West- und Ostdeutschland ist es gerade das niedrige Bildungsniveau, das die größere Distanzierung zum politischen Bereich verursacht.

Kaum ein soziales Merkmal prägt sowohl die Lebenssituation wie auch die Herausbildung der politischen Haltungen und Beteiligungschancen so eindeutig und systematisch wie das erreichte Bildungsniveau der 16- bis 29-Jährigen. Das geringere Bildungsniveau bedeutet zugleich ein früheres Ende der Jugendphase und damit ein frühes Ende des Moratoriums zum Rollenexperimentieren zwischen Schule und Beruf. Die Jugendzeit ist für diese jungen Menschen kürzer. Sie müssen schneller erwachsen werden als etwa die 19- bis 20-jährigen Abiturienten. Die jungen Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen verbleiben nur relativ kurz im Schul- und Ausbildungssystem. Sie treten früh in das Erwerbsleben ein und entscheiden sich in jüngerem Alter für Ehe und Kinder. In noch stärkerem Maße werden die ausländischen Mädchen und jungen Frauen auf Tradition festgelegt, auf Haushalt, Familie und Kinder! Die oft beschriebene Distanz der jungen Generation zum Politischen ist bei den unter 20-Jährigen mit niedrigem Bildungsgrad am größten. Diese Distanz zum Politischen ist gleichzeitig mit mangelndem Engagement verbunden. Der Verdrängungswettbewerb auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gibt den gering Gebildeten und den jungen Menschen ohne Bildungsabschluss kaum eine wirkliche Chance.

Bei jungen Frauen mit niedrigem Bildungsniveau endet die Jugendphase noch früher als bei entsprechenden jungen Männern. Junge Frauen haben daher zur Politik noch eine größere Distanz als junge Männer.

Es gibt positiv und negativ eine Wechselbeziehung zwischen Bildungsniveau und politischem Engagement.

Zusammenfassend stellen die Autoren des „Jugendsurvey 2“ Folgendes fest: „Die Befragten im Osten sind weniger zufrieden mit der Demokratie, ihr Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems ist geringer, die Bewertung des Sozialismus in der ehemaligen DDR fällt hingegen positiver aus als im Westen. Nach wie vor (1992 und 1997) genießen die Institutionen etablierter Politik wenig, Institutionen und Organisationen alternativer Politik dagegen hohes Vertrauen.“

An dieser Stelle kann nochmals auf die Ausführungen und Forderungen von Anthony

Giddens verwiesen werden. Er spricht u.a. von der notwendigen „Demokratie der Gefühle im Alltagsleben“. Die Entstehung der „Demokratie der Gefühle“ steht im Kampf zwischen Kosmopolitismus und Fundamentalismus. In der neuen, globalisierten Welt, deren Grundprinzip die aktive, gefühlsbetonte Kommunikation ist, verlieren Formen der autoritären Machtausübung mehr und mehr an Einfluss. Die weiter voranschreitende Globalisierung schafft nicht nur immer neue Gewinner und Verlierer, sondern treibt auch das „Wettrennen der Gehirne“ immer weiter voran. Auf der einen Seite befindet sich die „globale Räuberhöhle“ und auf der anderen Seite die „globale kosmopolitische Gesellschaft“. Die künftige Weltgesellschaft ist labil, angstbeladen und durch tief greifende Gegensätze und Widersprüche gekennzeichnet. Es gibt immer mehr Risiken, Konflikte, Probleme und ungelöste Aufgaben. Wir leben heute nicht nur in einer „postnaturalen“, sondern auch in einer „post-traditionalen“ Gesellschaft. Traditionen konservieren angeblich Lebensweisheit und Lebensklugheit. Sie verleihen dem Leben Kontinuität und geben Haltepunkte für die Lebensgestaltung. Traditionen und Brauchtum gehen weltweit Schritt für Schritt zurück. Gleichzeitig verändert sich die Grundlage unserer Identität und unser Selbstverständnis. Der Traditionsverlust hat erhebliche Konsequenzen für die Familie und das mitmenschliche Zusammenleben.

Gottfried Kleinschmidt

Raddatz, Hans-Peter: Von Allah zum Terror? Der Djihad und die Deformierung des Westens. München: Herbig Verlag, 2002, 376 Seiten, € 29,90.

Man braucht kein Experte auf dem Gebiet der vergleichenden Religionssoziologie zu sein, um wissen zu können, dass sich der Islam in der Struktur seiner Lehre und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen fundamental von den anderen Weltreligionen, auch und gerade dem Christentum, unterscheidet. Auch dass er gänzlich andere Handlungsmaximen in Bezug auf die Sphären der Politik und Wirtschaft und für das Verhalten gegenüber den „Ungläubigen“ vorgibt. Dass er weiter eine Geschlechterordnung erzwingt, die man, wie viele andere Aspekte dieser Religion, nur als „archaisch“ bezeichnen kann. Eine nur oberflächliche Lektüre Max Webers oder zum Beispiel Elias Canettis, eigentlich aber bereits der mit historischen und politischen Grundkenntnissen ausgestattete gesunde Menschenver-

stand würden für die Begründung der These ausreichen, dass alle diese Unterschiede sich in einem anders gearteten Verhältnis zur Gewalt und zu unmittelbarer Machtausübung bündeln. Einem Verhältnis, das die Herrschaftsform der Despotie nicht als Zufall, sondern als Normalfall islamischer Staatlichkeit erscheinen lässt, rationalem Wirtschaftshandeln in islamischen Gesellschaften kaum Chancen gibt und das immer zur „Expansion mit dem Schwert“, durch Gewalt und Terror, motiviert hat. Natürlich bleibt eine derartige Auffassung, solange sie sich nicht systematisch zu fundieren weiß, oberflächlich und durch Einzelheiten immer irritierbar, aber sie hat doch ein derartiges Maß an faktengedeckter Evidenz, dass die Begründung des Gegenteils, also die These von einem strukturell auf Gewaltfreiheit und „Frieden“ angelegten und die einzelnen gesellschaftlichen Praxisfelder entsprechend stimulierenden Islam, einem klar denkenden Zeitgenossen zunächst als ein schier aussichtsloses Unterfangen erscheinen müsste, wie der Aufrichtungsversuch eines Gebäudes von Fiktionen.

Nun weiß man freilich, dass genau diese fiktionale Auffassung über den Islam als Meinungskristall im massenmedial präsentierten Intellektuellendiskurs und besonders im sich ausbreitenden „interkulturellen Dialog“ dominiert und dass paradoxerweise der 11. September 2001 zunächst sogar mittels verstärkter Unterscheidungen zwischen „Islamismus“ und „echtem Islam“ ihre nochmalige Verhärtung nach sich zog. Fast immer ist die intellektuelle Begründung dieser Auffassung höchst dürftig und sie wird auch nur zu einem geringen Teil von Personen verfochten, die als Kenner des von ihnen bewerteten Objekts gelten dürfen. Schaut man genauer hin, erkennt man ein nur gering variiertes Muster sich um bestimmte Gummi- und Nullbegriffe rankender Fixierungen, das auf permanente Bekräftigung einer spezifischen Grundaussage zielt: Dass es eigentlich die eigene Gesellschaft sei, der in Geschichte und Gegenwart im Verhältnis zum Islam die Gewalt- und Täterrolle zuzuschreiben sei. Dass der Islam hingegen, der die abendländische Kultur außerordentlich befruchtet habe und mit dem das Christentum tiefgehende Gemeinsamkeiten teile, zumeist nur als reagierendes Opfer agiert habe und dass es nun an „uns“ sei, der sich im Zuge der Masseneinwanderung hier ausbreitenden islamischen Kultur gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit jene Toleranz zu erweisen, die diese immer auszeichnet habe.

Wer dieses Deutungsmuster in größere kulturelle Phänomenkontexte einbettet und genauer

die Rolle beleuchtet, die Fiktionen schon lange bei der massenmedialen Erzeugung von Massenhysterie spielen – erinnert sei an den monatlangen „Aufstand der Anständigen“ des Sommers 2000, der sich erst im Schwimmbad von Sebnitz auflöste –, kommt nicht umhin, es als deutlichstes Symptom einer tiefgehenden kulturellen Deformation der westlichen und besonders der deutschen Gesellschaft aufzufassen; einer Deformation, die ihren Kern in einem pathologisch gestörten Verhältnis zwischen dem Eigenen und Fremden hat, das langfristig, das zeigt jede universalgeschichtliche Betrachtung gesellschaftlicher Prozesse, katastrophale Auswirkungen haben muss.

Ich habe damit die beiden Problemkomplexe, das Verhältnis des Islam zur Gewalt und das „postmoderne“ Verhältnis des Westens zum Islam, umrissen, die im Zentrum des neuen Werks von Hans-Peter Raddatz „Von Allah zum Terror?“ stehen, das zu den bedeutendsten auf dem Gebiet der historisch-systematischen Kulturdiagnose gehört, die in den letzten Jahren erschienen sind. In einer ungewöhnlich kenntnisreichen Analyse zeigt Raddatz zunächst auf, dass dem Islam von seinen Anfängen bis in die Gegenwart Grundmuster und Dynamiken inhärent sind, die in bestimmten Konstellationen immer „naturwüchsig“ die gewalttätige Expansion erzeugen und den islamischen „Bruderkrieg“ und Terror nach innen und ihn als eine politische Religion erweisen, die bedeutsame Strukturähnlichkeiten mit den politischen Religionen des 20. Jahrhunderts, den beiden Totalitarismen, hat. Und er deutet danach in vielfältigen systemtheoretischen Reflexionen die kulturelle Krise und Schwäche des Westens, die seine technologisch-wirtschaftliche Stärke nur noch notdürftig überdeckt. Eine Schwäche, die, dies aufgezeigt zu haben, ist Raddatz großes Verdienst, in einem Komplementaritätsverhältnis zur Kulturstärke des Islam, seinem rein selbstaffirmativen Selbstbild steht und dieses beständig nährt. Dass dieses Verhältnis im Zusammenhang mit den ungleichgewichtigen globalen und innerwestlichen demografischen Entwicklungen eine starke Verschiebung künftiger Machtkonstellationen und eine Vervielfältigung innerer und äußerer gewalttätiger Konflikte erzeugen muss, liegt auf der Hand.

In seiner historisch-systematischen Darstellung über die Entstehung und die verschiedenen historischen Expansionsschübe des Islam im ersten Teil des Buchs verweist Raddatz im-

mer wieder auf die unwandelbaren Grundmuster dieser Religion: ihr Kern ist die Einheit von vergleichendem Ritus, der die Gläubigen zur umma zusammenschweißt, und Kampf gegen den Unglauben, der die Gewaltexpansion, den djihad, rechtfertigt und fordert und sie verwirklicht sich in der unauflöselichen Klammer von Staat und Moschee, deren Inbegriff die sharia ist. Von großer, auch aktueller politischer, Bedeutung sind seine subtilen Analysen über die Machtdynamik des Islam. Es handelt sich um charismatische Motivierungen und Mechanismen, die zentralisierter Befehlsstrukturen nicht bedürfen, sondern sich selbsttätig-dezentral immer wieder erneuern und anheizen und zwar nicht nur zur Expansion nach außen, sondern auch für den Kampf für den „wahren Glauben“ nach innen. Dass Allah den Stärksten prämiert und der archaische Ehrenkodex islamischer Gesellschaften sind die Hauptursachen für den Despotismus als Zentralform islamischer politischer Herrschaft. In der Diaspora funktioniert der Islam nach dem Muster eines Kraftfeldes, das sich zunächst in geschmeidigen Anpassungen an die Umgebung auflädt, um ab einem bestimmten Stärkegrad – auch durch Gewalt – die Durchsetzung seiner Zentralmerkmale zu versuchen. Außerordentlich tief gehende Einsichten kulturdiagnostischer Art gelingen Raddatz im dritten Teil seines Werks, seinen Analysen zur Komplementarität westlicher, insbesondere deutscher, Kulturschwäche und islamischer Kulturstärke. Islamisches Denken basiert auf einem an Muhammads Medina-modell als unwandelbarem Vorbild orientierten historischen Langzeitgedächtnis, während in der westlichen „Postmoderne“ mehr und mehr der ‚Momentismus‘ dominiert, ein auf den Gegenwartsaugenblick fixiertes Denken, dem die Kraft zur rückwärts und vorwärts gerichteten Langsicht entwindet.

Dazu kommt ein tendenziell schizoides Selbstverhältnis, in dem das Verhältnis von Eigenem und Fremdem im Sinne eines grotesken Negativ-Positiv-Schemas gefiltert wird, das die Selbstaffirmation verhindert. Hingegen dominiert im Islam der Gegenwart ein exakt dazu passendes paranoides Selbstverhältnis, das – zur Selbstkritik unfähig – alle Übel der eigenen Gesellschaft „dem Westen“ anlastet. Es sind dieses nur zwei der zentralen Gedanken der eindringlichen Kulturdiagnose von Raddatz, die nicht nur von der Wissenschaft, sondern auch der Politik zur Kenntnis genommen werden sollte.

Friedrich Pohlmann

Koller, Michaela: Sadats Wende. Ägyptens Außen- und Wirtschaftspolitik nach dem Oktoberkrieg 1973. Neuried: ars una Deutsche Hochschuledition, Bd. 130, 2002, 193 Seiten, € 38,00.

Sadats Wende; Ägyptens Außen- und Wirtschaftspolitik nach dem Oktoberkrieg 1973, eine im ars una-Verlag, Deutsche Hochschuledition (Band 130) erschienene Arbeit Michaela Kollers, bietet weit mehr, als der Titel suggeriert. Wenn auch der Schwerpunkt auf der Neuorientierung der ägyptischen Außen- und Wirtschaftspolitik nach 1973 liegt, wird der Entwicklung im Vorfeld – seit der Machtübernahme Gamal Abd el-Nassers – beziehungsweise durch Sadats Nachfolger Mohamed Hosni Mubarak bis fast zur Gegenwart breiter Raum gegeben.

Deutlich wird die überragende geostrategische Schlüsselstellung Ägyptens (des bevölkerungsreichsten Staates im arabischen Raum) vor allem durch den Suezkanal und dessen Bedeutung für die Ölimporte Europas herausgearbeitet. Ebenso die ägyptische Schnittstellung im Kalten Krieg, wo die Quasi-Schutzmächte Sowjetunion und USA um neue Einflusszonen rangen. Koller sieht für die Änderung des „Patron-Client-Verhältnisses“ als Hauptgrund die mangelnde Unterstützung Ägyptens durch die Sowjetunion vor und während des Oktoberkrieges 1973 (die Autorin verwendet nicht den Begriff Jom-Kippur-Krieg), die mitentscheidend für den für Ägypten schlechten Ausgang gewesen sei. Doch auch wirtschaftspolitische Überlegungen hätten eine bedeutende Rolle gespielt: so habe Mohamed Anwar El Sadat zwar noch im Jahre 1972 die Kontinuität mit der Politik seines Vorgängers betont („Freiheit, Sozialismus, Einheit“), doch ein Jahr darauf die Infitah begonnen, die Öffnung hin zu marktwirtschaftlichen Strukturen.

Hier stellt sich die Frage, ob der von der Autorin herausgestellte Zeitpunkt dieser Zäsur nicht nur der offiziell von der Regierung propagierte ist. Denn wie an anderer Stelle erwähnt, hatte bereits Nasser nach dem Sechstage-Krieg 1967 Konzessionen hin zu einer Marktöffnung machen müssen, um Kredite aus den USA und den konservativen arabischen Golfmonarchien zu erhalten.

Die Gründe für die andauernde unbefriedigende Wirtschaftslage Ägyptens werden von der ehemaligen Pressesprecherin einer Menschenrechtsorganisation durch ein reichhaltiges und vielfältiges Zahlenmaterial akribisch herausgearbeitet. Daran wird deutlich, dass

neben den anhaltend hohen Verteidigungsausgaben auch die häufig dargestellte krasse Korruption durch den aufgeblähten Staatsapparat entscheidende Bedeutung besaßen und Korrekturen sehr erschwerten. Trotz dieser Erkenntnis unterblieben zum Beispiel Investitionen im primären Sektor, sodass Ägypten vom Nahrungsexporteur zum -importeur wurde – wodurch wiederum die außenpolitische Abhängigkeit, hier von den Weizenlieferungen der USA, zunahm.

Während bis März 1974 keine diplomatischen Beziehungen zu den USA existierten, begannen bis 1980 die „Flitterwochen“ im ägyptisch-amerikanischen Verhältnis. Koller zeigt zum einen die daraus resultierenden Änderungen im wirtschafts- und sicherheitspolitischen Verhältnis, z. B. die Lockerungen des Ölembargos, zum anderen weist sie dezidiert die Motive für den Wechsel der Allianzen nach: größere finanzielle Zuwendungen, technisches Know how und die Erkenntnis, dass nur die USA die Rückgabe des Sinai beim „Klient Israel“ ermöglichen könne.

Geradezu spannend zu lesen ist die Schilderung des Ringens um das ägyptisch-israelische Friedensabkommen mit den dramatischen Interventionen des US-Präsidenten Jimmy Carter in Camp David oder der Drohung Sadats mit dem Abbruch der Verhandlungen, ehe am 17. September 1978 nach 13 Verhandlungstagen und -nächten zwei Abkommen von Sadat und Menachem Begin im Weißen Haus unterzeichnet wurden. Während der schrittweise israelische Rückzug vom Sinai Ägypten neue Devisenquellen bescherte, war in dem anderen Abkommen nur von einer „Übergangslösung“ und „Teilautonomie“ im Palästinenser-Gebiet (Westjordanland und Gazastreifen) die Rede. Begins (mündlich gegebene!) Zusicherung eines israelischen Besiedlungsstops in den besetzten Gebieten bekommt vor der neuesten Entwicklung eine besondere Brisanz.

Der Stillstand in den Beziehungen zur Sowjetunion bis hin zur Ausweisung des sowjetischen Botschafters „unter Spionageverdacht“ im September 1981 werden als logische Folgeentwicklungen geschildert, ebenso wie Ägyptens Isolation in der arabischen Welt, die jedoch von Anfang an nur halbherzig durchgeführt wurde.

Abgerundet wird die detaillierte und kenntnisreiche Darstellung durch Mubaraks Politik des Ausgleichs und der Normalisierungen der Außenbeziehungen. Auch wenn hier zum Teil zu sehr der ägyptische Blickwinkel überwiegt

(so wird die Bedeutungsminde- rung der „Blockfreiheit“ seit Mitte der 80er-Jahre erwähnt), wird das diplomatische Vor- gehen Mubaraks bis zur völligen Reintegration ins arabische Lager deutlich herausgearbei- tet.

Nicht ganz geklärt bleiben folgende Fragen: Fand nicht schon vor Nassers Tod eine prin- zipielle Neuorientierung der Außenbeziehun- gen statt, da die SU nicht in der Lage zu sein schien, die Hauptprobleme Ägyptens (u. a. Räumung des Sinai) zu lösen? War nicht zu- dem 1972 das „Jahr der Entscheidung“? Denn im Juli 1972 wurden die sowjetischen Militär- berater ausgewiesen und seit April desselben Jahres fanden erste Gespräche zwischen den Präsidenten Ägyptens und der USA bzw. ihren Außenministern statt. In diesem Zusammen- hang verweist Koller selbst auf die persönli- che Grundhaltung Sadats („Wir werden nie- mals Kommunisten, wir sind religiös“).

Ärgerlicherweise finden sich einige formale und orthografische Fehler (wie z. B. die häufig fehlende Nummerierung der Fußnoten), zudem einige sorglos übernommene Terminologien aus der Sekundärliteratur, so z. B. „progressi- ves Libyen“, wodurch die Lektüre dieser fun- dierten und eine sehr aktuelle Problematik er- läuternden Arbeit allerdings nicht geschmälert wird.

Manfred Linder

Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Das Wort hat der Bundeskanzler. Eine Analyse der Regie- rungserklärungen von Adenauer bis Schrö- der. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002, € 34,90.

Mit dem vorliegenden Band legt der Heraus- geber erstmals eine systematische Doku- mentation der Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder vor. Systematisch in- sofern, als es sich nicht bloß um eine Chro- nologie und Kommentierung der Redetexte handelt, sondern auch um eine Analyse der jeweiligen Entstehungsgeschichte dieses so wichtigen Führungsinstruments des Kanzlers. Diesem steht zur Politikgestaltung neben den Instrumenten der Einflussnahme auf das Ka- binett, der Kontrolle der Kabinettsausschüsse und der Bildung informeller Gesprächskreise vor allem das Recht zur Festlegung der Richt- linien der Politik. Von ihm kann der Kanzler am sichtbarsten Gebrauch machen durch die Re- gierungserklärung, in die er seine Vorgaben

und das Arbeitsprogramm (so v. a. in den „Großen Regierungserklärungen“, den so ge- nannten Antrittsreden, die den Schwerpunkt der Untersuchung bilden) für die Koalition so- zusagen einspeist.

Korte konzentriert die Untersuchung auf die Antrittsreden, weil sich in ihnen das Ge- samtprogramm, die „Quintessenz“ der Regie- rungsarbeit für die weiteren vier Jahre auf allen Politikfeldern bündelt. Hier findet sich am ehe- sten die Handschrift des Kanzlers, was hin- gegen in den Plenarreden im Laufe der Legis- laturperiode an Akzenten gesetzt wird, ist allzu häufig dem politischen Alltagsgeschäft sowie aktuellen Stimmungen und Lageanalysen un- terworfen. Umso interessanter ist die Frage, inwieweit die Kanzler der Bundesrepublik die „Großen Regierungserklärungen“ tatsäch- lich als Führungsinstrument genutzt haben, um die großen Linien für die Wahlperiode vorzu- zeichnen, an denen sich künftiges Regie- rungshandeln zu messen hatte.

Hier fällt das erste Urteil zunächst eher nüch- tern aus: Gemessen an der Wirkung so man- cher Bundestagsreden, so Korte, waren die Großen Regierungserklärungen häufig eher „unauffällig und weniger pointiert“. Dies ent- spricht zumindest der herrschenden Meinung der Medien wie auch der öffentlichen Wahr- nehmung. Dennoch erfüllen sie gegenüber Partei, Fraktion und Koalitionspartner eine wichtige integrative Funktion. Das im Par- lament und gegenüber der Öffentlichkeit vorge- stellte Programm bindet Partei und Fraktion und signalisiert nach innen, inwieweit der Kanzler die aus seinem Verantwortungsbereich und den einzelnen Ressorts erarbeiteten Vor- lagen, die Koalitionsvereinbarung oder exter- ne Vorschläge berücksichtigt oder aber stär- ker eigene politische Absichten mit einbringt. Dies wiederum lässt wesentliche Rückschlüs- se auf die Strukturmerkmale des jeweiligen Regierungshandelns zu, die sich in der Bun- desrepublik durch drei Begriffe charakterisie- ren lassen: Kanzlerdemokratie, Koalitions- demokratie und Parteiendemokratie.

Erstere steht für ausgeprägte Personalisierung und persönliches Prestige, Letztere für die we- sentliche Rolle der Partei nicht nur bei der Auswahl des Regierungschefs und der Bildung der Koalition, sondern auch bei der demo- kratischen Willensbildung im Allgemeinen oder der Entstehung der Regierungserklä- rung im Speziellen. In der Koalitionsdemokra- tie wiederum verkündet der Kanzler die Poli- tik der Koalition, d. h. keineswegs nur seine eigenen parteipolitischen Absichtserklärungen.

Aufschluss über die entsprechende Einstufung der Kanzlerschaften auf diesem Hintergrund geben vor allem die Entstehungsgeschichten der Großen Regierungserklärungen aus dem Verantwortungsbereich des Kanzlers. Der Verdienst der Studie liegt in den erstmaligen Analysen der Debatten hinter den Kulissen, aus denen schließlich die Reden geformt wurden. Details hierzu wurden über Archivrecherchen sowie Hintergrundgespräche mit beteiligten Redenschreibern ermittelt und liefern so in der Summe einen spannenden Einblick in das Regierungshandeln der Kanzler. Und sie ermöglichen mittels systematischer Untersuchung der machtpolitisch umkämpften Entstehungsbedingungen und programmatischer Positionskämpfe eine Einordnung der jeweiligen Kanzlerschaften bzw. der spezifischen Führungsstile der Kanzler.

Insgesamt erhält der Leser einen schönen Überblick über den Stellenwert von Regierungserklärungen für das politische System, die an sie gebundenen Akteure und die jeweiligen politisch-inhaltlichen Schwerpunkte der Reden. Dabei wird deutlich, wie stark die Regierungserklärung eben doch „Visitenkarte“ und Führungs-, ja Machtinstrument des Politikers sein kann. Aus Worten können politische Taten werden und Regierungserklärungen sind somit nicht allein wichtige zeitgeschichtliche Zeugnisse, sondern immer auch wirkungsvolles Steuerungsinstrument. Kortes Studie rückt die politische Rede als Machtinstrument ins Zentrum der vergleichenden Regierungslehre.

Stefan Fröhlich

Langbein, Kurt/Skalinik, Christian/Smolek, Inge: Bioterror – Die gefährlichsten Waffen der Welt – Wer sie besitzt – Was sie bewirken – Wie man sich schützen kann. München/Stuttgart: DVA – Deutsche Verlagsanstalt, 2002 ISBN 3-421-05465-7, 286 Seiten kart., € 19,90.

Biowaffen sind nicht nur heimtückisch, weil sie geruchlos, unsichtbar, in sehr geringen Mengen bereits tödlich wirken können, sie können darüber hinaus auch eine ganze Region längerfristig verseuchen. Die Autoren wollen nicht nur informieren und aufklären, sie wollen auch warnen, vorbeugen und schützen. Sie beschreiben detailliert wie Milzbrandviren, Pocken, Pest, Cholera, Botulismus usw. entstehen, wie sie übertragen werden, mit welchen Beschwerden zu rechnen ist, wie die Diagnose gestellt werden kann, welche

Möglichkeiten der Behandlung und der Heilung es gibt und wie man vorbeugen und sich schützen kann. Wichtig und hilfreich sind schließlich die Informationszentren, bei denen man sich im Ernstfall in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz informieren kann.

Die Autoren berichten nicht nur über die aktuelle Lage in den verschiedenen weltpolitisch brisanten Regionen und zeigen die Zusammenhänge zwischen Wissenschaft, Politik, Religion und Ideologie auf, sondern weisen auch auf historische Zusammenhänge hin. Das Buch ist nicht nur für Fachleute, Politiker, Ärzte, Lehrer und Theologen interessant, es will auch Bürgerinnen und Bürger informieren. Dies ist gelungen, zumal die Formulierungen kurz, prägnant und gut verständlich sind.

In Verbindung mit einer zusammenfassenden Würdigung kann nur punktuell und stichwortartig auf einige markante Aussagen aufmerksam gemacht werden. Heute sind Hunderte von Biowissenschaftlern über den Globus verstreut, die alle über das tödliche „Know-how“ der Biowaffenproduktion verfügen. Erst vor wenigen Jahrzehnten haben die Supermächte im Westen und im Osten die heutigen „Schurkenstaaten“ in die hohe Kunst der Massentötung aus dem Reagenzglas eingeführt. Heute geht es ihnen wie Goethes „Zauberlehrling“! So befindet sich heute ein großes Bioforschungslabor im Irak und zwar außerhalb der Stadt Samarra. Mit den Biowaffen erhält der Terrorismus eine ganz neue Qualität. Vor allem religiös motivierte Terroristen gelten in Fachkreisen als potenzielle Biowaffenattentäter. Tatsächlich werden Iran, Irak, Libyen, Nordkorea, Sudan, Syrien und Kuba vom US-Außenministerium als „staatliche Unterstützer des Biowaffenterrorismus“ genannt. Es gibt einen Bericht des US-Verteidigungsministeriums vom März 2000, in welchem die Staaten erwähnt sind, die eine Entwicklung und Produktion von Biowaffen verfolgen. Unter den Experten gibt es weitgehend Einigkeit, dass sich vor allem Milzbranderreger und Pockenviren beim Einsatz als „biologische Massenvernichtungswaffe“ eignen. Durch die Kombination zwischen Molekularbiologie und Bioinformatik könnte man künftig aus harmlosen Bakterien künstlich gefährliche und bösartige „Killerbakterien“ erzeugen. Die moderne mikrobiologische Forschung zeigt immer deutlicher ihr „Janusgesicht“. Will man sich künftig gegen biologische Waffen verteidigen oder vor ihnen schützen, so muss man zuvor die „Killerviren“ züchten, d.h. man muss erst das Aggressionspotenzial schaffen, weil man ansonsten den Aggressor nicht kennt. Die Gefahr wird immer größer, dass aus sinnvoller

medizinischer Forschung irgendwann eine Biowaffenproduktion hervorgehen könnte, je tiefer Forscher und Wissenschaftler in die Geheimnisse und Gesetze des Lebens und der Medizin eindringen. Der destruktiven Fantasie von Biowaffen-Konstrukteuren sind durch die neuen Methoden der Gentechnik nahezu keine Grenzen gesetzt. So ist künftig mit sog. „Tarnkappenmikroben“ und „künstlich scharf gemachten Erregern“ zu rechnen. Ebenso gefährlich ist der „Biokrieg gegen Pflanzen“. Mit Bioangriffen auf Nutzpflanzen können mit relativ geringem Aufwand weit reichende Effekte erreicht werden. Es gibt Schimmelpilze, die Reis oder Weizen befallen, sich mit atemberaubender Geschwindigkeit vermehren und verbreiten. Die staubfeinen Sporen verbreiten sich so leicht und rasch wie Rauchschwaden. Selbst Länder mit geringem Expertenwissen sind künftig im Stande, durch den gezielten Einsatz von Pflanzenkrankheiten verheerende Hungersnöte hervorzurufen.

Denkwürdig ist ein Frühlingstag im Jahre 1972. Nicht weniger als 163 Staaten haben vor nunmehr dreißig Jahren die „Konvention zur Ächtung Biologischer Waffen und Toxine“ unterzeichnet. 18 Staaten haben diese Konvention allerdings bis heute nicht ratifiziert. Das internationale Abkommen sollte das gefährliche „biologische Wettrüsten“ verhindern und die

Welt vor einer Seuchen-Apokalypse bewahren. Inzwischen weiß man, dass die Konvention leider ein „zahnloser Tiger“ ist.

Ein trauriges Faktum ist: Es waren Experten aus westlichen Ländern (USA, Großbritannien, Italien, der Schweiz, Frankreich), die den Irak nicht nur bei der Produktion, sondern auch beim „Scharfmachen“ (Waffenfähig-machen) des biologischen Waffenarsenals geholfen haben.

Abschließend ist noch zu erwähnen, dass heute die Kontrolle über die Biowaffenproduktion immer schwieriger wird. Die Kontrolleure müssten über den aktuellen Stand der Forschung praktisch und theoretisch Bescheid wissen und in mehreren Wissenschaftsdisziplinen wie der Bioinformatik, der Mikrobiologie, der Sicherheitstechnik oder der Biologie von Aerosolen den neuesten Stand der Entwicklung kennen, um fachlich beurteilen zu können, was in einem Labor tatsächlich geschieht.

Der frühere und leider verstorbene Präsident des Club of Rome, Aureilio Peccei, sprach in Verbindung mit der ausweglosen Situation durch selbst produzierte Probleme, von „der gekreuzigten Menschheit“.

Gottfried Kleinschmidt

Ankündigungen

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können von Interessenten bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Tel: 089/1258-260/266) bestellt werden:

- **Sonderausgaben der Politischen Studien**
 - Russland – Kontinuität, Konflikt und Wandel (Schutzgebühr € 5,00)
 - Politische Positionierung der PDS – Wandel oder Kontinuität (Schutzgebühr € 5,00)

- **Berichte & Studien**
 - Kaukasus, Mittelasien, Nahost – gemeinsame Interessen von EU und Türkei (Schutzgebühr € 5,00)
 - Die islamische Herausforderung – Illusionen und Realitäten (Schutzgebühr € 5,00)

- **aktuelle analysen**
 - Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
 - Die Dynamik der Desintegration – Zum Stand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
 - Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien

- **Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen**
 - Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
 - Neue Wege in der Prävention

- **Studies and Comments**
 - Christian-Democratic and Center-Right Parties in Europe and North America: Selected Perspectives
 - Integrating Regional and Global Security Cooperation

Über den Buchhandel zu beziehen:

- Reinhard C. Meier-Walser/Susanne Luther (Hrsg.):
Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung, München 2002. (ISBN 3-7892-8079-8)

- Tilman Mayer/Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.):
Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, München 2002. (ISBN 3-7892-8095-X)

Autorenverzeichnis



Bierbrauer, Günter,
Ph.D., Prof.
Lehrstuhl für Sozial-
psychologie, Universität
Osnabrück



Brockhaus,
Gudrun, Dr.
Psychoanalytikerin
(DGPT), München



Büttner, Christian,
Prof. Dr.
Hessische Stiftung für
Friedens- und Konflikt-
forschung, Frankfurt am
Main

Chipman, John, Dr.
Direktor des Internationalen Instituts
für strategische Studien (IISS) in Lon-
don

Feser, Andreas
Leiter Planungsgruppe der CSU-Lan-
desgruppe der CDU/CSU-Fraktion des
Deutschen Bundestages, Berlin

Höfling, Siegfried, Prof. Dr.
Referent für Technologie und Zu-
kunftsfragen der Akademie für Poli-
tik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-
Stiftung, München



Lipnicki, Marcin,
M.A.
1999–2000 Mitarbeiter
des Europäischen Parla-
mentes, zurzeit Dokto-
rand für Politikwissen-
schaft und Mitarbeiter
eines polnischen Abge-
ordneten, Szczecin

Meier-Walser, Reinhard C., Dr.
Leiter der Akademie für Politik und
Zeitgeschehen und Chefredakteur der
Politischen Studien, Hanns-Seidel-Stif-
tung e.V., München



Nass, Elmar, Dr.
Katholischer Pfarrer für
das Bistum Aachen, Pro-
movend am Lehrstuhl
für Sozialökonomik an
der sozialwissenschaftli-
chen Fakultät der Ruhr-
Universität Bochum

Jahresübersicht der POLITISCHEN STUDIEN 2002

| | |
|------------------------------|---|
| Heft 381 | Schwerpunktthema: Die terroristische Herausforderung |
| Heft 382 | Schwerpunktthema: Wege aus dem Reformstau |
| Heft 383 | Schwerpunktthema: PISA-Studie: eine erste Annäherung |
| Heft 384 | Schwerpunktthema: Energieversorgung im 21. Jahrhundert |
| Heft 385 | Schwerpunktthema: Die ästhetische Bildung |
| Heft 386 | Schwerpunktthema: Die Psychologie des Terrorismus |
| Sonderheft (SH) 1/2002 | Ethik und Biomedizin – Der Umgang mit menschlichen Embryonen |
| Sonderheft (SH) 2/2002 | Antworten auf die demografische Herausforderung |
| Sonderausgabe (SA) 1/2002 | Russland – Kontinuität, Konflikt und Wandel |
| Sonderausgabe (SA) 2/2002 | Politische Positionierung der PDS – Wandel oder Kontinuität? |

| Autor | Titel | Heft | Seite |
|----------------------|--|-------------|--------------|
| Adomeit, Hannes | Der Niedergang des Militärs und des militärisch-industriellen Komplexes | SA1 | 181 |
| Agüera, Martin | Deutschlands Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem 11. September | 383 | 80 |
| Agüera, Martin | Die Hydra „Terrorismus“ und ihre Auswirkungen auf die globale Sicherheitspolitik | 381 | 42 |
| Audretsch, David B. | Der Wandel von traditioneller Mittelstandspolitik zu „Entrepreneurship Policy“ – Ein Blick auf Deutschland und die USA | 384 | 81 |
| Bankowicz, Marek | Das verfassungsrechtliche System Polens in der Transformation | 384 | 62 |
| Bayer, Alfred | Einführung zum Thema: Energieversorgung im 21. Jahrhundert – Wie effizient ist die aktuelle Energiepolitik? | 384 | 15 |
| Beckstein, Günther | Demografische Herausforderung – Irrwege und Auswege | SH2 | 10 |
| Bellmann, Lutz | Weiterbildung und Zuwanderung als mögliche Strategien zur Überwindung des Fachkräftebedarfs | SH2 | 87 |
| Bender, Hans-Georg | Zur Bewertung der Präimplantationsdiagnostik in Deutschland | SH1 | 20 |
| Berchem, Sascha von | Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unter Druck: Lernen von Amerika? | 382 | 49 |
| Berthold, Norbert | Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unter Druck: Lernen von Amerika? | 382 | 49 |
| Beyer-Thoma, Hermann | Russland und die Einheit Deutschlands bis zur Reichsgründung | SA1 | 97 |
| Bierbrauer, Günter | Einige Anmerkungen zu den Ursachen des Internationalen Islamischen Terrorismus | 386 | 61 |
| Biser, Eugen | Orientierung im Spannungsfeld der Gegenwart | 383 | 57 |
| Blumenwitz, Dieter | Mit den Beneš-Dekreten nach Europa? | 385 | 71 |

| | | | |
|----------------------------|---|-----|-----|
| Böhringer, Christoph | Die Ökologische Steuerreform auf dem Prüfstand | 383 | 66 |
| Braungart, Georg | Ästhetische Sensibilität und sprachliche Herausforderung des Subjekts. Verhaltensstile – Formempfinden – ästhetische Disziplin | 385 | 57 |
| Brockhaus, Gudrun | Die Reparatur der Ohnmacht – Zur Psychologie der politischen Reaktionen auf den 11. September 2001 | 386 | 42 |
| Büttner, Christian | Mit Gewalt ins Paradies – Einige psychologische Anmerkungen zu Terror und Terrorismus | 386 | 21 |
| Cassel, Dieter | Alterungsrückstellungen gegen demografisch bedingte Beitragssatz- explosion in der Gesetzlichen Krankenversicherung | SH2 | 128 |
| Chasanow, Boris | Der russische Traum von Deutschland | SA1 | 33 |
| Chipman, John | Politische Studien-Zeitgespräch: Abschreckung in einer „furchtlosen Welt? Irak, El-Kaida und die Folgen | 386 | 8 |
| David, Robert | Warum ist die Forschung an humanen embryonalen Stammzellen auch in Deutschland notwendig? | SH1 | 7 |
| Deichmann, Carl | Innere Sicherheit durch politische Bildung? | 381 | 105 |
| Dietl, Wilhelm | Terrorismus gestern und heute | 381 | 23 |
| Domes-Näth, Marie-Luise | Die Sowjetunion und die Volksrepublik China – Kommunistische Reformen im Vergleich | SA1 | 191 |
| Epple-Waigel, Irene | Wie können Eltern Kinder in ihrer Lernentwicklung fördern? – Ein Statement | 383 | 55 |
| Fedorow, Wladimir | Der russische Messianismus | SA1 | 119 |
| Feser, Andreas | SPD – Wettbewerbsvorsprung im Privatrado | 386 | 74 |
| Franz, Wolfgang-Michael | Warum ist die Forschung an humanen embryonalen Stammzellen auch in Deutschland notwendig? | SH1 | 7 |

| | | | |
|----------------------|--|-----|-----|
| Glück, Alois | Stammzellforschung und Präimplantationsdiagnostik – Herausforderungen für wertorientierte Politik | SH1 | 37 |
| Grasskamp, Walter | Kunst als Ressource? Kulturelle Kompetenz als neues Leitbild | 385 | 43 |
| Gründel, Johannes | Chancen und Risiken der Gentechnologie – Ethnische Implikationen der Stammzellenforschung und der Präimplantationsdiagnostik | SH2 | 57 |
| Haniel, Anja | Präimplantationsdiagnostik – vorverlagerte Pränataldiagnostik oder neue Eugenik? | SH1 | 78 |
| Heller, Klaus | Russland zwischen Tradition und Verwestlichung | SA1 | 23 |
| Hennenhöfer, Gerald | Energiewirtschaft zwischen Wettbewerb und Energiepolitik | 384 | 44 |
| Hilz, Wolfram | Neue deutsche Europapolitik? Deutsche Führungsambitionen und deutsch-französische Verstimmungen | 381 | 116 |
| Hinke, Helga | PISA-Studie 2000 im Blickpunkt | 383 | 19 |
| Hirscher, Gerhard | Editorial: Die neue M-Frage: Wie viel Mitte braucht die Politik? | 383 | 5 |
| Höfling, Siegfried | Einführung zum Thema „Ethik und Biomedizin“ | SH1 | 5 |
| Hofmann, Herbert | Demografischer Wandel, Produktivität und Weiterbildung – Einige vorläufige Überlegungen | SH2 | 74 |
| Hohlmeier, Monika | Ästhetische Bildung – Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung | 385 | 19 |
| Huber, Reiner K. | Terrorismus und die Notwendigkeit einer globalen Raketenabwehr – Eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit Russland? | 382 | 61 |
| Hundt, Dieter | Verantwortung übernehmen – neues Vertrauen schaffen | 382 | 35 |
| Huyn, Graf von, Hans | Einkreisungsfurcht und Weltmachtstreben | SA1 | 145 |
| Jena, Detlef | Zar Alexander kam sogar bis Paris – Russland, Frankreich und die Kontrolle über Europa | SA1 | 76 |

| | | | |
|--------------------------------|--|-----|-----|
| Karlsch, Rainer | Vom „Karthago-Frieden“ zum Besatzungspragmatismus – Die sowjetische Reparationspolitik und ihre Umsetzung | SA1 | 166 |
| Kaul, Henning | Energie für unsere Welt von Morgen – Energie ist die Voraussetzung für Leben und Entwicklung | 384 | 52 |
| Kettner, Anja | Der Wandel von traditioneller Mittelstandspolitik zu „Entrepreneurship Policy“ – Ein Blick auf Deutschland und die USA | 384 | 81 |
| Kiesel, Sylvia | Wie kann man Kinder in ihrer Lernentwicklung fördern? | 383 | 42 |
| Klauder, Wolfgang | Die Zukunft der Arbeitswelt | 384 | 72 |
| Knoepffler, Nikolaus | Tötungsverbot und moralischer Status des menschlichen Embryos | SH1 | 73 |
| Koch, Linde | Zur Lernfähigkeit von Kindern | 383 | 51 |
| Krimm, Stefan | Ästhetische Bildung – eine Zukunft voller Möglichkeiten | 385 | 24 |
| Kruse, Andreas | Demografische Umgestaltung der Gesundheitsversorgung | Sa2 | 135 |
| Kuhlmann, Axel | Die Hydra „Terrorismus“ und ihre Auswirkungen auf die globale Sicherheitspolitik | 381 | 42 |
| Lange, Klaus | Einführung zum Thema „Die terroristische Herausforderung“ | 381 | 19 |
| Lax, Ursula | Der Kindergarten – die zweite Erziehungs- und Bildungsinstitution im Leben des Kindes | 383 | 46 |
| Leber, Ute | Weiterbildung und Zuwanderung als mögliche Strategien zur Überwindung des Fachkräftebedarfs | SH2 | 87 |
| Lipnicki, Marcin | Polnische EUngewissheiten: Mangel an Sachpolitik, Überschuss an Emotionen | 386 | 87 |
| Lord Hurd of Westwell, Douglas | Zeitgespräch zur künftigen Rolle Großbritanniens in Europa und zum Verhältnis der British Konservativen Partei zu CDU und CSU in Deutschland | 383 | 8 |

| | | | |
|------------------------------|--|-----|-----|
| Luks, Leonid | Die „Logik“ des Stalinismus | SA1 | 158 |
| Manutscharjan, | Taliban in Deutschland Aschot | 381 | 74 |
| Martonyi, János | Der Sinn des Opfers – Über die sich verändernde Welt, über die Rolle und über den Platz Ungarns | 381 | 86 |
| Maximytschew, Igor F. | Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Sicherheitsexperten für Europa zu zentralen Fragen der russisch- europäischen Beziehungen | 381 | 8 |
| Maximytschew, Igor F. | Russlands Haltung zur NATO-Osterweiterung | SA1 | 302 |
| Meier-Walser, Reinhard C. | Dr. Strangelove im Blätterwald – Washingtons Atompolitik, journalistische Verzerrungen und antiamerikanische Reflexe | 382 | 5 |
| Meier-Walser, Reinhard C. | Editorial: Was wird aus der NATO? | 381 | 5 |
| Meier-Walser, Reinhard C. | Einführung zum Thema „Russland – Kontinuität, Konflikt und Wandel | SA1 | 7 |
| Meier-Walser, Reinhard C. | Editorial: „Deutschland – Allein zu Haus“ – Rot-Grün hat die trans- atlantischen Beziehungen beschädigt und Berlin international isoliert | 385 | 5 |
| Meier-Walser, Reinhard C. | Zwangsbetreuung als kulturelle Revolution – Rot-Grüner Staatsdirigismus aus dem Lehrbuch des Sozialismus | 386 | 5 |
| Merl, Stephan | Elektrifizierung plus Sowjetmacht – Russlands Eintritt ins Industriezeitalter | SA1 | 134 |
| Mollenkopf, Heidrun | Ältere Menschen in der mobilen Freizeitgesellschaft – Konsequenzen für die Verkehrspolitik | SH2 | 155 |
| Mommsen, Margareta | Präsident Putin – Liberaler Reformier oder ein Andropow von heute? | SA1 | 289 |
| Moreau, Patrick | Politische Positionierung der PDS – Wandel oder Kontinuität? | SA2 | |
| Mühleisen, Hans-Otto | Politik macht Kultur – Hans Zehetmairs Bilanz und Visionen bayerischer Kulturpolitik – Ein Rezensionessay | 382 | 104 |

| | | | |
|-------------------------|--|-----|-----|
| Müller, Friedemann | Russische Energiepolitik im Kampf um Märkte und Einfluss | SA1 | 251 |
| Müller, Johann Baptist | Welche kulturelle Bedeutung ist Europa heute zuzuschreiben? | 382 | 82 |
| Müller-Erichsen, Maren | Ethik und Biomedizin – Der Umgang mit menschlichen Embryonen aus der Sicht der Betroffenen und deren Eltern | SH1 | 84 |
| Münch-Heubner, Peter L. | Das „Timor-Experiment“: Ein Modell für künftige UN-Interventionen? | 385 | 94 |
| Nass, Elmar | Welche Rolle spielt der Glaube für die Wertorientierung in unserer Gesellschaft? | 386 | 65 |
| Naumann, Klaus | Politische Studien-Zeitgespräch zu den neuen Herausforderungen für die Sicherheitspolitik und den Reformzwängen für die NATO | 384 | 8 |
| Nolte, Hans-Heinrich | Russland und Amerika vor dem Kalten Krieg | SA1 | 87 |
| Oberdieck, Veit | Alterungsrückstellungen gegen demografisch bedingte Beitrags-satzexplosion in der Gesetzlichen Krankenversicherung | SH2 | 128 |
| Osterkamp, Rigmar | Die wirtschaftliche Entwicklung in Russland seit 1991 | SA1 | 215 |
| Palumbo, Enrico A. | Interkulturelle Kompetenz – ein unklarer Begriff? | 383 | 72 |
| Piontkowski, Andrei | Russland auf der Suche nach seiner Identität | SA1 | 11 |
| Rahr, Alexander | Russland und die EU | SA1 | 317 |
| Raidel, Hans | Abrüstungspolitische Perspektiven – Grundlage deutscher Sicherheitspolitik | 382 | 71 |
| Rentschler, Ingo | Wahrnehmen – Werten – Handeln: Biologische Grundlagen einer ästhetischen Bildung | 385 | 28 |
| Rill, Bernd | Editorial: Die Osterweiterung der EU | 384 | 5 |
| Rill, Bernd | Einführung zum Thema „Russland – Kontinuität, Konflikt und Wandel“ | SA1 | 7 |

| | | | |
|------------------------|---|-----|-----|
| Rill, Bernd | Russland und die „Orientalische Frage“ | SA1 | 66 |
| Rühle, Michael | Zur Reform der NATO | 385 | 89 |
| Schmähl, Winfried | Alterssicherungspolitik in einer alternden Bevölkerung – Anmerkungen zur Situation in Deutschland | SH2 | 106 |
| Schmid, Josef | Bevölkerungsrückgang und demografische Alterung – Ein Problemaufriss mit Folgenabschätzung | SH2 | 19 |
| Schmirber, Gisela | Einführung zum Thema: PISA-Studie: – eine erste Annäherung | 383 | 17 |
| Schnappauf, Werner | Kyoto und die Treibhausgas-Problematik – Die Effizienz der Energieformen und -verfahren für den Umweltschutz | 384 | 17 |
| Schröder, Hans-Henning | Jelzin – Figur des Neuanfangs? | SA1 | 260 |
| Schwab, Klaus | Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Gründer des Weltwirtschaftsforums zur Frage: Globalisierung am Wendepunkt? Perspektiven für die Zeit nachdem 11. September 2001 | 382 | 11 |
| Schwager, Robert | Die Ökologische Steuerreform auf dem Prüfstand | 383 | 66 |
| Seehofer, Horst | Leben schützen – Leben fördern | SH1 | 45 |
| Sendtner, Michael | Stammzellforschung: Irrweg oder Fortschritt für die moderne Medizin? | SH1 | 23 |
| Simon, Gerhard | Gorbatschow – Totengräber der Sowjetunion? | SA1 | 201 |
| Speck-Hamdan, Angelika | Lernentwicklung aus grundschulpädagogischer Sicht | 383 | 30 |
| Spermann, Alexander | Das Job AQTIV-Gesetz greift zu kurz – Mehr Vermittler, mehr Wettbewerb zwischen Vermittlern und bessere Erfolgskontrolle sind nötig | 382 | 40 |
| Stein, Peter | Kurze Einführung in die Herausforderungen der langen Sicht | SH2 | 5 |

| | | | |
|--------------------------|--|-----|-----|
| Stein, Peter | Einführung zum Thema „Wege aus dem Reformstau“: Voraussetzungen einer Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik | 382 | 21 |
| Stolz, Gerald | Der Leidensweg der Russlanddeutschen in der Sowjetunion und in der Russischen Föderation seit 1941 – Von der Deportation bis zu den Ansätzen einer Rehabilitierung | SA1 | 272 |
| Stricker, Gerd | Russland und Byzanz – Die orthodoxe Kirche als Teil der russischen Gesellschaft | SA1 | 47 |
| Suttner, Ernst Christoph | Die orthodoxe Welt und der lateinische Westen – Gegensatz oder Ergänzung? | 382 | 91 |
| Thamm, Berndt Georg | Hindukusch – Kaderschmiede des islamistischen Privatterrorismus | 381 | 56 |
| Theile, Ursel | Präimplantationsdiagnostik (PID) | SH1 | 90 |
| Tkaczynski, Jan Wiktor | Das verfassungsrechtliche System Polens in der Transformation | 384 | 62 |
| Troschke, Manuela | Ursachen und Ausmaß der ökologischen Katastrophe in Russland | SA1 | 231 |
| Völkl, Ekkehard | Das Tataarenreich und seine Auswirkungen | SA1 | 59 |
| Voß, Alfred | Nachhaltige Energieversorgung – Energieoptionen und Energiepolitik auf dem Prüfstand | 384 | 26 |
| Wagensohn, Tanja | Russlands Weltmacht-Nostalgie – Die politische Dimension seiner verbliebenen strategischen Kapazitäten | SA1 | 241 |
| Wahl, Hans-Werner | Ältere Menschen in der mobilen Freizeitgesellschaft – Konsequenzen für die Verkehrspolitik | SH2 | 155 |
| Werdning, Martin | Demografischer Wandel, Produktivität und Weiterbildung – Einige vorläufige Überlegungen | SH2 | 74 |
| Westerheide, Peter | Alterssicherungssysteme im internationalen Vergleich – Was können wir daraus für Deutschland lernen? | 384 | 93 |

| | | | |
|-------------------|--|-----|-----|
| Wieck, Hans-Georg | Parlamentarismus und Rechtsstaat in Russland | SA1 | 106 |
| Wieck, Hans-Georg | Politische Studien-Zeitgespräch mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes zu notwendigen Schlussfolgerungen und Konsequenzen aus den Anschlägen vom 11. September | 385 | 11 |
| Wieck, Jasper | Pax Americana oder Weltinnenpolitik? Die internationale Ordnung in der Legitimationskrise | 385 | 82 |
| Wiesheu, Otto | Wachstumsschwäche überwinden – Soziale Marktwirtschaft revitalisieren | 382 | 28 |
| Wilhelm, Paul | Eindrücke aus der Anhörung des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur am 19. Februar 2002 zum Thema „Aktuelle Problemlagen von Ethik, Gentechnik und Biomedizin – am Beispiel von Präimplantationsdiagnostik und Stammzellforschung“ | SH1 | 96 |
| Wingen, Max | Aktuelle Aspekte der Familienpolitik als bevölkerungsbewusste Gesellschaftspolitik | 381 | 94 |
| Wingen, Max | Geburtenförderung durch ganzheitliche Familienpolitik – aber wie? | SH2 | 44 |